

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 2,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
 wochentlich 28 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 Nummer mit Wochentag Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 abonnement: 3,50 Mark pro Quartal.  
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-  
 Verzeichnisse für 1900 unter Nr. 7071.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolon-  
 nelle oder deren Raum 40 Pf., für  
 politische und gewerkschaftliche Vereins-  
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,  
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,  
 (nur das erste Wort frei). Inserate für  
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.  
 Anzeigensprecher: Amt L. Nr. 1508.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Sonnabend, den 28. April 1900.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

## Bezugs-Einladung.

Mit dem 1. Mai eröffnen wir ein neues Abonnement auf den  
**„Vorwärts“**  
 mit seinem wöchentlich fünfmal erscheinenden  
**Unterhaltungsblatt**  
 und der Sonntags-Beilage  
**„Die Neue Welt“.**

Im Unterhaltungsblatt bringen wir Leo Tolstoj's neuen  
 Roman  
**„Auferstehung“.**

Neu hinzutretenden Abonnenten wird der bisher erschienene Teil  
 des Romans „Auferstehung“ nachgeliefert.  
 Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungs-Expeditoren  
 sowie unsere Expedition, Benthstr. 3, Bestellungen entgegen zum  
 niedrätlichen Preise von

**1 Mark 10 Pfennig frei ins Haus.**  
 Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Be-  
 stellungen zum Preise von  
**2 Mark 20 Pfennig**  
**für die Monate Mai und Juni**  
 entgegen. (Eingetragen ist der „Vorwärts“ in der Post-Zeitungsliste  
 unter Nr. 7071.)  
 Die Redaktion des „Vorwärts“.

## Handelseins!

Der Marinehaushalt, an dem die politischen Geschäftskreise seit  
 Wochen gehandelt, ist nun so gut wie abgeschlossen. In der Freitag-  
 Sitzung der Budgetkommission bestätigte die Centrumpartei alle  
 Prophezeiungen, die seiner Verratsbegierde gestillt waren. Es demas-  
 kierte seine Marinebesessenheit durch Einbringung von Anträgen, die der Re-  
 gierung fast die ganze Hälfte ihrer Forderungen bewilligen. Das Centrum  
 bewilligt die Verdoppelung der Schlachtsflotte. 1898  
 trübte sich das Centrum gegen die Bewilligung eines Schiffsbestands  
 von 19 Schlachtschiffen. Vor vier Monaten sagte der Centrums-  
 redner im Reichstag, daß die Regierung den völligen Umsturz des 98er  
 Gesetzes beabsichtige. Jetzt stützt das Centrum selbst das für sechs  
 Jahre gegebene Gesetz nach zwei Jahren um und bewilligt einen  
 Schiffsbestand von 38 Schlachtschiffen. 1898 sonderte sich  
 noch ein erheblicher Teil des Centrums von den Zu-  
 stimmenden ab, jetzt unterstützt auch Herr Adren die  
 schmähliche Kapitulation vor dem Marinismus, derselbe Herr Adren,  
 der noch vor wenigen Wochen in der Budgetkommission erklärt hat,  
 die Regierung habe keinerlei überzeugende Gründe für die Aenderung  
 des 1898er Gesetzes gebracht.

Einige Abstriche hat das Centrum von den Regierungsforde-  
 rungen gemacht. Ihre lächerliche Witzigkeit dient aber nur dazu,  
 um die Größe des Bewilligten hervortreten zu lassen. Und es sind  
 nur Schein-Abstriche. Die Lebensdauer der kleineren Kreuzer  
 wurde vom Centrum statt auf 15, auf 20 Jahre angenommen.  
 Dadurch kommt für die Zeit bis 1917 der Bau von dreizehn kleineren  
 Schiffen in Fortfall. Aber schon im alten Flottengesetz ist die  
 Lebensdauer der kleinen Kreuzer auf 15 Jahre angesetzt und Herr  
 Tirpitz erklärte, es sei unmöglich, sie höher anzusetzen. Also wird es  
 nicht lange dauern, bis die Regierung das nachfordert, was  
 jetzt das Centrum abstricht. Handelt es sich doch überhaupt  
 um Schiffsbauten, die nach dem Regierungsplan erst von 1900  
 in Angriff genommen werden sollten. Die Regierung wird ja durch  
 das neue Gesetz in keiner Weise gebunden, in den kommenden Jahren  
 beliebige weitere Forderungen an den Reichstag zu stellen. Nur der  
 Reichstag wird durch das jetzige Programm-Gesetz gebunden. Der  
 freikonservative Graf Kemm sagte mit Recht von seinem Stand-  
 punkt aus, es sei vielleicht gut so, daß das Centrum diese Kreuzer  
 gestrichen habe, denn es seien eigentlich zu wenige gefordert und  
 später könne dann die Regierung um so leichter eine größere  
 Zahl fordern.

Jedenfalls sachliche Gründe leiten das Centrum nicht  
 beim Abschluß des Marinekompromisses. Herr Müller lehnte die  
 Auslandsflotte ab, weil die Regierung keine ziffermäßige Ver-  
 gründung für die Notwendigkeit dieser Forderung erbracht habe.  
 Aber für die ganze Vorlage hat die Regierung weder ziffer-  
 mäßige noch sonst welche Rechtfertigung erbracht. Die Centrums-  
 herren haben nicht einmal den Versuch einer Erklärung unter-  
 nommen, warum ihre frühere lärmende Entrüstung über das  
 weltpolitische Flottenunwesen sich in heftige Bewilligungslust  
 verwandelt hat. Herr Müller, von socialdemokratischer Seite gepödt,  
 suchte sich aus seinen Verlegenheiten durch einen Witz  
 zu retten. Es war aber ein kindlicher Witz, als Herr  
 Müller vorgab, sehr maßgebend für seine Partei sei gewesen,  
 daß die socialdemokratische Regierung in Frank-  
 reich bedeutende Marine-Vermehrungen beschlossen habe.  
 Hat selbst die verwegenste Marineohheit niemals angebliche  
 französische Rüstungen als Anlaß der deutschen Marine-  
 vermehrung bezeichnet. Wegen Frankreich und Rußland schützt  
 uns, auch nach der Ansicht der Regierung, die bisherige Flotte hin-  
 reichend. Frankreichs neue Marinerüstungen sind aber zeitlich  
 eine Folge des deutschen Flottenwessens und haben politisch,  
 ebenso wie die deutschen Seerüstungen — so unheimlich das auch  
 klingt —, ihre Spitze gegen England. Zu alledem ist die fran-

zösische Regierung nicht eine socialdemokratische, sondern  
 eine unverfälscht kapitalistisch-bürgerliche Regierung. Den  
 Handelsminister Mitterand, der als einzelner Socialist dieser  
 Regierung angehört, kann nur in seinem Ressort ver-  
 nünftige Politik treiben, aber nicht die Gesamtpolitik Frank-  
 reichs bestimmen. Wenn das Centrum jetzt für die Flotten-Ver-  
 mehrung ist, weil Frankreich eine socialdemokratische Regierung habe,  
 so hat es jedenfalls 1898 für die Vermehrung gestimmt, weil da-  
 mals eine nicht socialdemokratische Regierung in Frankreich die Flotte  
 vermehrt hat.

Freudig nahm Admiral Tirpitz die Centrumsgaben in Empfang.  
 Möge neben ihm auch den Herren Müller aus Fulda und Geßler  
 aus Schwaben, den verdienten Förderern der bitter nötigen größeren  
 Flotte, gebührender Lohn zu teil werden. Dem Verdienste seine  
 Orden, Ehren und Pflichten!

Auch die Deckungsfrage hat das Centrum in seine neuen  
 Anträge aufgenommen. Wenn jetzt einige Duzend Millionen aus-  
 nahmsweise aus solchen Steuern gewonnen werden sollen, die nicht  
 unmittelbar die arbeitenden Klassen belasten, aus sogenannten Luxus-  
 steuern und Verbrauchsteuern, so ist das ein Erfolg der Social-  
 demokratie. Wir haben seit langen Jahren die räuberische Steuer-  
 politik bekämpft, welche die zahllosen Millionen der Militär-  
 budgetts aus den unbedeutenden Volksklassen preste. Endlich trieb  
 die Angst vor dem Jorn der Wähler auch bürgerliche Parteien zu  
 dem Entschluß, sich wenigstens mit dem Schein einer anständigeren  
 Steuerpolitik schmücken zu lassen. So soll nun, da die Marine-  
 Ausgaben ins Ungemessene steigen, ein Bruchteil der Kosten durch  
 Steuern auf Schaumwein und Importzigaretten, auf Lotteriespiel  
 und Börsenhandel aufgebracht werden. Eine positive  
 Besserung der Ungerechtigkeiten im Reichs-Steuerwesen  
 ist das keineswegs. Das alteingewohnte Unrecht der indirekten  
 Steuern und Zölle bleibt durchaus erhalten, und nur ein Teil  
 des neuen Unrechts, das in der Regierungsvorlage drohte, wird be-  
 seitigt.

Die 40-50 Millionen, welche aus den neuen Steuern gewonnen  
 werden sollen, reichen natürlich bei weitem nicht zu. Das Centrum  
 verlangt darum noch eine Ergänzungssteuer, die im Bedarfsfall er-  
 hoben werden soll. Die Regierung wird sich bequemen müssen,  
 diesem Verlangen nachzugeben. Es wird ihr dies leicht werden, da  
 diese Steuer entweder nur auf dem Papier stehen oder schließlich den  
 besitzenden Klassen keine einschneidende Belastung bringen wird.

Verwickelt wird die Deckungsfrage durch den beharrlichen Ver-  
 such des Centrums, das Versprechen der Erhöhung der Korn-  
 zölle von der Regierung zu erpressen. Durch diese Forderung  
 wird jeder Schein einer etwaigen gerechteren Gestaltung des Steuer-  
 wesens ausgelöscht. Die Reichen sollen einige Millionen Börsen-  
 und Luxussteuern leisten, aber das Brot der Armen wird durch  
 schamlose Zollerhöhungen mit Hunderten von Millionen demüthert.  
 Die Regierung züchtigt das Volk mit der Antze der Weltpolitik, das  
 Centrum mit den Storktionen des Hungerzolls.

Unsre Denunciation des Centrumsstrebens hat den Erfolg ge-  
 zeitigt, daß das Centrum den Wucherzins aus den erhöhten Zöllen  
 von der Verwendung für Marinezwecke auszuschließen sich entschließen  
 mußte. Es ist aber nicht abzusehen, wie das in der Praxis durchzu-  
 führen wäre. Die Centrumsführer gestanden selbst zu, daß sie nicht  
 wüßten, wie der Teil der Zollerhöhung, der durch die Zollerhöhung  
 erwächst, von den übrigen Summen ausgeschieden werden könne.

Hände sich aber eine Möglichkeit, diese Wölfe durchzuführen,  
 was wäre erreicht? Es bleibt dabei, daß die Einnahmen, die infolge  
 der Steigerung der Bevölkerungszahl und der Getreideeinfuhr  
 wachsend dem Reiche zuströmen, für Marinezwecke verfügbar sind.  
 Diejenigen Summen aber, welche durch die Erhöhung der Zölle  
 hereinkommen würden und nicht für die Marine verwendet werden  
 sollen, sie werden dem Appetit des Landmilitarismus gerade  
 zu passen können. Von einer gesetzlichen Festlegung dieser Summen  
 für socialpolitisch förderliche Zwecke hat das Centrum noch nichts  
 verlauten lassen.

So enthielten sich die listigen Winkelzüge des Centrums in der  
 Steuerfrage als schäbiges Possenspiel, berechnet auf Täuschung der  
 Wähler, aber nicht geeignet zur Erreichung des tatsächlichen  
 Ziels.

Nachstehend unser Bericht aus der Kommission:  
 Abg. Müller mit Unterstützung sämtlicher Centrums-  
 mitglieder der Kommission hat folgenden Antrag vorgelegt, durch  
 den das 1898er Flottengesetz mit der neuen Novelle zusamen-  
 geschmolzen werden soll:

- § 1. Schiffsbestand: Es soll bestehen
- 1. Die Schlachtsflotte:  
 aus 2 Flottenslagschiffen,  
 4 Geschwadern zu je 8 Linien Schiffen,  
 8 großen Kreuzern  
 24 kleinen Kreuzern } als Aufklärungsschiffe.
  - 2. Die Auslandsflotte:  
 aus 3 Kreuzern,  
 10 kleinen Kreuzern.
  - 3. Die Materialreserve:  
 aus 4 Linien Schiffen,  
 3 großen Kreuzern,  
 4 kleinen Kreuzern.
- Auf diesen Schiffsbestand kommen die am 1. April 1900 vor-  
 handenen und bewilligten Schiffe in Anrechnung.  
 § 2. Erfahrbanten: Ausgenommen bei Schiffsverlusten  
 sollen ersetzt werden: Linien Schiffe nach 25 Jahren, Kreuzer nach  
 20 Jahren.  
 Die Fristen laufen vom Jahre der Bewilligung der ersten Rate  
 des zu ersetzenden Schiffs bis zur Bewilligung der ersten Rate des  
 Ersatzschiffs.  
 Für den Zeitraum von 1901-1917 werden die Erfahrbanten nach  
 Maßgabe der Anlage B geregelt.

§ 3. Judienstaltungen. Bezüglich der Judienst-  
 haltungen der Schlachtsflotte gelten folgende Grundzüge:

1. Das erste und zweite Geschwader bilden die aktive Schlacht-  
 flotte, das dritte und vierte Geschwader die Reserve-Schlacht-  
 flotte.
  2. von der aktiven Schlachtsflotte sollen sämtliche, von der Reserve-  
 Schlachtsflotte die Hälfte der Linien Schiffe und Kreuzer dauernd  
 im Dienst gehalten werden.
  3. zu Manövern sollen einzelne außer Dienst befindliche Schiffe  
 der Reserve-Schlachtsflotte vorübergehend in Dienst gestellt  
 werden.
- § 4. Personalbestand: An Deckoffizieren, Unteroffizieren  
 und Gemeinen der Matrosendivisionen, Versubdivisionen und Torpedo-  
 Abteilungen sollen vorhanden sein:
1. volle Besatzungen für die zur aktiven Schlachtsflotte gehörigen  
 Schiffe, für die Hälfte der Torpedoboote, die Schulschiffe und  
 die Specialschiffe.
  2. Besatzungsstärke (Maschinenpersonal  $\frac{1}{3}$ , übriges Personal  $\frac{1}{2}$   
 der vollen Besatzungen) für die zur Reserve-Schlachtsflotte  
 gehörigen Schiffe, sowie für die zweite Hälfte der Torpedo-  
 boote.
  3.  $\frac{1}{2}$  fache Besatzungen für die im Ausland befindlichen Schiffe,
  4. der erforderliche Landbedarf,
  5. ein Zuschlag von 5 Proz. zum Gesamtbedarf.

§ 5. Bereitstellung der Mittel:  
 Die Bereitstellung der erforderlichen Mittel unterliegt der jähr-  
 lichen Restierung durch den Reichshaushalts-Etat.  
 § 6. Beschaffung der Mittel:  
 Soweit die Summe der fortbauenden und einmaligen Aus-  
 gaben der Marineverwaltung in einem Etatsjahre den Betrag von  
 117 525 494 M. übersteigt und die eignen Einnahmen, welche dem  
 Reich auf Grund der am 1. April 1900 geltenden Gesetze zuströmen,  
 zur Deckung des Mehrbedarfs nicht ausreichen, wird der Mehrbetrag  
 gedeckt:

1. durch Erhöhung der Stempelabgaben auf Wert-  
 papiere und Lotterielose, sowie durch Einführung  
 einer Stempelabgabe auf Ruxe, Schiffs-  
 Konnoisements und Seefahrtskarten,
  2. durch Einführung einer Abgabe auf Schaumwein, sowie  
 durch Erhöhung der Zollsätze auf aus-  
 ländische Schaumweine, Liqueure, Cigarren  
 und Zigaretten,
  3. soweit die unter 1 und 2 bezeichneten Abgaben und Zölle  
 nicht genügen, durch Einführung einer ergänzenden, den  
 Massenverbrauch nicht belastenden Reichsteuer, deren Höhe  
 für die einzelne Finanzperiode nach Bedarf festgesetzt wird.
- § 7. Schlußbestimmung: Dieses Gesetz tritt gleich-  
 zeitig mit dem in § 6 erwähnten, noch in dieser Gesetzgebungsperiode  
 zu erlassenden Steuer- und Zollgesetz in Kraft.  
 Das Gesetz über die deutsche Flotte vom 10. April 1898 wird  
 aufgehoben.

Zur Begründung ergreift das Wort  
 Abg. Müller-Fulda:  
 Ich habe die Verschmelzung der beiden Gesetze bereits vorgestern  
 vorgebracht, damit das Verhältnis der einzelnen Bestandteile zu  
 einander klar sei, es ergebe sich so eine wesentliche Ver-  
 mehrung der Schlachtsflotte, denn deren Notwendig-  
 keit erweise ich im gegebenen. Mit dem Bau dieser Ver-  
 mehrung werde als bald zu beginnen sein. Bezüglich der Aus-  
 lands-Flotte scheint die Notwendigkeit der Vermehrung nicht  
 nachgewiesen, man werde im Notfall aus der Reserve und den  
 Schlachtsflottenkreuzern einzelne Schiffe für Auslandszwecke entnehmen  
 können. Jedenfalls fehle hier ein ziffermäßiger Beweis der Not-  
 wendigkeit, das Marineamt habe auch nicht versucht, solchen zu  
 erbringen, sondern sich auf Schätzungen beschränkt; die fernere  
 Sorge möge man der Zukunft überlassen, für jetzt sei die Frage nicht  
 dringlich. Redner erläutert sodann die Erzahlungsfrage; die  
 von ihm gemachten Vorschläge würden über die Mitheltheiten  
 hinweggehen, die aus der Vergangenheit herrührten. Die Lebens-  
 dauer der kleinen Kreuzer werde man ohne Bedenken  
 verlängern können, denn die Thatfachen bewiesen die Zulässig-  
 keit dieser Verlängerung.

Staatssekretär Tirpitz:  
 Er sei nicht autorisiert, heute zur Sache bestimmte Stellung zu  
 nehmen. Der bisherige Verlauf der Debatte sei gestrichen im  
 Bundesrat gestrichelt worden, die allgemeine Meinung dabeilte  
 sei gewesen, daß man zwar auf die Auslandschiffe  
 nicht verzichten könne, daß dagegen die Möglichkeit  
 ensther Erwägung bedürfe, ob man die gesetzliche Beschlußfassung über  
 diesen Gegenstand zunächst vertagen könne. Der Antrag  
 bez. der Zusammenschweißung werde eine brauchbare Unterlage für  
 die weiteren Verhandlungen bieten, die Verlängerung der Bau-  
 periode auf 17 Jahre sei acceptabel, ebenso der Vorschlag bezüglich  
 der Erfahrbanten. Die Verminderung des Ersatzbaues von kleinen  
 Kreuzern um 13 Schiffe durch die Verlängerung der Lebensdauer  
 dieser Schiffe sei zu bedauern. Man habe die Erfahrbanten dieser  
 Schiffe im Programm nur hinausgeschoben, um zu einem gleich-  
 mäßigen Bauplan zu gelangen. Die bisherigen Schiffe seien nicht  
 länger als 15 Jahre brauchbar gewesen; wie die neuen Schiffe sich  
 verhalten würden, sei noch nicht abzusehen, denn die technischen  
 Aenderungen namentlich hinsichtlich der Schiffsgeschwindigkeit machten  
 es fraglich, ob die Schiffe 20 Jahre lang voll brauchbar sein würden.

Abg. Müller-Fulda:  
 Es seien doch kleine Kreuzer im Dienst, die länger als 15 Jahre  
 verwendet wurden. Wenn sie unbrauchbar wären, könne man sie  
 doch nicht auf die See hinauscheiden. Die Vorlage selbst deute doch  
 an, daß man eine längere Brauchbarkeit dieser Schiffe nicht be-  
 zweifelt habe.

Staatssekretär Tirpitz:  
 Die alten kleinen Kreuzer seien zu langsam und deshalb neben  
 den neueren Schiffen nicht mehr brauchbar.  
 Abg. Graf Stolberg (L.):  
 Er könne von seiner fraktion zur Sache noch nicht  
 Stellung nehmen. So lange die Regierung ihre Forderungen nicht  
 fallen lasse, würde sie ihr zur Seite stehen; wolle aber die Re-  
 gierung selbst die Frage der Auslandschiffe vertagen, so würden sie  
 dem nicht entgegen sein.



Der Reichstag

Bereitete sich in seiner Freitag-Sitzung zunächst zwei heftige Stunden: er ließ sich Weinreden halten, die im ganzen bekanntlich noch lustiger sind als Bierreden.

Es handelt sich um das Weingesetz, welches vielen der Herren Reichstagsmitglieder nicht wenig vorteilhaft genug erscheint, und dessen Abänderung in ihrem Sinne sie dafür verlangen. Die Regierung gab eine Antwort, aus der die Weinsteuern sich zurechtfinden können, was sie wollen.

Weniger heftig gestaltete sich die Debatte über den zweiten Punkt der Tagesordnung: Petitionen zu Gunsten des Achtstundentags in Berg- und Hüttenwerken. Sie sollte die ganze sociale Frage auf — die Ausbeutung und Rechtlosigkeit der Arbeiter, das Elend der langen Arbeitszeit, die Parteinahme des Klassenstaats für die Arbeitgeber, und schließlich als klassische Illustration dieser Parteilichkeit, die Vorgänge bei dem letzten Kohlenarbeiter-Streik.

Genosse Sachse, der in erster Linie für und das Wort ergriff, kam im Lauf seiner trefflichen, auf frühere Debatten zurückgreifenden Ausführungen auf die Zustände in Sachsen zu sprechen, wo die Behörden methodischer als in irgend einem anderen Bundesstaat allen Bestrebungen der Arbeiter entgegenzutreten und ihren ganzen Scharfsinn aufbieten, die Arbeiterbewegung niederzukämpfen.

Bei dieser Gelegenheit wurde der jüngste Bergarbeiterstreik erwähnt, der von den Arbeitgebern so frivol heraufbeschworen wurde und in dem die Behörden sich rückhaltlos auf die Seite der Grubenbesitzer stellten. Der sächsische Bevollmächtigte, Geheimrat Fischer, hatte die Unvorsichtigkeit, in seiner Verteidigungs- oder Entschuldigungsrede auch Anklagen gegen Sachse zu erheben, der den Streik wesentlich herbeigeführt habe. Und er hatte die weitere Unvorsichtigkeit, dem Genossen Stolle wegen einer im März gehaltenen Rede „Unwahrheit“ vorzuwerfen. Beides belam dem Herrn Bundesratsbevollmächtigten sehr schlecht.

Von den Genossen Stolle, Sachse und Geher wurde ihm die Wahrheit so kräftig gesagt, daß er wohl gedacht haben mag: „O hätte ich den Mund gehalten!“ Seine Lage war um so unangenehmer, als, bei der bekannten Bundesstreue der deutschen Sonder-Vaterländer, die Abgeordneten der einzelnen Staaten meistens sich schadenfrohen Häuptchen sahen, wenn einem Staat oder einer Landesregierung recht kräftig heimgelacht wird. Und Sachse teilt sich erfahrungsmäßig mit Mecklenburg in die Ehre, dieser Schadenfreude die meiste Befriedigung zu geben. Die schwere Aufgabe, daß sächsische Beamte Aktionäre von Bergwerken sind, deren Verwaltungen sie amtlich Vorhaben leisten, konnte nicht widerlegt werden; sie hat sogar neue Unterstützung dadurch gefunden, daß bei einem andern, späteren Streik ein Richter über Arbeiter zu Gericht sah, wegen eines „Vergehens“ in einem Streik gegen ein industrielles Unternehmen, in dessen Aufsichtsrat er selbst — der Richter und Verurtheilter, ist!

Neben dem „Sächsischen Streik“ lief noch eine kleine Auseinandersetzung des Genossen Thiele mit dem redseligen Herrn Krendt, der, als Abgeordneter für Rammelsdorf, in einer früheren Sitzung eine von Thiele vorher gemachte Angabe in dessen Abwesenheit für falsch erklärt hatte.

Somit ist aus der sehr sprunghaften Debatte noch hervorzuheben, daß zwei Vertreter der Großindustrie, Stumm und Hilke, die Einführung des Achtstundentags nur für eine Frage der Technik erklärten, d. h. für durchaus möglich bei technischer Mächtigkeit der Betriebe. Und endlich ist noch zu bemerken, daß der Socialspecialist des Centrums Herr Kaplan Dr. Hise das Bedürfnis empfand, nachträglich noch einmal seine radikale Arbeiterfeindschaft zu beteuern. Wenn fällt da nicht unwillkürlich das Sprichlein: qui s'excuse s'accuse ein?

Nächste Sitzung: Dienstag. Also eine Gegen-Maisfeier des Reichstags. Tagesordnung: Wahlprüfungen. Ein Versuch, eine veränderte Tagesordnung zu erlangen, sicherte an dem Präsidenten und der Mehrheit des Hauses.

Im Zeichen der Fleischbeizung

Stand die Reichstags-Erstwahl in Kuria. Weil der nationalliberale Kandidat sich gegen die konservativ-liberalen Reichstags-Beschlüsse ausgesprochen hatte, unterließ ihn der Bund der Landwirte nicht, wie es 1898 der Fall war, sondern erklärte sich für den antimilitarischen Verleger der „Staatsbürger-Zeitung“, Bruhn. Und das Ergebnis? Der Bundeslich-antimilitarische Kandidat erlitt eine 300-stimmige Niederlage; nicht einmal der königliche Attentatmörder zog — die Wähler sprachen ihr Urteil über die Fleischbeizung.

Es erhielten Semler (natl.) 649, Dr. Altmers (fr. Sp.) 254, B. u. H. (Reform-P.) 1710 und für Dug (So.) 1070 Stimmen.

Bei der Wahl im Jahre 1898 hatten der nationalliberale Kandidat 523 Stimmen, der Freisinnige 202, der Kandidat des Bundes der Landwirte 1815, der Socialdemokrat 1010, der Centrumskandidat 1011 Stimmen erhalten. Bei der Stichwahl zwischen dem Nationalliberalen und dem Freisinnigen hatte ersterer mit 7642 gegen 5067 Stimmen gestimmt.

Diesmal hatte das Centrum Wahlenthaltung proklamiert. Während der Liberale 1200, der Freisinnige 800 Stimmen gewonnen und auch der Socialdemokrat einen Zuwachs gegen 1898 zu verzeichnen hat, ist der Bund der Landwirte zurückgegangen, trotz einer starken Agitation und trotz antimilitarischer Verheißungen. Die Fleischbeizung-Beschlüsse haben ihre Wirkung gethan.

Da der Wahlkreis Kuria und Meer grenzt, so ist die Wahl auch für die angebliche Machthegeisterung anflüßend. Es hat sich gezeigt, daß die Gegner der Flottenvorlage selbst in diesem Seetrange angenommen haben. Die grüeliche Blockadegefahr hat die Meeranwohner nicht gefordert und auch die Werftarbeiter des Reiches haben gegen die Flotte, für die Socialdemokratie dementsprechend.

Liebliche Aussichten.

Der Budgetkommission ist jetzt ein Druckstück vorgelegt worden, in dem Antwort auf eine der Centrumsfragen gegeben wird, nämlich auf die Frage, welche Steigerung der Reichsausgaben, abgesehen von den Marineausgaben, bis 1920 zu erwarten sei. Die Fragestellung konnte nicht ernst genommen werden, denn es ist selbstverständlich ganz ausgeschlossen, daß die Regierung auf so lange Zeit hinaus die Bedürfnisse des Reichs berechnen könnte. Dem Centrum war die Frage mit ein Trick mehr, um zu beweisen, wie gründlich es die Dedungsfrage behandeln wollte.

Die Regierungsgaugen mühten auf den trügerischen Akt des Centrums eingehen und haben allerlei Berechnungen für die einzelnen Etats angeestellt. Fast alle Rehors erklärten, es sei unmöglich, die fortdauernden Ausgaben genau zu berechnen, aber man werde „hoffentlich“ keine großen Ausgabeverzögerungen nötig haben. Auch eine Veranschlagung der einmaligen Ausgaben wird gegeben; es wird aber sofort hinzugefügt, es müsse „bei der Unsicherheit

sprechen. Zu 1. sei die Steuer auf Wertpapiere, Lotterielose, Konossements und Schiffahrtarten (ohne Anze), in Kraft vorbereitet, daß sie zugleich mit der Flottenvorlage im Herbst treten könne, sie werde etwa 10 Millionen ergeben. 2. Schaumweinsteuer, Sacharinsteuern, erhöhte Zölle auf Champagner bieten noch bedeutende technische Schwierigkeiten. Eine Vorlage könnte frühestens bis zum Herbst fertig gestellt werden. Die Genehmigung der verbündeten Regierungen sei aber festgestellt. 3. Die vorgeschlagenen Zollerhöhungen für ausländische Viqueurs, Importcigarren und Cigaretten, würden kaum nennenswerte Mehreinnahmen ergeben. 4. Ueber die Ergänzungsteuer könne er sich heute noch nicht mit Bestimmtheit aussprechen.

Abg. Singer:

Er wünsche seine Partei zunächst vor der Legende zu schützen, als ob sie, indem sie jede Steuer für Marine-Ansagen ablehne, nicht für den Schutz der Lebensmittel eintrete. Die billigen keine Steuer wegen des Zweckes des Gehees. Sie bewilligen nicht die Mittel für Flotte, die wir grundtätig mißbilligen. Immerhin werden wir in der Einzelberatung daran mitarbeiten, daß die Steuern möglichst wenig schädlich gemacht werden. Die 10 Millionen, die der Sacharinsteuern aus der Steuer zu 1. berechnet, reichen lange nicht aus; es wird also nötig sein, eine Ergänzungsteuer einzuführen, wenn nicht die Kosten aus der Erhöhung der Zölle gedeckt werden sollen. Ich nehme an, daß das Centrum durch seinen Antrag sagen will, die erhöhten Einnahmen und Zölle sollen nicht hierzu verwendet werden. Es ist mir aber zweifelhaft, wie es möglich sein soll, die betreffenden Beträge auszuscheiden aus den übrigen Zolleinnahmen. Wenn das Centrum dann spricht, es wolle für diese Zolleinnahmen etwas für die Arbeiter thun, so ist doch nicht zu übersehen, daß die Arbeiter diese Einnahmen selbst aufbringen würden. Die Vorschläge des Centrums könnten aber überhaupt nur dann irgend welchen Wert haben, wenn die Dedungsfrage im ganzen Umfang gleichzeitig mit dem Eintreten des Gehees über die Flotte auch geregelt wird. Sonst bleibt alles nur auf dem Papier. Wenn nicht alsbald bestimmt wird, in welcher Weise aus einer Ergänzungsteuer die ganze Dedung geschaffen werden soll, dann ist das Vorgehen der Herren von vornherein aussichtslos.

Abg. Gröber:

Wenn die bereits vorbereiteten Steuerprojekte 10 Millionen bringen würden, so reicht das allerdings nicht aus, den Beharrungsstand der Flotte herbeizuführen. Für die nächste Zukunft möge der Antrag ausreichen, später werde aber die Ergänzungsteuer nötig werden. Seine Partei lege entscheidendes Gewicht auf die Ergänzungsteuer. Die etwaigen Erträge der Handelsverträge habe man durch die gewählte Fassung allerdings von der Heranziehung für die Zwecke der Flotte ausschließen wollen; es sei der Postarat, wie er jetzt bestehe, zu Grunde gelegt. Die Antragsteller wünschten jedenfalls jetzt schon volle Arbeit über die Steuerprojekte zu schaffen; aus diesem Grunde habe man den Antrag, wie er vorliegt formuliert; werde man bis zum Herbst mit den Steuergeboten nicht fertig, so würde allerdings das Gehe in der Luft stehen, aber er bezweifle nicht, daß das Schatzamt rechtzeitig fertig werden würde, wenn davon das Flottengesetz abhängt. Es müsse jedenfalls vermieden werden, daß ein Reichstag die Flotte bewillige und ein anderer über die Dedungsfrage materiell entscheide.

Die Vesteuerung des Sacharins stelle seine Partei anheim; die Ergänzungsteuer werde dadurch nicht weggelassen werden. Auf Anzeichen wüßte man sich nicht mehr einzulassen und mit höheren Materialbeiträgen beschäftigte man nicht zu arbeiten, weil diese ungerecht und schädlich seien.

Abg. v. Kardorff:

Man lasse die natürliche Steigerung der Reichseinnahmen offenbar zu sehr außer Betracht.

Staatssekretär Thielmann:

Auch er müsse v. Kardorff beipflichten, ein Teil der natürlichen Steigerung werde jedenfalls der Flotte zu gute kommen. Die Schwierigkeit der Materialarbeit werde seinerzeit nicht verkannt. Abg. Gröber täuschte sich, daß die von ihm erwähnten 10 Millionen zur Dedung der Flottenkosten nicht ausreichen würden, das Jahresmehr bleibe für die nächste Zukunft dahinter zurück; was die neuen Steuern mehr brächten, würde dem Reich verbleiben, und er habe eher die Sorge, wozu man dies Mehr verwenden solle. (Heiterkeit.)

Abg. Frese:

Die Frage werde jedenfalls heute noch nicht abstimmbare. Die Angaben der Antragsteller und des Staatssekretärs genügen ihm nicht zur Stellungnahme, und die Projekte seien nicht alle einwandfrei, namentlich gelte dies für die Cigarettensteuer. Gegen die Ergänzungsteuer habe er nichts einzumenden. Eine Vermögenssteuer von 100 000 M. an werde 28 Millionen Mark bringen, er glaube aber mit dem Sachsektor, daß man solche Steuer nicht rechtzeitig werde fertigstellen können; man möge sich mit einer Resolution begnügen.

Abg. Vaaßche:

Herr v. Thielmann hat die Mehrausgaben zu niedrig geschätzt, er hat nur die Neubauten berechnet, nicht aber die anderen Mehrausgaben für vermehrten Personalstand etc. Aber die Fragen im § 6 seien noch nicht spruchreif.

Er bitte das Centrum, vom § 7 Abstand zu nehmen, das bringe eine ganz unverständliche Schwierigkeit in die Sache hinein. Wenn man die Flotte wolle, möge man sich nicht hinter solchen Vorbehalten verbergen. § 6 gebe genügende Sicherheit, mindestens möge man den Passus 3 aus dem § 7 herauslassen.

Abg. Graf Stolberg:

Auch er wolle Sicherheit für die Dedungsfrage. Mit den Vorschlägen zu 1 und 2 sei er einverstanden, auch das Sacharin müsse man mit berechnen. Zu Nr. 3 sei der Antrag zu unbestimmt, daß er dazu nicht Stellung nehmen könne. Seine Partei sei aber gegen Reichs-Vermögens-, Einkommen- oder Erbschaftsteuer. § 7 bedeute eine Vertragung des ganzen Gehees ad calendae graecas, daraus könne man sich nicht einlassen. Man möge die Steuern zu 1 und 2 schleunigst bewilligen, dann werde man weitere Dedung nicht brauchen. Wie denke man sich übrigens das Verhältnis des neuen Postarats zu dem jetzt gültigen, der in Zukunft wegfalle? Ein Ausnahmeverfahren werde vielleicht bei einzelnen Positionen möglich sein, aber für viele Fälle steht man offenbar vor unlöslichen Schwierigkeiten.

Abg. Müller-Julda:

Er gebe die Schwierigkeiten zu; die Fassung solle die Heranziehung der Getreidezölle einschließen, wisse man eine bessere Formulierung, so sei es ihm recht. Bezüglich der Ergänzungsteuer erwarte man Vorschläge der Regierungen, aber es sei von hohem Wert, darüber alsbald Klarheit zu schaffen. Die Mehrausgaben seien nicht so gering, wie der Staatssekretär anzunehmen scheine. In ihrem Antrag seien Torpedoboots- und die sonstigen einmaligen Ausgaben, ebenso die fortdauernden Ausgaben nicht enthalten, auch gelte es, die Anleihe einzuschließen. Andererseits unterkäme der Staatssekretär die Erträge der Steuerprojekte zu 1 und 2, die er auf 50 Millionen berechne; man möge die Steuern möglichst ertragreich gestalten, dazu habe man jetzt Gelegenheit und solle dieselbe nicht vorübergehen lassen. Jedenfalls müsse man die Dedungsfrage mit dem Gehe lösen, dies verlange die öffentliche Meinung und dem müsse man Rechnung tragen. Ueber § 6 und 7 abzustimmen sei jetzt noch nicht nötig, man möge die Projekte abwarten.

Staatssekretär Thielmann:

Die Projekte zu 1 könne er alsbald einreichen, diejenigen zu 2 wahrscheinlich auch; die Frage zu 3 sei so neu, daß er dieshalb noch keine Erklärungen abgeben könne.

Die weitere Beratung wird auf Dienstag, den 1. Mai, vertagt.

Abg. Gröber:

Die Vermehrung der Schlachtsflotte gebe Deutschland das verlangte Schwergewicht zur See, die Auslandschiffe hätten daneben sekundäre Bedeutung, darauf beruhe der Antrag des Centrums. Die Herabsetzung der Schnelligkeit der kleinen Kreuzer mache sie doch für den Auslandsdienst nicht unbrauchbar; man werde also diese älteren Schiffe hinausjücken können.

Abg. Richter:

Aus den Darlegungen des Staatssekretärs entnehme er, daß man die Lebensdauer der kleinen Kreuzer am besten überhaupt nicht festlege; der Begriff der kleinen Kreuzer sei doch ein sehr unbestimmter. In Frankreich habe man kleine Kreuzer überhaupt nicht in der Schlachtsflotte, in England gingen die Erwägungen in gleicher Richtung. In dem Antrag vermisse er eine Bestimmung über die Anstehenpanzer. Der zukünftige Fortfall derselben sei in der Regierungsvorlage vorgesehen, erst müsse das hier auch geschehen.

Abg. Wassermann (natl.):

Ihm scheine eine Verlängerung der Lebensdauer der kleinen Kreuzer nicht ohne Bedenken, die Frage sei eine technische und bei beim vorigen Flottengesetz eingehend erwogen. Abgesehen davon könne seine Fraktion zu dem Antrag noch nicht endgültig Stellung nehmen. Die Zusammenbeweisung bedeute jedenfalls einen Fortschritt; die Streichung der Auslandschiffe bedeute er, denn dieselben seien notwendig trotz der stärkeren Schlachtsflotte. Wenn ihre Vermehrung etwa posterior sein solle, so werde man also mit Nachforderungen kommen können. Werde der Antrag so verhandelt, und die Erklärung des Staatssekretärs scheine dies anzudeuten, so würden sie ihrerseits auch damit einverstanden sein können.

Abg. Frese (fr. Sp.):

Ähert sich im Sinne des Abg. Wassermann auch für seine Fraktion. Bei den kleineren Kreuzern sei die Schnelligkeit ein sehr wesentlicher Punkt; wolle man ihre Lebensdauer verlängern, so werde man kostspielige Reparaturen bekommen. Die Handelsmarine zeige, daß die schwächeren und feineren Maschinen sehr unfällig seien, der Norddeutsche Lloyd müsse seine 10 000 Tons-Schiffe in 20 Jahren auswechseln, das weise darauf hin, daß die kleineren Schiffe nicht so alt werden könnten. Er bitte um eine bestimmte Erklärung, ob die Verwaltung eine Verlängerung der Lebensdauer acceptieren könne.

Abg. Graf Arnim (freif.):

Er würde ungern auf die Auslandschiffe verzichten. Würde der Antrag so verstanden, daß man zu einem späteren Zeitpunkt darüber beraten wolle, so möge man das schon jetzt ausdrücklich festlegen. Die Schlachtsflotte gehe nicht ins Ausland, die Repräsentanten Deutschlands seien aber die Auslandschiffe.

Abg. Debel:

Wir werden uns bei der Specialdebatte über 1-4 des Centrumsantrages überhaupt nicht mehr beteiligen, weil unsre allgemeine Stellungnahme zu dem ganzen Gehe es ausschließt, daß wir uns noch auf Einzelheiten einlassen können. Als ich gestern ausführte, das Centrum solle doch sein Frage- und Antwortspiel lieber gleich einstellen, da verwarnte man sich hiergegen. Aber Ihre Anträge waren doch sicherlich längst so gut wie fertig. Besonders eigenartig ist es, daß Herr Röben, der früher gegen das Gehe sprach, jetzt für den Antrag eintritt. Die beiden Differenzpunkte, die jetzt noch unter Ihnen vorhanden sind, sind unbedeutend und durch die Erklärungen des Staatssekretärs so gut wie beseitigt. Wenn später die Regierung die Auslandschiffe fordern wird, dann wird sich das Centrum mit ebenso geringem Mißanstand durch die Regierung übergehen lassen, wie wir es jetzt sehen bezüglich des bei weitem größten Teils der Forderungen. Das Centrum will die Lebensdauer der kleinen Kreuzer auf 20 Jahre hinausschieben. Aber Herr Tirpitz erklärte vor 2 Jahren positiv, daß mehr als 15-jährige Lebensdauer nicht möglich sei. Wenn sich in einiger Zeit herausstellt, daß 20 Jahre zu hoch bemessen sind, so wird die Lebensdauer dann wieder herabgesetzt werden.

Ich konstatiere also, daß alle Parteien außer der Linken schon jetzt ganz einig sind.

Abg. Müller-Julda:

bestreitet, daß der Centrumsantrag seit lange vorbereitet gewesen sei. Der Antrag sei erst gestern nachmittags um 6 Uhr fertig gestellt worden. Nachgehend für das Entgegenkommen seiner Parteifreunde in Bezug auf die Schlachtsflotte seien die Maßnahmen der jetzigen socialistischen französischen Ministeriums für die Flottenverlängerung.

Abg. Richter:

Wir sind Gegner jeder gesetzlichen Festlegung des Schiffbestands auf längere Zeit. Ich kann mir bedauern, daß die Gründe, die das Centrum zur Aufhebung der Flotte von 1906 auf führen, nicht auch bezüglich des zweiten Geschwaders, das von 1910 ab gebaut werden soll, Verwendung finden. Es sei am besten, die Lebensdauer der kleinen Kreuzer überhaupt nicht festzusetzen, wie man auch bei den Torpedobooten davon absehe.

Abg. Gröber:

Wir konnten unsre Anträge nicht früher vorlegen. Selbstredend haben wir schon seit langem daran gearbeitet, wie haben aber jetzt erst eine befriedigende Formulierung gefunden. Wir legen bei allem eine befriedigende Lösung der Dedungsfrage vorans. Und verlangen wir dringend, daß der Bundesrat bezüglich der Schutzfrage sich erklären möge.

Abg. Röben:

Herr Debel habe ihm Antonsenquenz gegenüber seiner Ablehnung des Ober Gehees vorgehalten. Aber eifers ist unsre Zustimmung hier und die Unterzeichnung des Antrags nur eine vorläufige. Sodann liegt jetzt die Sache doch ganz anders als 1898. Damals stimmte ich gegen das Gehe wegen der Beschränkung des jährlichen Etatsrechts, nicht wegen der Höhe oder wegen Unmöglichkeit der damaligen Forderungen. Jetzt soll eine Etatsbeschränkung aber nicht eintreten.

Abg. Debel:

Herr Röben habe noch kurz vor Eiern erklärt, daß er dieser Vorlage nicht zustimmen könne. Wenn Abg. Müller sagt, seine Haltung sei wesentlich bestimmt durch die Marineforderungen der französischen Regierung und des socialistischen Ministers Rilleraud, so kann ich ihm nur versichern, daß meine Parteifreunde in Frankreich sehr erfreut sein werden über seine Worte, denn sie werden dadurch Willkür und Beweis bringen, welchen Fehler er beging, als er in das Ministerium eintrat. (Heiterkeit.)

Hierauf wird die Diskussion geschlossen.

Bei der Abstimmung wird zunächst § 1 der Regierungsvorlage gegen die 8 Stimmen der Konservativen, Nationalliberalen und des Abg. Frese (fr. Sp.) abgelehnt. § 1 des Centrumsantrags wird sodann gegen die 8 Stimmen der Freisinnigen, Polen, Socialdemokraten angenommen, ebenso die §§ 2, 3, 4 und 5 des Centrumsantrags.

Es folgt die Beratung von § 6 (Beschaffung der Mittel).

Abg. Müller-Julda:

Da Vorschläge zur Dedungsfrage seitens der Regierung noch nicht vorliegen, habe man diesen Antrag formuliert; der Schutz der schwachen Schiffe sei voll gewährleistet, die vorgeschlagenen Steuerobjekte würden die armen Leute nicht treffen. Die Kosten seien nicht etwa durch Erhöhung der Getreidezölle, wie behauptet worden ist, gedeckt werden. Die vorgesehene Ergänzungsteuer würde gleichfalls den Schutz der schwachen Schiffe, die Höhe des Bedarfs sei noch nicht zu übersehen, aus diesem Grunde habe man sich auch spezieller Vorschläge enthalten. Es sehe in dieser Hinsicht den Erklärungen des Schatzamts entgegen.

Staatssekretär v. Thielmann:

Er könne die Einwirkungen noch nicht übersehen, welche die Verminderung der Regierungsforderungen durch den Centrumsantrag herbeizubringen, er könne dann nur allgemein und schätzungsweise



der Unterlagen, auf denen diese Berechnungen beruhen, jede Verantwortlichkeit für deren Richtigkeit ausdrücklich und formell abgelehnt werden.

Zunehmend finden sich in diesen Auskünften doch einige recht bemerkenswerte Mitteilungen.

Das auswärtige Amt stellt für die Schutzgebiete Eisenbahnen, Hafenbauten und dergleichen in Aussicht. Auch ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß zum Schutze des sich weiter ausdehnenden Plantagenbetriebs und der Handelsbeziehungen eine Verstärkung der militärischen Machtmittel erforderlich werden wird.

Das Kriegsministerium lehnt jede Angabe über die voranschreitende Steigerung der Ausgaben bis zum Jahre 1920 ab, kündigt aber für baldige Zeit eine kleine Militärvorlage an.

Nur darauf ist hinzuweisen, daß die durch das Gesetz vom 23. März 1899 bewilligten Maßnahmen vorwiegend durch die in den Jahren 1901 und 1902 aufzustellenden Formationen aufgebracht werden. Im Jahre 1903 würde demnach die Anforderung der 7006 Köpfe, deren Bewilligung der Reichstag durch die Resolution IV vom 16. März 1899 in Aussicht gestellt hat, beginnen müssen.

Das Reichs-Marineamt stellt ebenfalls zu der großen Flottenvorlage noch einige kleine Nebenvorlagen in Aussicht. Bezüglich dieser sollen noch für eine Reihe von Jahren durchschnittlich dieselben Aufwendungen wie bisher zu erwarten sein. Die Erwerbung weiterer maritimer Stützpunkte und Kohlenstationen ist zur Zeit nicht in Aussicht genommen. Inwiefern etwa die Küstenplätze der von der Kolonialverwaltung reorganisierenden Schutzgebiete mehr als bisher im Interesse der Marine nutzbar zu machen oder mit besonderen Einrichtungen zu versehen sein würden, wird von der Entwicklung der Anlagen dieser Plätze im wesentlichen abhängen.

Das Reichspostamt stellt Forderungen für Uebersee-Kabel und Dampfersubventionen in Aussicht.

### Das preussische Abgeordnetenhaus

erledigte Freitag Rechnungssachen. Die Vorlage wegen der Weichselregulierung wurde nach den Beschlüssen der Kommission angenommen, nachdem Graf Baumgärtel vorgeschlagen hatte, für den Elbinger Deichverband bessere Bedingungen herauszubekommen.

Eine längere Debatte entspann sich über den Antrag des Hrn. Schmidt-Barburg (C.), wonach den in den allgemeinen Bauverordnungen beschriebenen Baupolizisten und Maschinenbau-Inspektoren eine die Dauer von fünf Jahren überschreitende Zeit der vortätigen Beschäftigung bei Festlegung des Besoldungsschrittweises anzurechnen werden soll. Die Budgetkommission hatte Ablehnung des Antrags beschlossen, das Herrn v. Miquel sehr mangelhaft war. Im Plenum wurde von den Vertretern der National Liberalen, der Freisinnigen, der Freisinnigen und des Centrums die thörichte Sparmaßnahme verworfen, die die fähigen Kräfte dem Staate entzieht und der Schwärmerie in die Arme treibt. Trotz des Widerstands eines Vertreters des Finanzministeriums, der es für ausgeschlossen erklärte, daß die Regierung dem Antrag Schmidt beitreten würde, wurde dieser Antrag schließlich nur gegen die Stimmen eines Teils der Konservativen angenommen.

Am Sonnabend fällt die Sitzung aus. Am Montag beginnt die zweite Lesung des Kommunal-Wahlgesetzes.

### Zur Gemeindevahl-Novelle.

Die amtliche „Berliner Korrespondenz“ bespricht in einem längeren Artikel die Kommissionsbeschlüsse zur Gemeindevahl-Novelle und kritisiert charakteristischweise die einzige Verbesserung, die die Kommission vorgenommen hat, nämlich die Bestimmung, daß es einer Zweidrittel-Mehrheit bedarf, wenn eine Stadtwahlversammlung ein Ortsstatut beschließen will, durch welches an Stelle des geschichtlichen Wahlmodus die Wahlprüfung oder der qualifizierte Durchschnitt (das Plötzliche) eingeführt werden darf. Die „Berliner Korresp.“ bedauert diese Einschränkung des Zustandekommens der Abweichungen vom Durchschnittsprinzip und spricht die Befürchtung aus, daß man dann für die Praxis mit einer fast ausnahmslosen Einführung des Durchschnittsprinzips in den größeren preussischen Städten wird rechnen müssen. Das liegt aber durchaus nicht im Sinne der Regierung, die auf diese Weise ihr Ziel, die Verhinderung einer „Demokratisierung des Wahlrechts“ nicht erreichen könnte.

Die statistischen Ermittlungen haben den Beweis geliefert, daß eine solche anspruchsvolle Einführung des Durchschnittsprinzips nicht nur eine künstliche Beförderung von Wählermassen, welche ihren Steuerleistungen nach noch keineswegs zum Mittelstand gerechnet werden dürfen, in die höheren Wählerklassen bedeuten würde. So ergibt sich, daß in Elbing, Königsberg, Glogau, Oberhausen, Marienstadt, Westpreußen, Stettin, Stoll, Weidenburg, Götze-Wähler mit Einkommensteuern von 14-25 M. dank der Durchsicht des Durchschnittsprinzips in die höheren Wählerabteilungen steigen würden; es wird aber unmöglich behauptet werden können, daß solche Wähler, welche Einkommen von 150 bis 1800 M. verdienen, zum Mittelstande und deshalb in die zweite Wählerklasse gehören. Ein derartiger Prozeß föhrt nicht ungenügend eine doppelte Gefahr in sich: in vielen Fällen überantwortet er die dritten Wählerklassen, denen er mit den oberen Wahlberechtigten dieser Klasse die gemäßigten Elemente entzieht, dem uneingeschränkten Einfluß der unteren, insbesondere der sozialdemokratischen Volksmassen, und in anderen Fällen schwächt er den Einfluß des Mittelstands in den zweiten Wahlabteilungen, indem er ihm Massen von Wahlberechtigten zuführt, die nicht zum Mittelstande gerechnet werden können. Das Gewicht dieser Bedenken wird noch durch die Erwägung verstärkt, daß beim Rückgange der heutigen wirtschaftlichen Konjunktur die Wählergruppenverteilung namentlich in industriellen Gemeinden noch ganz andere soziale Elemente in den oberen Wahlabteilungen anziehen würde, weil dann mit der Gesamt-Steuererhebung auch der Durchschnittsprinzip sinken muß.

Auch der von der Kommission angenommene konervative Antrag, bei Berechnung des durchschnittlichen Steuerbetrags die sogenannten Dreimark-Männer außer Betracht zu lassen, würde nach Ansicht der „Berl. Korsp.“ zu wenig wirkungsvoll sich erweisen, da in der Praxis keine Bedeutung auf diejenigen weniger Gemeinden beizulegen bleibt, welche die Einkommen von 60-90 M. von Gemeindeumlagen freilassen. Aus diesen Gründen empfiehlt es sich, die Zulassung von Ortsstatuten durch einfache Mehrheit zu ermöglichen.

Ob der Wunsch der Regierung in Erfüllung geht, läßt sich heute noch nicht sagen. Das Centrum wird, da es bei dieser Vorlage nach seinem eigenen Eingeständnis Parteipolitik treiben und die rheinischen Stadtvertretungen dem Ultramontanismus ausliefern will, auf keinen Fall der Regierung gefällig sein. Uniger Ansicht nach ist es ziemlich gleichgültig, ob zur Entrechtung der Arbeiterklasse eine einfache oder eine Zweidrittel-Mehrheit erforderlich ist; in den günstigsten Fällen verfügen wir infolge des pluralistischen Wahlsystems doch höchstens über die dritte Wählerklasse, so daß die Organe immer eine Zweidrittel-Mehrheit gegen uns bilden können. Die stets, so werden sie

auch dann, wenn die Frage der Einführung eines Ortsstatuts an sie herantritt, ihre Differenzen vergessen und geschlossen gegen die Arbeiterschaft vorgehen. Herr v. Rheinbaben braucht also durchaus keine Furcht vor der „Demokratisierung“ des Dreiklassen-Wahlsystems zu haben.

### Wirkungen der Weltpolitik.

Während unsere bürgerliche Presse über jeden Braut- und Unterred einer heiratenden Prinzessin die witzbegierige, Lesewelt telegraphisch informiert, fehlt es fast ganz an Berichten, wie die deutschen politischen Vorgänge im Ausland wirken. Der Deutsche soll nicht erfahren, wie man über ihn im Ausland denkt.

Die „Magdeburger Volksstimme“ erhält von einem in Brasilien lebenden Freund und Genossen folgendes Briefchen:

Sao Paulo, 31. 3. 1900.

General Hoch e. Vival!

Sie haben mit Deutschland in Brasilien: Alle brasilianischen Zeitungen sind voll von Artikeln, daß Deutschland beabsichtigt, die drei Staaten: Rio grande do Sul, Santa Katharina und Parana zu deutschen Provinzen zu machen. Es sollen sogar schon Karten in Deutschland angefertigt sein, auf welchen die drei brasilianischen Südstaaten als deutsche Kolonien bezeichnet sind. Der Brasilianer glaubt alles, zudem da er weiß, daß Deutschland keine Kriegsschiffe vermehrt. Zu welchem Zweck dem? Nur um sich ein Stadtwahlrecht holen zu können. Die Weltpolitik ist ein richtiges Kaspertheater, nur zu dünn, daß man selber manchmal gegungen mitspielen muß. Schönen Gruß an die ganze Verwaltung der „Volksstimme“ vom Prino-Brasiliano.

Die deutschen Seerüstungen müssen allerdings notwendig solche Gerüchte herbarufen. Der Ausländer kann sich ja gar keinen andern Grund für die Marinevorlage vorstellen als Eroberungslust. Für friedliche Zwecke braucht ein Landstaat keine gewaltige Schlachtflotte, und im Ausland ist man noch so respektvoll und gegenüber, daß man die Annahme einer Politik absoluter Sinnlosigkeit nicht zu denken wagt.

### Deutsches Reich.

#### Graf Poldowski deutscher Forsthergeist.

Das Reichsamt des Innern läßt vorläufige Schlußergebnisse seiner bekannten Produktionsüberhebungen in der Öffentlichkeit gelangen. Danach bezifferte sich im Jahre 1897 der Wert der deutschen Gütererzeugung auf 9 256 880 842 M. Die Zahl ist indes lange nicht vollständig, da viele Industriezweige, wie z. B. die Holz-, elektro-technische, Weberei, Papier-, Zinn-, Eisen-, Edelmetall-, Leder-, Strohh- und Textilwaren-Industrie noch der Bearbeitung harren, die berücksichtigten Industriezweige aber nur bezüglich der Großindustrie der Feststellung der erzeugten Werte unterzogen wurden. Trotz des mangelhaften Resultats aber, das angefertigt wurde, vollkommener statistischer Reichsapparats die Produktionsüberhebungen des Reichsamts des Innern zweifellos ergeben haben, ist die offizielle und teilweise auch die bürgerliche Presse voll Lobeserhebungen über die unzulängliche und unkontrollierbare Arbeit. Daß das Reichsamt des Innern jetzt gar noch die Produktion des Auslands erheben will, leidet für die unverschämten Heberwerbungen und Unwohrlieben ab. In einem Artikel, der ganz so aussieht, als ob sein Verfasser sich keine Daten und Inspirationen am Reichsamt des Innern geholt hätte, lesen wir darüber: „Gekront wird dieses mühevoll, aber überaus verdienstvolle Werk des Reichsamts des Innern (gemeint sind die Erhebungen und Resultate über die deutsche Produktion) durch die Erhebungen, welche sich auf die Gütererzeugung des Auslands erstrecken sollen, so daß es dem deutschen Forsthergeiste zum erstenmal vergönnt sein dürfte, einen ungefähren Ueberblick über den Umfang der gesamten Weltproduktion zu ermöglichen.“ So können wir lesen, die auf dem Gebiete der internationalen Statistik so wenig zu Hause sind wie das Reichsamt des Innern selbst. Dieses hat belamlich seiner Zeit eine amtliche Produktionsstatistik kurz und bündig als unmöglich für und für die Unternehmer inbequem zurückgewiesen, während das kaiserliche statistische Amt, der berufenen Vertreter in statistischen Fragen, auf dem entgegengesetzten Standpunkt steht und diesen erwidert, wie auch in seinen amtlichen Veröffentlichungen zum Ausdruck gebracht hat. Und dann der deutsche Forsthergeist des Grafen Poldowski, der uns zum erstenmal einen Blick auf die gesamte Weltproduktion thun läßt! Der praktische Geschäftsmann, der in diesem Fall manches Mal den Forsthergeist überläßt, hat schon lange vor Poldowski im Ausland bessere oder doch gleiches geschaffen als das, was wir jetzt als ein Forum gelobt hören. Die kaiserliche Permanenzkommission zur Bestimmung der Handelswerte bringt sogar alljährlich eine Fülle von produktionsstatistischen Daten und Schätzungen bei, die durch ihren aktuellen Charakter die systematischen Vorgänge der deutschen Arbeit mindestens ersetzen, ohne doch so unzulänglich mit ihren Daten anzukommen, wie dies das Reichsamt des Innern thut. Aber man mag zugeben, daß Frankreich gegenüber unsre Erhebungen die besten sind. Dagegen sind die Produktions-Erhebungen in den Vereinigten Staaten so umfassend und relativ so vollkommen, daß es eine Annäherung sondergleich ist, zu behaupten, was in Deutschland oder noch besser dem Reichsamt des Innern unter dem Grafen Poldowski sei zum erstenmal der große Wurf gelungen, die Weltproduktion schätzungsweise zu erfassen. Die Vereinigten Staaten haben schon eine ganze Reihe vorher nicht nur einmal, sondern wiederholt eine internationale Produktionsstatistik aufgestellt. Die für die bloßere Beurteilung der Weltwirtschaft ziemlich allein maßgebend war. Nach der letzten Aufnahme durch das Department of Labor in Washington wurde dabei die Gesamtproduktion Deutschlands auf 12 243 Millionen Mark bewertet, ein Ergebnis, das nach allem, was wir zum Vergleich heranziehen können, eine recht sachkundige Schätzung darstellt. Die Produktionsstatistik der Vereinigten Staaten selbst hätte vielmehr für das Vorgehen in Deutschland auf diesem Gebiete vorbildlich werden müssen, wenn das Reichsamt des Innern nur gewollt hätte. Also — man schmeide sich in Deutschland nicht mit fremden Federn, nachdem man eingesehen hat, daß die eigenen sehr geschäftlich sind. Graf Poldowski holt sich auch auf dem Gebiete der Produktionsstatistik keine Vorbeeren — das läßt sich selbst durch noch so abgeschmackte und unwohrlieben Elogen nicht verdecken.

**Auch die Demokraten!** Der Berliner Kommunalreform, der nur das Geld für regierungsfähig hält, hat einen Bewunderer in der „Frankfurter Zeitung“, dem Organ der (süd-)deutschen Volkspartei, der radikalsten bürgerlichen Richtung. Die „Frankf. Ztg.“ spricht sich gleichfalls gegen das allgemeine Wahlrecht für die Gemeinden aus. Sie bezeichnet es als keinen „Abfall von demokratischen Grundsätzen“, wenn man bei Verträgen, die so an die Öffentlichkeit geknüpft sind, wie die Gemeindeverwaltungen, eine etwas längere Amfälligkeit verlangt, als bei politischen Wahlen“. Sie ist auch für die Befugung einer, wenn auch mäßigen Steuerleistung, und mahnt die Sozialdemokratie vor dem unmaßigen Beginn, „alle Liberalen, die nicht blindlings dem phrasenhaften Hinweis auf das Reichstagswahlrecht folgen wollen, unterchiedlos als Gegner der Beteiligung der breiten Massen am Gemeindeleben“ hinzustellen.

In Frankfurt a. M. wo die Demokratie kommunal herrscht, sind die Sozialdemokraten überhaupt von Wahlrecht ausgeschlossen. Und diesen schönen Zustand in der Beteiligung der „breiten“ Massen wollen die kapitalistischen Kommunaldemokraten natürlich nicht ändern.

Dagegen ist darauf hinzuweisen, daß mit dieser Befürwortung des nicht allgemeinen Wahlrechts das demokratische Blatt in

Gegensatz zu dem Programm der Partei tritt, sofern nicht etwa der Verfasser des Artikels das Programm für zu unwichtig hält, um es überhaupt jemals lesen zu haben. Das noch geltende Programm von 1895 der deutschen Volkspartei enthält unabweisend jenen „phrasenhaften Hinweis auf das Reichstags-Wahlrecht“, indem es fordert: „Allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht für alle Verrentungen im Reich, Staat und Gemeinde unter Berücksichtigung der Minderheiten.“ Mit dieser Forderung ist sich das Organ der Partei in Widerspruch, und es hilft ihm gar nichts, wenn es in einem philosophischen Exkurs über den Begriff des „Allgemeinen“ zu dem Resultat gelangt, daß es auch eine nicht allgemeine Allgemeinheit gibt. Das demokratische Programm macht keinerlei Unterschiede zwischen Reich, Staat und Gemeinde, zwischen Reichs-, Staats- und Gemeindebürgern.

Die „Frankfurter Zeitung“, die uns beweisen wollte, daß es noch Unterschiede zwischen den Richtungen des bürgerlichen Liberalismus gebe, hat in Wahrheit das Gegenteil bewiesen; sie hat uns belehrt, daß wo die bürgerlichen Programme noch etwas Unterschiede machen mögen, die praktische Anwendung diese Unterschiede tilgt. Der einzige Unterschied zwischen dem „radikalen“ und dem gemäßigten Liberalismus besteht darin, daß jener noch einige dekorative Forderungen im Programm beifügt, um in der Praxis ihnen entgegen zu handeln, während dieser sich nicht mehr schert, auch das Programm reaktionär zu fassen.

**Aus der Debatte über die Zwangsberziehung,** die am Donnerstag das preussische Abgeordnetenhaus beschäftigte, seien noch einige Ausführungen der Minister v. Rheinbaben und v. Miquel nachgetragen.

Es wäre unnötig, an der Redeblüte achlos vorbeizugehen, die Herr von Rheinbaben pflichtete, indem er „unre deutsche Arme“ als das „beste Erziehungs-institut der Welt“ bezeichnete. Armer Goethe, armer Schiller! Ihr wäret noch ganz andere Kerle geworden, wenn ihr, hundert Jahre später geboren, dieser Erziehung teilhaftig geworden wäret! Und wie überflüssig sind die Mühen unrer Pädagogen, die ungezählte diese Compendien über erzieherische Fragen geschrieben haben, wie deplaciert ist der ganze Streit über humanistische und reale Bildung, da die Frage längst definitiv gelöst ist: nicht Goethe und nicht Reinhardt ist der beste Erzieher, sondern der preussische Unteroffizier!

Nicht uninteressant ist auch die Motivierung Rheinbabens, weshalb gerade der Landrat das Recht haben soll, den Antrag auf Zwangsberziehung beim Vormundschaftsrichter zu stellen. Auch andre Personen, der Geistliche, der Lehrer und so weiter, sollen zwar das Recht haben; allein verpflichtet, diesen Antrag gründlich zu prüfen, ist der Vormundschaftsrichter erst dann, wenn der Landrat als autoritative Person den Antrag stellt. Liegt in dieser sonderbaren Aufstellung nicht eine Herabwürdigung der Richter? Wird denselben doch zugestanden, daß sie, sofern der Antrag „um“ vom Lehrer oder Geistlichen gestellt wird, denselben eventuell nicht die nötige Beachtung spenden, sondern daß erst die Autorität des Landrats sie zum vollen Bewußtsein ihrer Pflicht kommt läßt. Die erste pädagogische Maxime ist also der Unteroffizier, dann kommt der Landrat und dann erst der Lehrer und der Geistliche!

Wenigerwertig ist auch, was Herr v. Miquel über die Zerkürung der Familie durch — nicht etwa die Sozialdemokratie, die ja gewöhnlich als die Zerstörerin der Familie gilt, sondern durch die gewerbliche Entwicklung sagte: „Nehle Herren, wer unsere Verhältnisse aus der Praxis kennt, der weiß, daß die Erziehung in der Familie große Gefahren läuft durch unsere gewerbliche Entwicklung, nach mehreren Seiten hin und gewiß in allen Bezirken, in den Städten freilich am meisten, und in den Industriebezirken weit mehr als in den ländlichen Bezirken; aber doch tritt diese bedenkliche Seite unserer sozialen Zustände mehr oder weniger überall hervor.“

Die gewerbliche Entwicklung ist es also, die die Familie zerstört und dem Staat mehr und mehr die Erziehung der Jugend aufbürdet. Nichtsdestoweniger ist es aber die Sozialdemokratie, die die Familienbande lockert! Auch ist es nach Herrn v. Miquel „höchst bedenklich“, im sozialpolitischen Sinne des jugendlichen Alters zu weit zu gehen. Die zu frühe materielle Selbstständigkeit der proletarischen Jugend gefährdet die Sitte, deshalb muß durch das Institut der Zwangsberziehung die Ausübung der jugendlichen Proletarier zwar konserviert, aber in die ungeschickte Form zwangsberzieherischer Haus- und Werkstattarbeit verwandelt werden. So säuhnt man die Moral, ohne die kapitalistische Exploitation der jugendlichen Arbeiter zu gefährden.

So entspringt sich die Fürsorge für die Jugendlichen als eine Fürsorge für den Ausbeuter-Staat und das dreimal geheiligte kapitalistische Eigentum!

**Noch ein kleines Mittel.** Ein Zoll auf Süßwasserfische war von landwirtschaftlichen Interessenten beim Deutschen Fischereiverein in Anregung gebracht worden. Eine Konferenz des genannten Vereins sah sich durch diesen agrarischen Vorschlag veranlaßt, die Frage auf einer nach Berlin einberufenen Konferenz zu erörtern. In welchem Sinne die Konferenz sich schlüssig wurde, wird nicht mitgeteilt, dagegen feststeht, daß an der Konferenz Fischhändler mit ganz unverhältnismäßig geringer Zahl beteiligt waren. Aus einer Zuschrift aus Händlertreffen an die „Hamburger Vorleshalle“ ist jedoch ersichtlich, daß die Händler sich dem Wunsch gegenüber ablehnend verhalten werden, da die einheimische Produktion an Süßwasserfischen viel zu gering ist, um den Markt versorgen zu können. Für die ewig Notleidenden ist aber dieser weitere Versuch des Fleischwunders charakteristisch.

**Statt der Kriegsschiffe Wagger.** Wir reproduzieren vorerzählern den Verzweiflungsschrei des „Memelers Dampfboots“ wegen der Sperre des Memeler Hafens, dessen jährlicher Handel von 60 Millionen Mark auf Anhänge geschätzt ist, weil es an Waggern fehlt, um die Verladung des Hafens zu befähigen. Die „Offizielle Berl. Korrespondenz“ führte nun heute die Verteidigung der Regierung in folgender Weise:

Als im Herbst vorigen Jahres infolge der ungewöhnlich heftigen und anhaltenden Stürme eine besondere Rufe Verladung des Memeler Hafens eintrat, wurde unverzüglich der in Pilsen stationierte Goppebagger „Rogat“ nach Memel entsandt, um durch Waggern die Verladung zu befähigen. Wenn ihm dies nicht in vollem Umfang gelungen ist, so lag es daran, daß infolge der Unruhe der Witterung die Ausführung der Waggerarbeiten erschwert und häufig unmöglich gemacht wurde, und daß der Bagger im Frühjahr dieses Jahres behufs Vornahme einer durchgreifenden Instandsetzung außer Betrieb gestellt werden mußte.

Die Staatsregierung ist sofort in Erwägungen darüber eingetreten, wie der Wiederkehr solcher Verladungen des Memeler Hafens vorgebeugt sein wird. Es ist nicht ausgeschlossen, daß schon durch die für den Herbst dieses Jahres in Aussicht stehende Inbetriebstellung des durch den vorjährigen Staatshaushalts-Etat eigens für die Hafenbau-Inspektion Memel bewilligten besonders leistungsfähigen neuen Goppebagger der Memeler Hafen vor ähnlichen Nachteilen, wie dem gegenwärtigen, in Zukunft bewahrt werden wird. Gleichwohl ist aber auch der Frage nähergetreten worden, ob nicht behufs Befähigung eines größeren Schutzes des Memeler Hafens gegen Verladungen seine Sidemole bis zum Rufe der Nordmole zu verlagern sein wird. Eine endgültige Entscheidung der zuständigen Bestorntminister hierüber liegt noch nicht vor, wird aber mit größter Beschleunigung herbeigeführt werden. Von einem Mangel an Bereitwilligkeit seitens der Anonververwaltung, zu den erforderlichen Maßnahmen die Hand zu bieten, kann nicht die Rede sein.



Diese vermeintliche Nichterfüllung der Korrespondenz bestätigt nur, daß wir zwar Milliarden ins Wasser geworfen haben, um eine starke Kriegsmarine zu schaffen, daß es dagegen wegen dieser maritimen Hyperstrophie an Mitteln gefehlt hat, um die nötige Anzahl von Wagern bauen zu lassen. Wollte man eine zur Verfügung stehende Wagger streift, versendet ein wichtiger Hafen!

Schlagender als durch diese offiziöse Erklärung konnte gar nicht bewiesen werden, daß das militärische und marine Deutsche Land sich ganz außer Stande fände, auch nur die elementarsten Kulturaufgaben zu berücksichtigen.

**Großherzogtum Sachsen-Weimar.** Man schreibt uns: Dem langjährigen national-liberalen Landtags-Abgeordneten Ed. Dornblüth in Jena ist auf seine Verhinderung wegen Nichterfüllung seiner Pflicht zum ersten Bürgermeister in Jena durch den Bezirksausschuß vom Ministerium die Entscheidung zugegangen, daß die Befähigung zu verliere sei, weil es ihm an den zur Verwaltung dieses Amtes notwendigen Eigenschaften mangelt.

### Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.

Wegen Majestätsbeleidigung wurde vom Dresdener Landgericht ein gewisser Mathes Zihner, genannt Vitmann, zu einem Jahr Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust (!) verurteilt. Zihner soll in einem Restaurant der Neustadt in angeordnetem Zustand (!) den deutschen Kaiser und die kaiserliche Familie beleidigt haben. Er ist schon zweimal wegen des gleichen Delikts mit 6 bez. 7 Monaten Gefängnis vorbestraft. Da die Verhandlung geheim war, konnte man nichts über den Hergang der Sache erfahren.

### Ausland.

#### Österreich-Ungarn.

**Wiedererfassungverfahren des Rattenberger Mordmord-Prozesses.** Wien, 27. April. Einer Meldung des Fremdenbl. aus Prag zufolge hob der Kassationshof das Urteil gegen den wegen Ermordung der Anna Griza vom Schwurgericht in Rattenberg zum Tode verurteilten Hübner auf und ordnete ein neues Verfahren vor einem andern Kreisgericht an. Die Ermordung der Anna Griza war bekanntlich ebenfalls zum Mordmord gestempelt worden. Ramentlich hatte sich der Staatsanwalt alle Mühe gegeben, den Mord in eine solche Beleuchtung zu rücken. Für den objektiven Beurteiler konnte angesichts der mangelhaften Ergebnisse der Beweiserhebung kein Zweifel darüber bestehen, daß die Geschwornen allzu sehr unter der Suggestion des Mordmord-Büchchens gestanden hätten.

#### Sprachenkret im böhmischen Landtag.

Prag, 26. April. Im Landtag wird die Beratung über den Sprachenantrag Pascal fortgesetzt. Abg. Dvorzak meint, die Einführung der deutschen Staatsprache würde Österreich zu einem Konflikt mit Deutschland treiben, da zwei große deutsche Staaten nebeneinander nicht bestehen könnten. Seine Partei stehe auf dem Boden der Gleichberechtigung und Gleichwertigkeit aller Nationen und werde ihr Programm mit allen Mitteln verteidigen. — Abg. Schuderer bedauert, daß die Sprachenfrage überhaupt im Landtag zur Sprache gekommen sei. — Abg. Herold greift die deutschen Abgeordneten heftig an. Die Czechen forderten für sich nichts anderes, als was die Deutschen befehlen. In dem Sprachen-Gesetzentwurf der Regierung erblicke man überall die deutsche Staatsprache. Die Czechen hätten die Verständigungskonferenz nur befehligt, um der Regierung Gelegenheit zu geben, ihnen für die Aufhebung der Sprachen-Verordnungen Satisfaction zu geben. Wenn ihnen eine solche nicht bis zum 5. Mai gegeben werde, so würden sie sich dieselbe selbst nehmen und zwar in einer Weise, die weder den Deutschen noch der Regierung genehm sein werde. (Lebhafte Weisung, auch auf den Galerien.) — Der Oberstlandmarschall droht mit der Räumung der Galerien. — Abg. Wolf überschreit den noch immer anhaltenden Weisung der Jungczechen mit dem Rufe: „Der Antrag Pascal ist eine Komödie! Das ist eine Komödiantenpolitik!“

Der Oberstlandmarschall erklärt, er schreite zum Schluß der Sitzung. — Abg. Wolf verlangt die Räumung der Galerien. Es entsteht ein ohrenbelebender Lärm. — Der Oberstlandmarschall entgegnet, die Galerien hätten seiner Mahnung Folge geleistet, er habe somit keinen Anlaß zu einem weiteren Einschreiten. — Abg. Wolf besteht unter heftigen Ausfällen gegen die Czechen auf der Räumung der Galerien. — Der Oberstlandmarschall schließt hierauf unter anhaltendem Lärm die Sitzung.

#### Dänemark.

Kopenhagen, 27. April. Im heutigen Ministerrat nahm der König das Entlassungsgesuch des Ministeriums Hörring an und ernannte ein neues Ministerium der Rechte, welches folgendermaßen gebildet ist: Vorky und Keuhers Landeshöfungs-Vizepräsident S. v. Sehested; Justiz Prof. Goss; öffentliche Arbeiten Baron Axel Nyhlen; Ackerbau Direktor Preis; Finanzen Prof. Schackling; Marine Kommandant Widdelton; Kultur Prof. Ferre. Die bisherigen Minister des Kriegs und des Innern Schnack und Bramsen bleiben im Amt.

#### Belgien.

Ueber die Kongogrenze veröffentlichte das „Petit bleu“ einen aufsehen erregenden Artikel, in dem das bestialische System der Gummigezehrung in folgender Weise geschildert wird: Wenn Eingeborene Gummidielen, werden sie von Soldaten umringt und ihre Köpfe abgewogen. Enthalten dieselben nicht volle 5 Kilo Gummidielen, dann erhalten die betreffenden hundert Stochiebe, andernfalls Stoff oder sonstige Gegenstände als Bezahlung. Bringen von hundert Einwohnern nur fünfzig Gummidielen, so werden diese als Geißeln zurückgehalten, während die Soldaten die übrigen 50 niedermeheln und ihr Dorf in Brand stecken. Unterwegs werden unterworfenen Regier als Hühnerhähne eingereiht, mit Lanzen bewaffnet und bei den Streifzügen gegen die Eingeborenen losgelassen mit der Erlaubnis, ihre kanibalischen Gelüste zu befriedigen und die geblühten Feinde aufzufressen. Der Gewährungsmann sendet Duplikate eines Protokolls des Gerichtsoffiziers Moray mit, welche die Aussagen zweier Sergeanten und zweier Soldaten enthalten, denen zufolge der Agent Vanden, Chef der Adoba-Gone, alle Dörfer von Ambao bis Adoba anzuzünden und die eingeborenen Männer, Weiber und Kinder niederzumeheln befehlt. Er ließ den Männern die Köpfe abhauen und auf Pfähle stecken, außerdem den Getöteten die Hände abhauen und die Weiber und Kinder kreuzförmig auf Pfähle stecken. Ein zweites Protokoll verzeichnet die Aussagen von sechs Soldaten, wonach Vanden einem Eingeborenen, der sich gewiegert hatte, eine beklagende Antwort über ein verführerisches Gewehr eines gewandten Weihen zu geben, diesem seinen Stock zehn Centimeter tief durch den Rücken bohren. Der Chef wurde später wegen Rinderverderbens erschossen, geköpft und der Kopf auf einen Pfahl gesteckt. Vanden befehlt darauf, das betreffende Dorf zu umzingeln, die Einwohner zu töten und ihre Köpfe und Hände zurückzubringen; er drohte den Sergeanten abzusehen, wenn er den Befehl nicht erfüllte. Vanden begann seine kolossale Lustbahn in der algerischen Mission in Staout und trat darauf in den Dienst der Annoverpener Handelsgesellschaft. „Petit bleu“ verzeichnet, ein internationales Untersuchungskomitee sei in der Bildung begriffen, welches an Ort und Stelle die Richtigkeit der Aussagen feststellen soll.

In einer Mitteilung an das „Petit bleu“ erklärt nunmehr der höhere Major Lothaire, seine unerwartete Rückkehr stehe in einer Beziehung zu der von dem Agenten Moray gegen ihn erhobenen Fuldage. Er sei lediglich aus Gesundheitsrücksichten und zur Wahrnehmung privater Interessen zurückgekehrt. Lothaire spricht Moray das Recht ab, gegen Agenten des Kongostaats Untersuchungen

zu führen und bezeichnet die von Moray aufgenommenen und gegen ihn (Lothaire) gerichteten Protokolle als falsch. Das Verhalten Morays sei ein Mordakt. Lothaire leugnet nicht, daß zuweilen von einigen Weihen mit defekter Moralität Ausschreitungen begangen worden seien; die Eingeborenen auferlegte Zwangsarbeit sei aber notwendig. Lothaire stellt in Abrede, daß die Bundjas durch die Ausschreitungen der Weihen zum Aufstande angereizt worden seien. Die Bundjas hätten sich gegen alle Zivilisation immer ablehnend verhalten, sie seien Menschenfresser und hätten zahlreiche weiße Agenten ermordet.

Der Lothaire als Angeklagter sich weiß zu waschen versucht, voranzugucken, seine Erklärung allein vermag die Beschuldigungen Morays noch keineswegs zu entkräften. Hoffentlich wird aber durch Untersuchungen von unbeteiligter Seite mehr Licht über die grauenhaften Zustände verbreitet, als sich das von der durch die Centralregierung des Kongostaats selbst eingeleiteten Untersuchung erwarten läßt. Wie schlimm die Dinge liegen müssen, vertrat schon die Jugendschändnisse Lothaires selbst. Ausschreitungen sind begangen worden, das waagt auch Lothaire nicht zu leugnen, der außerdem das skandalöse System der Zwangsarbeit der Eingeborenen für notwendig erklärt. Ein System, das schlimmer ist als Sklaverei, da doch der Sklavhalter für die Arbeitsleistung wenigstens noch die hier fortfallende Pflicht des Unterhalts übernimmt. Leute, die sich als Offiziere und Beamte zu Sklaventreibern eines solchen Systems hergeben, müssen von vornherein als Individuen mit defekter Moralität angesehen werden!

Daß die belgische Kammer den Antrag vorand, der Auffklärung über die im Kongostaat begangenen Schändlichkeiten forderte, mit Zweidrittelmehrheit ablehnte, ist für diese ein Monument der Schande. Jeder Unbefangene wird nun erst recht vermuten, daß die Rechte lediglich aus Schonung für die Gesellschaft und ihren vornehmsten Aktionär eine weitere Aufklärung vermeiden sehen wollte. Die Ankläger und die anständige Presse werden sich aber durch den schmählichen Kammerbeschuß das Recht zu fernere Kritik nicht nehmen lassen!

#### England.

**Der Herzog von Argyll gestorben.** London, 24. April. Heute früh ist auf seinem Schloß in Inverary ein Mann gestorben, der zwar keine besondere hervorragende Rolle als Parlamentarier oder Staatsmann gespielt hat, aber doch seiner Zeit zu den meistgenannten Politikern gehörte und auch sonst die Öffentlichkeit viel beschäftigte. Es ist dies der Herzog von Argyll, ein schottischer Peer aus dem Clan der Campbells, mit seinem keltischen Namen Mac Cullum More genannt. Einer seiner Vorfahren war der Earl of Argyll, der, wie Mary im „Herr Vogt“ schreibt, als Rebeller im Freiheitskampf gegen Jakob II. auf dem Markt zu Edinburgh enthauptet worden ist. Vogt hatte Mary die Verwandtschaft mit dem Minister von Westfalen vorgeworfen, und Mary portierte diese „feige Finte“ mit dem Hinweis auf jenen „Agnaten“ seiner Frau. Lediglich hatte auch der Vater des hier erwähnten Earl auf dem Schaafot geendet, nämlich wegen seiner Parteinahme für Cromwell. Die Whig-Traditionen blieben in der Familie erblich, und der jetzt verstorbene Herzog gehörte verschiedenen Ministerien als liberales Mitglied an, resignierte aber 1851, als Gladstone seine „konstitutionelle“ Landbill für Irland einbrachte, und trat 1856 wegen Homerules endgültig aus der liberalen Partei aus. Trotz eines heftigen Föderkriegs mit Gladstone blieb er indes persönlich stets mit diesem befreundet. Er war ein litterarischer Kampfbahn und hat allerhand Arbeiten über Verfassungswesen, das Verhältnis von Religion und Wissenschaft und ähnliche theoretische Fragen, die ihm am Herzen lagen, veröffentlicht. Eine der bekanntesten dieser Schriften führt den Titel „Die unerschütterlichen Grundlagen der Gesellschaft“.

Nachfolger des Verstorbenen in der Peerwürde ist sein Sohn, der Marquis von Lorne, der eine Tochter der Königin zur Frau hat. Mit dieser Nachfolge erlischt sein Parlamentarieramt und es wird in Süd-Manchester, das der Genannte 1856 den Liberalen abnahm, eine Nachwahl notwendig, auf deren Ausfall man gespannt sein darf. Bis dahin war der Kreis nämlich eine Domäne der Liberalen gewesen und der Uebergang in die Hände der Unionisten vollzog sich mit der geringen Mehrheit von 78 Stimmen. Es wird sich nun selbstverständlich bei der Wahl in hohem Grade um die Transpaalfrage handeln, und die Stimme Lancasters hat in England stets ein besonderes Gewicht. Das größte Blatt von Manchester, der „Guardian“, ist streng boerenfreundlich.

#### Italien.

Die Vertagung des italienischen Parteikongresses kann als sicher betrachtet werden. Der Partei-Ausschuß hat, unter Angabe der Gründe, die für die Vertagung geltend gemacht worden sind, eine Umfrage bei den verschiedenen Mitgliedschaften veranstaltet. Einige der bedeutendsten Mitgliedschaften, darunter das wohl den Ausschlag gebende Mailand, haben sich für die Vertagung erklärt.

#### Spanien.

Eine Erneuerung der spanischen Kriegsmarine soll einer der Hauptprogrammpunkte des neuen Ministers Sagasta sein. Spanien, dessen Kolonialmacht durch unglückliche Kriege und Zwangsversteigerung bis zur Bedeutungslosigkeit zusammengefallen ist, thäte wahrhaftig klüger, zunächst einmal an eine gründliche Reform seiner sozialen Verhältnisse zu denken. Zum Glück für das durch Waffen- und Diktatorwirtschaft ruinierte Volk steht der Regierung zur Realisierung ihrer ehrgeizigen Pläne nur eine Kleinigkeit: das Geld.

### Parlamentarisches.

#### Unfallversicherungs-Kommission.

In der Sitzung am Freitag wurde zunächst der Bericht über das Gewerbe-Unfallversicherungs-Gesetz festgestellt. Seitens der Sozialdemokraten und auch einiger anderer Mitglieder der Kommission wurden eine ganze Reihe mehr oder weniger wesentlicher Veränderungen angeregt. Es zeigte sich also, wie recht die Sozialdemokraten hatten, als sie eine gründliche Durchsicht des Verdicts verlangten. Hierauf wurde auch der Bericht über das Mantelgesetz erledigt.

Die Debatte wandte sich nun einer von den Sozialdemokraten beantragten Resolution zu. In dieser werden die Regierungen ersucht, dem Reichstag baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben sowie als Gesinde beschäftigten Arbeiter, soweit dieselben nicht der reichsgefehligen oder einer gleichwertigen Krankenversicherungspflicht unterliegen, einer reichsgefehligen Krankenversicherungspflicht unterworfen werden. Eine Unfallversicherung ohne eine Krankenversicherung sei in der Praxis unhaltbar. Die bürgerlichen Parteien beteuerten zwar, daß sie sehr gern auch den ländlichen Arbeitern die Krankenfürsorge sichern wollten, aber auch in diesem Fall ließ es ihr gutes Herz nicht zu, daß etwas geschähe. Das Centrum empfahl vielmehr eine andre Resolution, durch welche die Regierung nur aufgefordert wurde, sich mit der Frage der Krankenversicherung der ländlichen Arbeiter zu beschäftigen. Der Staatssekretär des Innern erinnerte daran, daß ja bereits von der Regierung diesbezügliche Fragebogen an die Landesregierungen gerichtet seien. Die Regierung habe da also die erste Absicht, an diese Frage heranzutreten, und zwar gelegentlich der in nächster Zeit zu erwartenden Reform der Krankenversicherung; ob aber diese Reform bereits im nächsten Jahre durchgeführt werden könnte, sei zweifelhaft. Da schon jetzt mehrere andre Entwürfe ausgearbeitet seien, die dem Reichstag im nächsten Jahre vorkommen würden. Schließlich wurde die sozialdemokratische Resolution abgelehnt und dann die vom Centrum vorgelegene Abänderung einstimmig angenommen.

Hierauf wurde die Beratung des See-Unfallversicherungsgesetzes fortgesetzt und zwar bei der Frage, in welcher

Weise der Jahresarbeitsverdienst für die Berechnung der Renten ermittelt werden soll. Nach dem bestehenden Gesetz gilt als Jahresarbeitsverdienst das Reineinkommen des Monatslohn der festgesetzten monatlichen Durchschnittsbetrags. Die Sozialdemokraten verlangten, daß auch für die der See-Unfallversicherung unterstellten Arbeiter der Individuallohn zu Grunde gelegt werde, denn der angelegte Durchschnittsverdienst bleibe weit zurück hinter dem tatsächlichen Verdienst der betreffenden Arbeiter. Die bürgerliche Mehrheit der Kommission stellte sich auf den Standpunkt, daß für diejenigen Schiffleute, welche weite Fahrten machen, vom Durchschnittslohn nicht abgesehen werden könne. Man ging aber über den Entwurf der Regierung insoweit hinaus, daß als Jahresarbeitsverdienst das Einkommen des monatlichen Durchschnittslohns gelten soll. Für die andern Schiffleute dagegen wurde dem Antrag der Sozialdemokraten gemäß der Individuallohn als maßgebend festgelegt.

#### Nächste Sitzung Sonnabend.

#### Die Kommission für die Seemannsordnung

konnte ihre heutige Sitzung erst eine Stunde nach der festgesetzten Zeit beginnen, da sie so lange beschlußunfähig war. Die Verhandlung wurde beim § 5 fortgesetzt. Die Sozialdemokraten beantragten, das darin enthaltene Verbot der Anstellung von Deutschen vor dem vollendeten 14. Lebensjahr zu Schiffsdiensten auch auf Ausländer auszudehnen. In Folge lebhaften Widerspruch der Regierung und der übrigen Kommissionsmitglieder wurde der Antrag gegen zwei Stimmen abgelehnt. Es werden also Chinesen- und Negerskinder zum Schiffsdienst herangezogen werden dürfen. Ein zweiter sozialdemokratischer Antrag wollte nur Leute zum Schiffsdienst zulassen, die nach ärztlicher Versicherung gesund befunden worden sind. Auch dieser Antrag wurde von den Vertretern der Regierung bekämpft, während diesmal die bürgerlichen Parteien den Grundgedanken für diskutabel erklärten, aber meinten, daß die Frage durch Verordnung leicht zu regeln sei. Der Antrag wurde insolge dessen ebenfalls abgelehnt. Dagegen wurde ein Antrag Schrader angenommen, nach welchem der Bundesrat Bestimmungen über die Bedingungen zu erlassen hat, die an den körperlichen Zustand der Schiffleute zu stellen sind. Der § 6 wurde in der Fassung der Regierungsvorlage debattiert genehmigt. Es wurde noch § 7 zur Debatte gestellt. Da aber inzwischen die Zeit zur Plenarsitzung herangekommen war wurde die Sitzung vertagt. Nächste Sitzung: Dienstag, den 1. Mai.

### Der Krieg.

Es liegt alle Wahrscheinlichkeit vor, daß es den Boeren gelingen wird, trotz der Umgehungsversuche der Engländer ungehindert nach dem Norden zu entkommen. Die Boeren haben sich, gewißlich durch den schlimmen Ausgang der Taktik des Jouberts des Generals Cronje, gerade noch zur rechten Zeit zurückgezogen, um der Einklammerung durch die weit überlegene englische Streitmacht auszuweichen. Der „Standard“ läßt sich denn auch aus Bloemfontein telegraphieren, daß die Umzingelung der Boeren als mißglückt angesehen werden dürfte.

Von General Roberts liegt nur eine Mitteilung vor, die einen weiteren Erfolg der Engländer

meldet. Den Truppen des Generals Hamilton ist es nämlich gelungen, die Boeren vermittelst einer Umgehungsbewegung aus einer starken Stellung bei Israels Port zu verdrängen. Die Engländer folgten den sich zurückziehenden weiter gegen T h a b a n g u.

#### Ueber die Explosion von Begbie's Arsenal

wird gemeldet: Bei der Explosion wurden dreizehn Menschen getötet und siebzig verletzt. Die Untersuchung seitens der Regierung ergab, daß es sich um ein geplantes Attentat handelt. Man schreibt es englischer Anstiftung zu. Die Explosion fand in einem von dem Arsenal getrennt liegenden Hause statt und muß 800 Pfund Nitroglycerin erfordert haben, während in der Fabrik nur 200 Pfund vorhanden waren. Der Staatssekretär des Innern, Croker, legt die Untersuchung fort. Die Fabrik wird in 14 Tagen wieder in Betrieb sein.

#### Aus Natal

liegt nur folgendes Telegramm vor: **Clanablaagie**, 26. April. In der letzten Nacht haben die Boeren noch ein Gefecht auf der Schigelle vor der britischen Front in Stellung gebracht, so daß jetzt drei Geschütze die englische Stellung hier befeuern. Die Boeren sind fest davon überzeugt, daß die britischen Geschütze die übrigen wegen ihrer gut berichteten Verschützungen nicht treffen können. Eingeborene melden, daß die Boeren vom Viggarsberg herabgekommen sind, um die hier befindlichen Boerenkräfte zu verstärken.

#### Ein Operettenstück.

Ueber die „Civilianstellung“ General Warren wird uns von unserem Londoner Korrespondenten geschrieben:

Die leicht begreiflich, hat die Veröffentlichung der Kommentare des Lord Roberts über das Verhalten der Generale Buller und Warren beim Kampf um Verloren große Erregung hervorgerufen. Das allgemeine Urteil war, daß die Veröffentlichung das Publikum auf die Abberufung der Genannten vorbereiten sollte. Die Generale in ihrer Stellung verlassen und sie zugleich durch das scharfe Urteil des Oberkommandierenden öffentlich bloßstellen, schien mündenbar. Aber bis jetzt ist nur bekannt, daß General Warren seinen Posten verlassen hat und ein Telegramm der Erziehung-Comp. will wissen, daß er zum „Administrator von British Bechuanaland“ ernannt worden sei. Die Meldung wird aber noch bezweifelt, denn erstens giebt es in British Bechuanaland gar keine derartigen Posten, und dann wäre es schon ins Gebiet der fionischen Oper so ländliches, wenn ein Mann, dem soeben von autoritativer Seite „Mangel an administrativem Talent“ vorgeworfen ist — so heißt es nämlich in Roberts' Gutachten — gerade als Administrator an einen wichtigen Posten gesetzt werden sollte.

Allerdings hat dieser Feldzug so manches Operettenstück gezeitigt, aber meist mit tragischen Wirkungen. Und das Publikum ist so an sie gewöhnt, daß es sie fast mit fatalistischer Ergebenheit hin nimmt.

### Lezte Nachrichten und Depeschen.

**Lübeck**, 27. April. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Hier steht eine allgemeine Ausperrung der Arbeiter der Lübecker Maschinenfabrik und der Werft in Aussicht.

**Frankfurt a. M.** (W. O.) Die „Frankf. Ztg.“ aus Brüssel meldet, hat die Regierung des Kongostaats Nachrichten erhalten, welche die bekannten Thatsachen über den **Aufstand der Bundjas** und die Niederwerfung des Lieutenant's Whranis im ganzen Umfang bestätigen.

**Stuttgart**, 27. April. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die Regierung erklärte heute, auf die **Steuerreserven** vorläufig Verzicht leisten zu wollen, da die gegenwärtige Legislaturperiode bald zu Ende sei. Der neue Landtag wird im Dezember gewählt.

**Wien**, 27. April. (W. O.) Zwischen dem Bürgermeister Lueger und der Mehrheit der Landtags-Abgeordneten ist es in der heutigen Landtagssitzung zu einer sehr **erregten Scene** gekommen, weil die Abgeordneten einen von Lueger unterfertigten Antrag auf **Ullersverloerung** der Wiener Lehrerschaft abgelehnt haben. Bürgermeister Lueger verließ mit den Worten: „Wir werden's den Herren schon zeigen“ den Sitzungssaal.

**Wien**, 27. April. Der Reichsrat ist auf den 8. Mai, die Delegationen sind auf den 12. Mai einberufen.

**Petersburg**, 27. April. (W. O.) In der Ortschaft **Stretschim** im Gouvernement **Kotogorod** wurden durch eine **Feuerbrunst** 120 Häuser zerstört, eine große Anzahl Menschen ist obdachlos.



Reichstag.

182. Sitzung, Freitag, den 27. April, 1 Uhr.

Am Bundesratspräsidenten Graf Posadowski.

Auf der Tagesordnung steht zunächst folgende Interpellation der Abg. Deinhard und Genossen (nall.):

„Was zu welchem Zeitpunkt ist die Vorlage betreffend Abänderung des bestehenden Vergütungsgesetzes im Reichstag zu erwarten?“

Staatssekretär Graf Posadowski erklärt sich bereit, die Interpellation sofort zu beantworten.

Abg. Dr. Deinhard (nall.) begründet die Interpellation, Staatssekretär Graf Posadowski:

Gegen den von dem sogenannten Weinparlament ausgearbeiteten Gesetzentwurf haben die verschiedenen Regierungen nicht unerhebliche Bedenken ausgesprochen und daraufhin haben wir unter Zugleichung eines kleineren Kreises von Interessenten einen kürzeren Gesetzentwurf ausgearbeitet, der den Charakter eines Notgesetzes hat.

Dieser liegt zur Zeit dem preussischen Staatsministerium vor. Ich kann aber nicht versprechen, dass gewisse Bedenken abzuwehren, ob der jetzige Entwurf geeignet sei, dem arg überlasteten Reichstag noch ein neues Gesetz vorzulegen.

Auf Antrag des Abg. Vassermann wird in die Besprechung der Interpellation eingetreten, an der sich die Abg. Fiß (nall.), Schmidt (Eberfeld (fr. Sp.)), Wallenborn (C.), Dr. Nollendorfer (nall.) und Dr. Paasche beteiligen.

Darauf folgen Petitionen.

Eine Petition des oberhessischen christlichen Arbeitervereins in Weissen verlangt Einführung der achtstündigen Arbeitszeit, obligatorische Arbeiterausweise und Abänderung des Unfallversicherungsgesetzes.

Die Kommission beantragt, die Petition in den ersten beiden Forderungen dem Reichstag als Material zu überweisen und über den dritten Punkt zur Tagesordnung überzugehen.

Abg. Sachse (Soz.):

Das die Forderung von einem christlichen Arbeiterverein ausgeht, beweist, daß nicht nur Sozialdemokraten allein die achtstündige Arbeitszeit im Bergbau verlangen. Die Frage ist ja hier schon oft erörtert worden und ich will hier nur kurz darauf eingehen.

Ich will zunächst darauf hinweisen, daß der bayerische Landtag sich sehr eingehend mit dieser Frage beschäftigt hat. Es ist auch dort die Forderung angenommen worden, die achtstündige Arbeitszeit gesetzlich festzulegen, aber die Regierung hat diese Forderung abgelehnt mit der Motivierung, daß wenn Bayern allein die achtstündige Arbeitszeit annehmen wollte, es nicht konkurrenzfähig gegenüber den anderen Staaten wäre.

In Sachsen ist ja meine Forderung mit derselben Motivierung abgelehnt worden. Es ist also klar, daß auf dem Wege der Landesgesetzgebung wir niemals dazu kommen werden, die achtstündige Arbeitszeit gesetzlich festzulegen. Thatsache ist dabei, daß in vielen Bezirken noch die zwölfstündige Arbeit herrscht, wodurch die Gesundheit der Arbeiter schwer geschädigt wird.

Daß die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit möglich ist, beweist die Thatsache, daß sie in Westfalen bereits besteht, und auch Herr Hilse hat seiner Zeit ausgeführt, daß er für seine Person eine so lange Arbeitszeit, wie sie in Sachsen und Sachsen-Anhalt besteht, für nicht wünschenswert halte und durch die Verkürzung der Arbeitszeit keine Beeinträchtigung der Arbeitsleistungen befürchte.

Wenn übrigens auch in Westfalen die achtstündige Arbeitszeit vorhanden ist, so ist doch wichtig, daß außerdem noch gesetzlich festgelegt wird, daß das Ueberstundenwesen verboten wird. Die Forderung des Verbotens der Ueberstunden und der Einführung der achtstündigen Arbeitszeit ist die Hauptforderung aller großen Streiks, z. B. derjenigen in Sachsen und in Sachsen-Anhalt.

In dem Waldenburgerhagen Meiner haben sich die Bergwerks-Berwaltungen durch die starke Auswanderung der Arbeiter nach Westfalen endlich dazu bequemt, die achtstündige Arbeitszeit wenigstens provisorisch einzuführen. Jedemfalls wird zu diesem Entgegenkommen gegenüber den Arbeitern auch beigetragen haben die bevorstehende Nachwahl zum Reichstag.

Es wird sich jedenfalls zeigen, daß auch dort wie in Westfalen die Betriebe ebensogut bei achtstündiger Arbeitszeit prosperieren können.

Wie schädlich die lange Arbeitszeit in Bergbetrieben ist, zeigt auch die Krankenkassen-Statistik. In den Knappschaftskassen ist die Zahl der Krankheitsfälle und der Krankentage bedeutend höher als in anderen Krankenkassen.

In Waldenburgerhagen hat sich die Zahl der Krankheitsfälle im Bergbetriebe während der letzten zehn Jahre um 21 Proz. vermehrt. Der einzige Grund für diese Vermehrung ist natürlich die lange Arbeitszeit und das Ueberstundenwesen.

Von den Bergbetrieben wird ja allerdings bestritten, daß das Ueberstundenwesen so stark ist. Sie sollten doch einmal Abzähl- und nur eine Statistik veröffentlichen. Bis jetzt schweigt darüber der Sängers Hofschick.

Die Regierung, die sich bisher der Forderung der achtstündigen Arbeitszeit immer entgegenstellt hat, sollte nicht einseitig auf die Ausführungen der Unternehmer hören, sondern sich auch um die Verhältnisse der Arbeiter kümmern. Wenn auch leider noch kein Reichs-Vergütungsgesetz erlassen wird, sollte sie wenigstens von ihrer Weigerung auf Grund des § 120a der Gewerbe-Ordnung Gebrauch machen, die Maximalarbeitszeit in gesundheitsgefährlichen Betrieben einführen und die Arbeitszeit in sämtlichen Bergwerksbetrieben auf 8 Stunden reduzieren.

Weshalb schlägt gegen die Verhältnisse bei den Hüttenwerken. Namentlich hat die Stahlgießerei unter der langen Arbeitszeit zu leiden. Dort wird eine übermäßige Leistung beansprucht, die selbst ein starker Körper auf die Dauer nicht aushalten kann.

Für die Arbeitszeit der männlichen Arbeiter besteht in diesen Betrieben überhaupt noch keine gesetzliche Vorschrift. Sie dürfen 14, ja 16 Stunden ausgeben werden. Die Unternehmer haben sich dort ihrer großen Mehrzahl nach gegen die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit ausgesprochen und das wird ja heute auch hier der Fall sein.

Aber die Regierung sollte nicht nur immer auf sie hören, sondern auch die Forderungen der Arbeiter berücksichtigen.

Es ist übrigens sehr zu bedauern, daß das Centrum diese Petition, die doch von seinen eigenen Anhängern gestellt ist, der Regierung nicht zur Berücksichtigung überweisen will, sondern nur als Material. Das Centrum hätte hier Gelegenheit zu beweisen, daß es ihm ernst mit der Forderung für die Arbeiter ist.

Die weitere Forderung der Petition auf Arbeiterausweise liegt mir ziemlich kühl. Wir haben mit solchen Anschlägen schlechte Erfahrungen gemacht. Wenn sie wirklich die Interessen der Arbeiter vertreten, werden die betreffenden Arbeiter stets gegen sie zu sein.

In Sachsen bilden die Beamten der Krankenkassen die Arbeiterausweise. Als diese in Sibirien mit der Bergwerksbetriebe in Unterhandlung treten wollten, erklärten die Direktoren, das wäre Reberische. Aus der Verein für bergbauische Interessen wies die Arbeiterausweise scharf und ungeschönt ab. Das war die Ursache zum Ausbruch des Streiks im Sibirischen Bergbau.

Die Arbeiter, die dem Ausbruch angehöhen, wurden auch hier gemahnt. Die Arbeiterausweise können also zur Zeit nicht erzwungen, und wir haben keinen Anlaß, in dieser Beziehung einen andern Antrag zu stellen, als ihn die Kommission gestellt hat. (Erw. bei den Sozialdemokraten.)

Sachl. Bevollmächtigter Geheimer Rat Fischer:

Der Herr Reichsminister hat heute, wie ich anerkennen will, sachlich und ruhig gesprochen. Er hat aber heute wieder einzelne sachliche Punkte vorgebracht, die nicht ganz richtig sind. Es ist das ja erklärlich. Da er nicht mehr praktischer Bergarbeiter ist, muß er sich auf andere Personen verlassen, die ihm die Dinge nicht immer richtig darstellen.

Ich muß heute einen früheren Vorwurf des Abg. Sachse gegen die sächsischen Fabrikinspektoren zurückweisen, denen er falsche Berichterstattung vorgeworfen hatte. Die Verhältnisse in den sächsischen Bergwerken sind, soweit es Staatsbetriebe sind, durchaus zufriedenstellend.

In den Staatsbetrieben ist die zehnstündige Arbeitszeit eingeführt. Von den sächsischen Bergbetrieben ist das erst kürzlich anerkannt worden. Zugleich ist, daß die Sonntagarbeit noch nicht völlig abgeschafft ist. Die Arbeiter drängen sich geradezu zu der Sonntagarbeit, da sie besser bezahlt wird. Konkurrenzverhältnisse sind für die Sonntagarbeit nicht maßgebend, nur Betriebsverhältnisse.

Was der Abg. Sachse über die Ursachen des Sibirischen Streiks gesagt hat, kann ich nicht unterschreiben. Ich muß vielmehr sagen, daß der sächsische Bergarbeiterverein die Sache der Bergleute ungünstig geführt hat. Den Sündenbock sucht Herr Sachse bei den Unternehmern, auf der andern Seite wird behauptet, daß der Urheber des Streiks der Abg. Sachse gewesen ist. (Lebhafte Widerspruch.)

Was aber die Sache sein, wie sie ist, die Unternehmer hätten mit den Arbeiterausweisen verhandelt, wenn diese nicht so scharf aufgetreten wären. Der Abg. Hilse hat sich über die Handhabung des Versammlungsrechts während des Sibirischen Streiks besprochen und sehr starke Ausdrücke dabei gebraucht. Die Behörden waren im Interesse der Aufrechterhaltung von Ruhe, Ordnung und Sicherheit berechtigt, die Versammlungen zu verbieten. Sie haben selbstverständlich nach bestem pflichtgemäßem Ermessen gehandelt, und die Beamten haben für die Befolgung des Abg. Hilse, nur die tiefste Verachtung. (Oh! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hilse (nall.):

Auch ich halte eine möglichst kurze Arbeitszeit im Bergbau für wünschenswert. Aber ich bin weit entfernt, die Arbeiter zwingen zu wollen, nicht länger als acht Stunden zu arbeiten. Die Ueberstunden waren bei der herrschenden Kohlennot unumgänglich notwendig. Ebenso wie bei der Landwirthschaft oft Ueberarbeit notwendig ist. Wir unterscheiden uns also insofern grundsätzlich von dem Abgeordneten Sachse, als wir keinen Arbeiter des längeren Arbeitens verdrängen wollen, so lange es sich nicht um Gesundheitsgefährdung handelt.

Während im Bergbau die achtstündige Arbeitszeit eingeführt ist, geht das bei den Hüttenwerken nicht an. Die Hüttenarbeiter haben Ueberstunden, die durch die Natur des Betriebs bedingt sind. Zehn- bis zwölfstündige Arbeitszeit ist hier nicht gesundheitsgefährlich. Kurze Arbeitszeit würde die Arbeiter noch mehr vom Land zur Industrie ziehen und die Arbeiternot noch mehr vergrößern. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Gegen die Ueberweisung der Petition an die Regierung als Material habe ich nichts einzuwenden. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Fiß v. Stamm (Rp.):

Ich schließe mich dem Vorredner an. Selbst die Sozialdemokraten hätten ja die Petition nicht dem Reichstag zur Berücksichtigung übergeben. Die Länge oder Kürze der Arbeitszeit ist nicht immer maßgebend für die Gesundheit der Arbeiter, oder Sterblichkeitskoeffizienten, sondern die Intensität der Arbeit. Wo jetzt 12 Stunden gearbeitet wird, können kaum acht Stunden wirklicher Arbeit heraus. Würde die Arbeit so intensiv durch Verkürzung der Arbeitszeit, so würde die Gesundheit der Arbeiter viel mehr leiden. Die Arbeiter müßten dann entweder ihre Kräfte überanstrengen oder sie würden weniger verdienen. Auf einen meiner Güter war wegen der Influenza Arbeitermangel eingetreten. Ich ermächtigte meine Verwaltung, Italienere einzustellen, was ich sonst noch nie versucht hätte. Die Leute sollten einen Stundenlohn von 30 Pf. bekommen und erklärten sich mit dem Lohn einverstanden, verlangten aber 12 Stunden arbeiten zu dürfen. Da bei mir 10-10 1/2 stündige Arbeitszeit herrscht, konnte ich diesem Wunsch nicht nachgeben. Ich wiederhole, daß wir dem Antrag der Kommission zustimmen werden.

Abg. Dr. Hise (C.):

Wenn es sich bloß um die Bergbetriebe handelte, würden wir die Petition gern der Regierung zur Berücksichtigung überweisen. Da die Hüttenwerke einbezogen sind, geht das nicht. Wir sind für ein Reichs-Vergütungsgesetz und den gesetzlichen Achtstundentag für den Bergbau. Wir sind auch für obligatorische Arbeiterausweise, gegen die Sozialdemokraten im Jahre 1891 gestimmt haben. Ich verstehe nicht, wie Sie heute die Petition der Regierung zur Berücksichtigung überweisen wollen, wo sie doch eigentlich mit einem Teil des Inhalts nicht einverstanden sind. Es ist mir, daß Sie den Antrag nicht gestellt haben, denn das wäre politische Feindschaft. Herr Sachse hat konstatiert, daß die Bergarbeiter und im Lande noch Vertrauen haben. Das wird auch weiter so sein, auch wenn Herr Sachse noch mehr solche Reden hält, wie die heutige. (Beifall.)

Abg. Thiele (Soz.):

Ich verstehe nicht, wie man den achtstündigen Arbeitstag nur für den Bergarbeiter, nicht auch für den Hüttenarbeiter beschließen kann. Ist etwa die Arbeit des Hüttenarbeiters weniger anstrengend und gesundheitsgefährlich? Wenn Herr Hise nicht, daß sich alle Unternehmern nur eine achtstündige Arbeitszeit haben? Er möge sich nur einmal das Bild von Adolf Reuzel „Das Eisenwalzwerk“ ansehen, bei welcher Hitze die Arbeiter schaffen müssen. Der Geh. Rat Dr. Fischer hat — ich will ihm das Kompliment zurückgeben, das er meinem Kollegen Sachse gemacht hat — auch ruhig und leidenschaftlos gesprochen, aber es war sehr viel Schiefes in seinen Anschauungen. Wenn er z. B. sagte, die genügenden Arbeiter hätten sich gegen eine Verkürzung der Arbeitszeit ausgesprochen, so hätte er vielleicht besser gesagt, die schmiegsamen Arbeiter.“ Das sind Arbeiter, die ihre Arbeitslöhne und was ihnen frucht, noch nicht erkannt haben. Thatsache ist, daß die lange Arbeitszeit äußerst schädlich auf die Gesundheit der Bergleute wirkt. Herr Hilse meinte, vielfach seien die Schichten nur 2 1/2 Stunden länger als acht Stunden. Nun, dann wird es ja nicht schwer sein, auch diese 2 1/2 Stunden noch wegzulassen zu lassen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Er bezweifelt, daß die Länge der Arbeitszeit die Erhöhung der Krankenziffer bedingt. Gewiß trägt auch die geringe Ernährung dazu bei, die Zahl der Krankheitsfälle zu vermehren. Aber die Ueberstunden sind doch die Hauptsache. Herr Hilse selbst hat zugegeben, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit möglich und notwendig ist, und daß ohne Schaden die achtstündige Arbeitszeit eingeführt werden können, wo die technischen Einrichtungen es erlauben. Freilich, wenn die Unternehmer nicht genug Geld in ihre Betriebe stecken können, müssen die Arbeiter darunter leiden. Das einzige, was die Herren befürchten, ist Verminde rung der Reingewinne. Dabei würde zweifellos die Arbeitsleistung bei der Achtstundenschicht keine geringere sein. In einer Fabrik wurden die Arbeiter gefragt: 1. Glauben Sie, daß Sie in 8 Stunden dieselbe Arbeit leisten können wie bisher? 2. Wollen Sie in 8 Stunden dieselbe Arbeit leisten wie bisher in 10? Die Abstimmung ergab mit großer Mehrheit die Bejahung der beiden Fragen. Die Achtstundenschicht wurde eingeführt und die Produktion hat nicht abgenommen. Selbstverständlich bekommen die Leute für diese Achtstundenschicht denselben Lohn wie bisher. Die Verluste der großen Gesellschaften, die zur Veröffentlichung ihrer Jahresbilanzen gezwungen sind, beweisen übrigens, daß die Dividenden, die sie zahlen, außerordentlich hoch sind, und es ist nicht anzunehmen, daß die Privatgesellschaften schlechtere Geschäfte machen. Also selbst wenn die Verminderung der Arbeitszeit mit einer Verminderung der Gewinne verbunden wäre, würde das nicht so schlimm sein. Es wurde auch gesagt, es müßten drei Schichten eingeführt werden. Nun, das kann ja geschehen, wie es an einigen Stellen bereits der Fall ist.

Ich muß nun noch auf den Fall des Steiger's Nothe zurückkommen. Herr Dr. Arendt erklärte in der vorletzten Sitzung vor

den Herren, ich hätte wissen können, daß dieser Fall zur Verhandlung kommen würde. Dazu bemerke ich, daß ich die Sache beim Justizministerium auf Einführung eines Reichs-Vergütungsgesetzes vorgebracht hätte und daher nicht wissen konnte, daß er sie beim Etat des Reichsanwalts des Innern vorgebracht würde. Er hätte mich auch vorher benachrichtigen können. Was die Sache selbst anbetrifft, hat Herr Arendt gezeigt, wie man sich schon über das Ohr haufen lassen kann. Was besagt das: die Originalrechnungen liegen ihm vor? Ich muß Herrn Arendt mit Verantwortung folgender Fragen bitten: Wie viel Häuser hat der Steiger Nothe gebaut? Er hat nämlich nicht nur ein, sondern zwei gebaut. Wie viel sind die beiden Häuser wert, und wie hoch belaufen sich in den Originalrechnungen, die ihm vorgelegt sind, die Summen für Mauer- und Ziegelfische? Die zu ziffersmäßiger Nachweis muß ich erst verlangen. Ich könnte Herrn Arendt noch mehrere ähnliche Fälle vorführen. Bei nächster Gelegenheit werde ich das auch thun.

Abg. Dr. Arendt (Rp.):

Der Steiger Nothe hat tatsächlich zwei Häuser gebaut im Werte von 11 800 M. Die mir vorliegenden Rechnungen weisen auf 997,94 M. für Mauer- und Ziegelfische; an Zimmerholz ist hier bemerkt: diverse Hölzer 183,38 M. (Herr Thiele: Für zwei Häuser außerordentlich billig.) für Zimmerarbeiten sind verzeichnet 200 M. Die Rechnungen liegen Herrn Thiele zur Ansicht vor. Wenn Herr Thiele weiter sagte, daß er schwerwiegende Befugnisse hier noch weiter vordringen könnte, so möchte ich ihn dringend anfordern, das zu thun. In jedem einzelnen Fall wird die Untersuchung stattfinden. Allgemeine Anfordrungen muß ich aber wiederholt zurückweisen. — Herr Thiele hat übrigens damals von 2 Steigern gesprochen und es so hingestellt, als ob er von der Gegenwart spräche, thatsächlich ist der Steiger Nothe aber bereits seit elf Jahren aus dem Dienste der Mansfelder Gewerkschaft entlassen. Nebrigens ist in dem fortgeführten stenographischen Bericht nur von einem Steiger die Rede. (Hört! hört! rechts.) Herr Thiele hat auch ein andres Mal das Stenogramm fortgesetzt. Er stellte seiner Zeit nach meinen Aufzeichnungen die Behauptung auf, daß die Steiger in Mansfeld die Frauen der Arbeiter als ihr Eigentum betrachten. Köcher erklärte er, er hätte nicht gesagt, die Steiger, sondern Steiger.

In dem gedruckten stenographischen Bericht heißt es „gewisse Steiger“, im unkorrigierten Stenogramm „die Steiger“. (Hört! hört! rechts.) — Was den Fall Nothe anlangt, so werde ich also Herrn Thiele auf, entweder dem Mann von der Tribune herab eine Ehrenurteilung zu geben oder in seinem Volksblatt in Halle die Sache so abzurufen, daß der Betreffende die Klage gegen ihn erheben kann. Dann werden wir uns damit nicht zu beschäftigen haben, sondern das Gericht wird die Klarstellung der Angelegenheit herbeiführen.

Abg. Thiele (Soz.):

Ich habe keine Veranlassung, von Herrn Arendt darüber Besprechungen entgegen zu nehmen, wozu ich die Tribune dieses Hauses benutzen darf und was ich als Herausgeber eines Blattes zu thun habe. Ich habe über den Fall Nothe bereits Erklärungen abgegeben und werde noch weiter alles thun, um die Sache klar zu stellen. Sollte ich den Mann wirklich unrecht gefaßt haben, so werde ich das, was ich zu viel gefaßt habe, einfach zurücknehmen. So langsam glaube ich nicht, daß ich das nötig haben werde. Der Fall liegt elf Jahre zurück. Das ist aber hier gleichgültig. Ich habe mit dem Fall Nothe das rechtliche System charakterisieren wollen. Dieses System ist, obwohl Verwirrung sänftigt ist, noch genau daselbe geblieben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Stolle (Soz.):

Herr Geheimer Rat Fischer scheint dem Sprachwort zu haften: was lange währt, wird gut. Endlich nach 6 Wochen nimmt er Veranlassung, die Beamten, welche ich angeblich verfehlt haben soll, weil ich behauptet habe, die Spazierpfeifen es von den Dächern, daß die Beamten im Besitz von Kohlenkästen waren, in Schutz zu nehmen. Ich habe natürlich die Steuerdeklarationen nicht eingesehen, sonst könnte ich ja feststellen, wie viel die Leute außer dem Gehalt Privatvermögen versteuern. Aber ich erinnere Sie nur an den Fall des Amtsrathes Beder in Dresden, der, obwohl er im Besitz von Aktien der Waldschlößchen-Brauerei war, in einer Sache wegen Pöhlotts dieser Brauerei gerichtet hat. (Zuruf links.) Er war sogar Inspektor, hat also in eigener Sache gewandelt, und ich glaube, dieser eine Fall genügt schon, wenn es sich hier auch nicht gerade um Kohlen, sondern um Brauerei-Aktien handelt. Herr Fischer meinte dann, die Arbeiter drängen sich zur Sonntagarbeit. Weshalb thun sie das denn? Erstens machen sie sich dadurch lieb und bei der Verwallung, und zweitens läuft jeder Arbeiter, der sich nicht dazu drängt, Gefahr, entlassen zu werden. Meine Behauptung über die unrichtigen Berichte der Inspektoren muß ich durchaus aufrecht erhalten. Herr Fischer sprach von genügsamen Arbeitern, die keine Verkürzung der Arbeitszeit haben wollen. Würde eine Enquete darüber angestellt, so würden sich gewiß 99 Proz. aller Arbeiter für Verkürzung der Arbeitszeit erklären. In der Baugewerkschafts-Versammlung ist den Arbeitern einmal gesagt worden: Ihr Lohn nicht verdienen, wenn Ihr länger arbeitet. Die Arbeiter waren aber so vernünftig, darauf nicht einzugehen; sie verzichteten auf den Ueberstundenlohn.

Herr Fischer meinte dann, mein stolzes Sachse sei der Urheber des Sibirischen Streiks gewesen. Also hat die Bestimmtheit etwas irritiert, mit der der Regierungsvertreter das ausgesprochen hat. Er bezieht sich auch auf einen ähnlichen Bericht des Ministers. Ich frage Sie nun, wie hat sich der Herr Minister v. Meyssner über den Streik informiert? Er kam in das Streikgebiet, fragte die Bergwerksbesitzer und Beamten, aber die Hoffnung der Arbeiter, daß er auch zu ihnen kommen werde, hat sich nicht erfüllt.

Wenn sich der Herr Minister nur von dem einen Teile der Streitenden unterrichten läßt, wird er die Wahrheit nie erfahren. Ich muß also die Behauptung, der Abg. Sachse sei der Urheber des Streiks, gelinde gesagt als Unwahrheit bezeichnen. Ich selbst habe gehört, wie Kollege Sachse in einer Versammlung vom Streik abgeraten hat, auch in unserer Reaktion hat er das gethan. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Erst als alle Verhandlungen abgelehnt waren, brach der Streik aus. Da müßten die Arbeiter ihre Ehre wahren. Die Regierung hat wie immer auch diesmal nur dem Kapital geholfen. Die sächsischen Kohlen sind angeführt worden und die Regierung hat die Eisenbahngläser eingestellt. Gegen die Arbeiter hat man den Belagerungszustand erklärt. Herr Fischer meinte, die Anwendung des Versammlungsrechts hätte sich in gesetzlichen Bahnen bewegt. Das sächsische Versammlungsrecht spricht ausdrücklich davon, daß eine Gefahr für Sicherheit und Ruhe vorhanden sein muß. Ich frage nun nicht nur Herrn Fischer, sondern alle sächsischen Beamten: wo ist irgend ein Stein aufgehoben worden, wo war Unruhe, wo irgend eine Unanständigkeit? Wie konnte man also den Belagerungszustand verhängen, wie konnte man die Ausländer mit Ausweisung bedrohen. Wenn das keine Parteipolitik für die Herren Bergwerksbesitzer ist, dann weiß ich wirklich nicht, wie anders Partei genommen werden soll. Der Herr Minister hat ja sogar den Sibirischen Amtshauptmann rekrutiert. Die ganzen Vorgänge beweisen wieder, daß es in Sachsen eine Partei giebt, die es sehr gern sehen würde, wenn der Säbel hant und die Hämte schlägt. Aber die Arbeiter sind zu geschickt, als daß sie dazu Anlaß geben würden. Wenn wir schwächer, so würden die Steine reden, so ungerecht sind die Arbeiter behandelt worden. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Wohlgehallt worden!) In Sachsen ist bei man allem, um die Arbeiterorganisationen zu stören, aber nur wo starke Organisationen vorhanden sind, können auch geeignete Arbeitsverhältnisse eintreten. In dieser Beziehung der Organisation liegt der wahre Grund für den Streik.

Herr Dr. Arendt erklärte in der vorletzten Sitzung vor



Die Behauptung, daß die sächsischen Behörden mit zweierlei Maß messen, wird durch die häufige Wiederholung nicht richtiger. (Zum bei den Socialdemokraten: Sie ist richtig!) Ich kenne sie ja schon von dem Abg. Durm, dessen ceterum censuro sie ja ist. (Abg. Durm: Das Berliner Gericht hat doch das Meisten mit zweierlei Maß aufheuschelisch festgestellt. Glode des Präsidenten.) Da Herr Stolte hier gegen meine Behauptung aufgetreten ist, Herr Sachse habe den Streit verurteilt, so sehe ich mich nun genötigt, aus den amtlichen Berichten die Aeußerungen des Abg. Sachse zu citieren, die er in den Versammlungen gethan hat. Ich stelle es Ihnen anheim, wenn Sie mehr glauben wollen: Den sächsischen Beamten oder Herrn Sachse, der es hier ablehnet. Herr Sachse bezeichnete in einer Versammlung die Löhne für nicht angemessen. Er sagte weiter, die Arbeiter sollten die Hände nicht ins Korn werfen. Er könne nunmehr nur selbst zum Streik rufen. (Zuruf bei den Socialdemokraten: Nunmehr, d. h. nachdem alle Verhandlungen von den Arbeitgebern abgelehnt worden waren.) Herr Sachse sagte weiter, die Arbeiter seien solidarisch verbunden und würden dasselbe thun, was sie in Oestreich gethan haben. Gehen Sie hin, sagte er, sagen Sie allen, keiner solle sich vom Streik fern halten! Wenn das nicht zum Streik anreizen heißt, dann weiß ich nicht, wie man das anders machen soll. (Hört! hört! rechts: Ruhe bei den Socialdemokraten.) Minister v. Meißig ist auf Befehl des Königs in das Streitsgebiet gegangen, um sich dort genau zu informieren. Herr Stolte meint, er war nur bei den Unternehmern und Beamten. Herr v. Meißig hatte die Absicht, auch mit den Arbeiter-Ausschüssen zu verhandeln. Die waren aber nicht vorhanden. Ansonsten wären ihm ja die Forderungen der Arbeiter aus den Zeitungen bekannt. (Aha! bei den Socialdemokraten.) und der Zweck seiner Reise war, sich bei den Besitzern zu informieren, ob sie in der Lage seien, die Forderungen der Arbeiter zu bewilligen. Bei den Versammlungsverböten haben die Beamten nur nach pflichtgemäßem Ermessen gehandelt. Herr Stolte meinte, es sei nicht das geringste passiert. Aber bedenken Sie die Situation! Wie aufgeregt sind bei einem Streik die Gemüter, und wie leicht kann das Pulverfaß explodieren! Ohne Terrorismus geht es bei einem Streik nicht ab, wenn er Erfolg haben soll. Das hat selbst der „Vorwärts“ einmal geschrieben. Ich erinnere mich eines Bildes, das Ihr Centralorgan vor dem Streik von einem Maler König brachte. Man sah darauf einen Arbeiter eine drohende Haltung einnehmen, und aus der Besprechung zu dieser Illustration ging hervor, daß man auch in Ihren Reihen ganz genau sieht, daß man bei einem Streik auf Gewaltthatigkeiten zu rechnen hat.

1889 war ich Amtshauptmann im Chemnitzer Revier, als ein Bergarbeiter-Streik ausbrach. Es gelang mir ja, nach acht Tagen die Sache beizulegen. Während des Streiks aber schrieb mir ein Bergwerks-Besitzer, seine Sicherheit sei bedroht, die Arbeiter wollten ihm das Haus über dem Kopf anzünden. Ich stand der Sache skeptisch gegenüber und sah mir die Verhältnisse an. Ich gewann die Ueberzeugung, daß Gefahr nicht vorhanden sei (Nur bei den Socialdemokraten: Na also!) und ich bestimmte, daß das Militär zu Hause blieb. Wie aber, wenn nun doch etwas passiert wäre? Dann würde es gefährlich haben, der unfähige Amtshauptmann hat nichts gethan, obwohl wir uns an ihn gewendet haben. Es ist erklärlich, daß die Beamten bei einem Streik ängstlich sind und lieber mehr als weniger thun. (Abg. Singer: Da sollte man doch aus der Apotheke Brausepulver für sie kaufen. Weiterkeit.) Wenn Sie als Apotheker etwas für sie thun wollen, so habe ich nichts dagegen. (Weiterkeit.) Ich habe nicht sechs Wochen gebraucht, um Herrn Stolte zu widerlegen. Ich war am 6. März nicht hier, wo es Herrn Stolte gelang, einer rein sächsischen Angelegenheit den Schein des Reichsrechts hier zu verleihen. Ich habe dann sofort nach einer Gelegenheit gesucht, Herrn Stolte zu erwidern, er war aber nicht da, und ich wollte aus zarter Rücksicht auf ihn (Weiterkeit) nur in seiner Gegenwart antworten. — Es ist ganz unbillig, den Beamten im allgemeinen vorzuwerfen, daß sie Kohlenactionen befähigen und deshalb parteilich wären. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. Sachse (Soc.): widerlegt verschiedene Angaben des sächsischen Regierungsvorsetzters. Daß nicht alles in Ordnung war, geht daraus hervor, daß durch neue Bestimmungen nunmehr den Maschinenwärtern und Kesselwärtern eine Arbeitszeit über 12 Stunden verboten worden ist und daß ein Buch über die Heberarbeit geführt werden muß. Keine Angaben darüber scheinen doch erfolgreich gewesen zu sein. Die Arbeiter drängen sich nicht im allgemeinen, wie behauptet wurde, zu den Ueberwachten, aber unter Hunderttausenden sind natürlich einige Versäumnisse, die da glauben, sich nur durch Ueberwachten retten zu können. Nun werden aber die Leute gemahnt, weil sie sich weigern, Sonntagsgarbeit und Ueberzeit zu leisten. Der Minister Meißig hat mich im sächsischen Landtag als Urheber des Streiks bezeichnet und diese Angaben sollen, wie Herr Fischer behauptet, unwidersprochen geblieben sein. Das ist nicht richtig. Mein Freund Frähdorf hat diese Behauptung sofort bestritten. Wir haben auch in der That den Streik im Zwickauer Revier mit allen Kräften zu verhindern gesucht. Nur die scharfe Proclamation der Bergwerks-Besitzer, die es ablehnten, mit den Arbeitern in Verbindung zu treten, erzeugte die Erbitterung und die Erbitterung den Streik.

Was die Lohnfrage betrifft, so habe ich angegeben, daß der Verdienst der Bergarbeiter jetzt etwas höher ist. Das liegt aber nur daran, daß die Arbeiter jetzt 12 Stunden statt 10 Stunden arbeiten und die Ueberstunden- und Sonntagsarbeit in Flor steht. Als Herr v. Meißig in das Streitsgebiet reiste, entstand die Vermutung bei vielen, daß er Vermitteln würde. Es kam aber anders. Er sprach nur die Bergwerksbesitzer, und kann war er abgerichtet, so kamen die Versammlungsverbote und der Belagerungszustand. Nun hieß es, in Zwickau sei etwas „zusammengewickelt“ worden. (Weiterkeit links.) In meinen Versammlungen herrschte eine wahrhaft musterhafte Ordnung. Das hat selbst das nationalliberale „Chemnitzer Tageblatt“ anerkannt. Redner wendet sich gegen die Entscheidung des sächsischen Berg-Schiedsgerichts, wonach auf Grund des § 80a des sächsischen Verggesetzes die wegen des Streiks gemahregelten und abgelegten Vergleiche ihrer Ansprüche an die Knappschafstafel verlustig gegangen sind. Diese verkehrte Entscheidung bedeutet eine Anhebung der Koalitionsfreiheit. Heute noch sind über 100 Ausgeperrte und Abgelegte vorhanden, und auch die großen Kammeister verweigern ihnen Arbeit, obwohl sie Leute brauchen, auf Grund von Abmachungen mit den Bergwerksbesitzern. Es handelt sich um einen Vorkott von Arbeitswilligen, aber kein Ministerium Meißig, keine Antschafmannschaft thut um sich ihrer an; sie finden nur Hohn und Spott. Redner kommt auf die Dividendenhöhe der sächsischen Bergwerke zurück und teilt mit, daß die Durchschnittslöhne um 12 Proz., die Dividenden aber um 180 Proz. gestiegen seien. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten) Natürlich giebt es auch keine Bergwerke, die schlechte Geschäfte machen.

Der Reichshauptmann hat bei dieser Gelegenheit mit selber erzählt, daß er Kohlenactionen besäße und schlechte Geschäfte dabei gemacht habe. Was das Bild in der „Neuen Welt“ betrifft, so wird in der Erklärung das Steinaufheben nicht gebilligt und gesagt, daß es sich hier offenbar nicht um einen von einer Organisation planmäßig durchgeführten Streik, sondern um einen Verzweiflungsausbruch unorganisierter Massen handle. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten) Hoffentlich werden die Unwahrheiten, die im sächsischen Landtag ausgesprochen worden sind, nun nicht weiter kolportiert. Es ist festgestellt, daß die Streiktheter nicht wir, sondern die Bergwerksbesitzerwaren. (Wrao! bei den Socialdemokraten.)

Sächsischer Bundesbevollmächtigter Geheimrat Fischer:

Was den § 80 des sächsischen Verggesetzes anlangt, so hat derselbe mit dem § 132 der Gewerbeordnung nichts zu thun. Unter den Justizien herrscht kein Zweifel darüber, daß der § 80 des sächsischen Verggesetzes trotz der Gewerbeordnung in Geltung bleibt. — Das Versammlungsverbot und die Verlängerung des Belagerungszustandes steht mit der Weise des Ministers von Meißig nicht in dem Zusammenhang.

Ich habe nur gesagt, daß der englische Arbeiter dem deutschen an Körperkraft so überlegen sei, daß er längere Arbeitszeit aushalte. Wenn weiter der deutsche Arbeiter mehr für Spirituosen ausgiebt, so thut er nichts anderes als die ganze deutsche Nation, wie es ihr bereits Tacitus nachgesagt hat. (Weiterkeit.) Den Vorwurf der Trunksüchtigkeit habe ich ihm deshalb nicht machen wollen.

Abg. Ocher (Soc.):

Herr Fischer hat behauptet, es sei im sächsischen Landtag nicht widerlegt worden, daß der Streik auf socialdemokratische Agitation zurückzuführen sei. Der Abg. Frähdorf hat diese Behauptung sofort zurückgewiesen. Er hat auch nachgewiesen, wie die amtlichen Berichte des Ministers zu stande gekommen sind. Die Beamten haben die Wahrheit einfach entstellt, indem sie die Aeußerungen aus ganz verschiedenen Versammlungen zusammengelegt haben. Die Aeußerung des Abg. Sachse, die zum Streik rief, ist erst in einer späteren Versammlung erfolgt, als die brüske Ablehnung der Forderungen seitens der Werkbesitzer bereits erfolgt war. Herr Geh. Rat Fischer meinte, auch wir müßten zugeben, daß die Beamten zu ihren Versammlungsverböten berechtigt waren. Das geben wir nie und nimmer zu. Es liegt eine illoyale Auslegung des § 12 des sächsischen Vereinsgesetzes vor. Diese Illoyalität hat schon zu den schwersten Kämpfen zwischen den sächsischen Behörden und der die Hälfte der Bevölkerung ausmachenden Socialdemokratie geführt. Nicht eine drohende Faust ist während des Streiks im Bergrevier gesehen worden. Der Minister hätte vieles thun können, hat aber nichts gethan. Als er ins Bergrevier kam, um sich angeblich zu informieren, da glaubte man, er werde das unparteiisch und gerecht thun. Selbst ein socialdemokratisches Blatt lebte noch dieses Glaubens. Am nächsten Tage mußte es sich dementieren, denn der Minister war, ohne nur einen Arbeiter gesprochen zu haben, schon wieder angelommen. (Große Heiterkeit links. Präsident Graf v. Vallestrom ruft den Redner wegen des Wortes „ausgekiffen“ zur Ordnung.) Der Minister war also sehr schnell wieder verschwand. Ja mir sagen, Herr Geh. Rat Fischer hat nicht recht. Der Minister hat thatsächlich zu Ungunsten der Arbeiter in den Streik eingegriffen. Die Schuld an der Niederlage der Arbeiter liegt an diesem Verhalten des Ministers, das den Arbeitern die gemeinsamen Beratungen verwehrte, und an den Werkbesitzern, die die Arbeiter ordentlich niedergehämert haben. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Hiermit schließt die Diskussion. Das Haus beschließt über die Petition dem Antrage der Kommission gemäß.

Der Präsident schlägt hierauf Vertagung vor, welche angenommen wird, und beraumt die nächste Sitzung auf Dienstag, den 1. Mai, 1 Uhr an. Auf die Tagesordnung will er die Verhandlungen von Wahlprüfungen setzen.

Abg. Singer (Soc.) beantragt zur Geschäftsordnung, einen andern Gegenstand in die Tagesordnung zu setzen, bei dem nicht zu so starken principiellen Auseinandersetzungen Anlaß vorhanden sei, wie bei den Wahlprüfungen. Er glaube nicht, daß ein beschlußfähiges Haus am Dienstag vorhanden sein werde.

Der Antrag wird abgelehnt. Es bleibt beim Vorschlag des Präsidenten.

Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr (Wahlprüfungen). Schluß 6 1/2 Uhr.

Versammlungen.

Die Dachdecker hatten am Mittwoch eine Versammlung anberaumt, die allerdings gut besucht war. Ödning berichtete über den Stand der Lohnbewegung. Von den 1000 am 22. beabsichtigten Dachdeckern sind ungefähr mit Einschluß der Mitglieder der christlichen Organisation 900 ausgeperrt. Die Einigkeit der Unternehmer sei nicht her, bemerkt Redner, denn von den 80 Meistern haben 18 ihre Arbeiter ausgeperrt, während bei drei Firmen die Arbeiter selbst die Arbeit einstellen. Einige Firmen haben bereits die Erhöhung des Stundenlohns von 5 Pf. bewilligt. Die Haltung der Arbeiter sei eine ausgezeichnete, denn bisher sei kein Streikbrecher der Lohnbewegung hindernd entgegengetreten.

Der Central-Vorsitzende Dicht aus Frankfurt a. M. fordert sodann die Streikenden auf, fest zusammenzusehen und vor allen Dingen, wie früher, Ruhe und Besonnenheit zu bewahren.

Besser als durch diese Ausspernung konnten die Unternehmer nicht für uns agitieren. Die Forderung der bessern Schupperrüste sollte hier in Berlin schon längst erreicht sein. Zum Schluß wurde folgende Resolution angenommen: Die Versammlung erklärt sich mit dem Vorgehen der Lohnkommission einverstanden und beschließt, an den gestellten Forderungen festzuhalten.

Gegen den Jehusfundentag, den die Schaufmacher in der Metallindustrie wieder allgemein einführen wollen, nahm eine von Dirsch-Zumacher's Seite einberufene Gewerksvereins-Versammlung Stellung. Die am Donnerstag in Aellers Saal tagte. Der Referent Sartmann bemerkte, daß der Jehusfundentag in verschiedenen Betrieben, die bereits eine längere Arbeitszeit hatten, wieder eingeführt worden ist, so bei Kammrich in der Feinstroche. Ein solches Vorgehen der Unternehmer sei eine Herausforderung der Arbeiter. Wenn es aus diesem Anlaß zu einem Streik kommen sollte, so haben nicht die Arbeiter, sondern die Unternehmer denselben verschuldet. Der Referent empfahl folgende Resolution: Die Versammlung erklärt, daß die Arbeiter der Maschinenbau- und Metallindustrie nicht gewillt sind, die beabsichtigte Verlängerung der Arbeitszeit auf 10 Stunden in den Werkstätten, wo bereits eine längere Arbeitszeit eingeführt war, ohne weiteres anzuerkennen. Die Versammlung verpflichtet die Mitglieder des Gewerksvereins der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter, welche von der beabsichtigten Maßregel betroffen werden, ihren Ortsvereins-Ausschuß sofort in Kenntnis zu setzen, und ist dieser verpflichtet, die notwendigen Schritte zur Abwehr zu unternehmen. Als erster Diskussionsredner nahm Otto Käthe das Wort. Er wies darauf hin, daß bereits 700 Betriebe der Metallindustrie in Berlin die neunstündige, zum Teil auch eine längere Arbeitszeit eingeführt haben, es demnach begründet sei, wenn das jetzt zusammengekrampfte Gänselein der Schaufmacher die Abgesallenen wieder zu gewinnen nicht, was sogar — wie der Redner an Beispielen darlegte — mit terroristischen Mitteln geschehe. Weiter leuzzeichnete Käthe in treffender Weise und unter Zustimmung der Versammelten die wirtschaftlichen Gegensätze, die zwischen Unternehmern und Arbeitern bestehen und betonte, daß die arbeitserfeindlichen Maßnahmen der Industriellen nur dann abgewehrt werden können, wenn dieser starke Arbeiterorganisationen gegenüberstehen. Die künstlich erzeugten, in Wirklichkeit gar nicht vorhandenen Gegensätze in den Reihen der Arbeiter müßten schwinden, und alle Meinungen unterleben. Ohne Rücksicht auf religiöse und politische Meinungsverschiedenheiten müssen die Arbeiter ihre wirtschaftlichen Interessen gegenüber dem Unternehmern vertreten. (Lebhafter Beifall.) Nachdem noch mehrere Redner sowohl des Gewerksvereins wie des Verbands im Sinne einmütigen Vorgehens beider Organisationen gesprochen hatten, wurde die Resolution einstimmig angenommen.

Der Verband des technischen Bühnenpersonals hielt am 21. April seine zweite Generalversammlung ab. Das Andenken des verstorbenen Mitgliedes H. Weber ehrte die Versammlung durch Erheben von den Plätzen. Der hierauf verlesene Kassenbericht ergab einen Bestand von 579,05 M. Als Revisor und Vertrauensmann wurde Gabert gewählt. Von den an den meisten Bühnen Deutschlands ausgegebenen Fragebogen sind bis jetzt 26 eingelaufen, davon 12 von auswärts, und erklären sich die auswärtigen Kollegen mit dem Vorgehen des Vereins einverstanden und beabsichtigen, sich dem Verband anzuschließen. Eine längere Debatte entspann sich über die Frage, welcher Art der Organisation der Vortrag zu geben sei. Die Entscheidung wurde auf eine spätere Versammlung vertagt. Die Mitgliederzahl stieg vom Januar bis jetzt von 22 auf 135. Von 10 Kollegen, die sich im Arbeitsnachweis meldeten, erhielten 5 Beschäftigung nachgewiesen.

Der Verband der Tapezierer (Zentrale Nord) nahm am 24. April den Kassenbericht entgegen. Derselben ist zu entnehmen, daß die Zentrale eine Einnahme von 878,15 M. hatte, von der die Hälfte an die Hauptkasse abgeführt wurde und somit 439,08 M. für die örtliche Verwaltung verblieben. Die Mitgliederzahl hat sich im letzten Quartal um über 200 erhöht, so daß die Zentrale jetzt 600 Mitglieder zählt. Zur Kasse wurde eine Resolution angenommen, die es allen Kollegen aus Grund der Abmachungen vor dem Gewerbegericht zur Pflicht macht, den 1. Mai durch unbedingte Arbeitsruhe zu feiern und die Veranstaltungen des Verbands zu besuchen. Es wird beschlossen, am 1. Mai vormittags eine Versammlung abzuhalten und hieran anschließend einen gemeinschaftlichen Ausflug nach Pilschwerder zu unternehmen.

Der Verband der Schneider und Schneiderinnen hielt am Mittwoch eine außerordentlich stark besuchte Versammlung ab, in der über die statgefundenen Lohnbewegungen und deren Resultat verhandelt wurde. Nach den Ausführungen des Referenten Ritter und der übrigen Redner haben sowohl die Kostümschneider als auch die Herren-Majorschneider durch die letzten Streiks recht erhebliche und ansehnliche auch nachhaltigerer Erfolge als bei früheren Lohnbewegungen erzielt. Nicht nur, daß in zahlreichen Geschäften eine Regelung durch die Festlegung der Tarife stattgefunden hat, sondern es wurden auch Preisserhöhungen bis zu 25 Proz. errungen. Diese Erfolge sind selbstverständlich nur auf das energische Vorgehen der Arbeiter zurückzuführen. Während früher die Unternehmer gewöhnlich die Organisation der Arbeiter ignorierten, haben sie sich diesmal in den meisten Fällen zu Verhandlungen mit den Vertretern der Organisation bereit erklärt. An der Lohnbewegung der Herren-Majorschneider, die 14 Tage gedauert hat, haben sich allein ca. 2500 Personen, d. i. etwa ein Drittel der in dieser Branche beschäftigten Arbeiter, beteiligt. Bei der gegenwärtig sehr guten Konjunktur hätte allerdings noch mehr erreicht werden können, wenn der Indifferentismus, begünstigt durch die leidige Heimarbeit in der Schneiderei, nicht so stark vorherrschend wäre. Die Organisation hat erfreulicherweise in der letzten Zeit sehr gute Fortschritte zu verzeichnen und ist die Mitgliederzahl um ca. 100 Proz. gestiegen. Von allen Rednern wurde die Notwendigkeit der Organisation betont, um etwaigen Lohnreduzierungen, die schon wieder von einzelnen Unternehmern geplant werden, entgegenzutreten und um weitere Forderungen, insbesondere die Erziehung von Betriebswerkstätten, zur Durchführung zu bringen. Zur Stärkung der Organisation soll ein enger Zusammenhalt der in den einzelnen Geschäften thätigen Heimarbeiter angestrebt werden und sollen periodisch Werkstättenkonferenzen stattfinden. Eine längere Diskussion entspann sich über die Veranstaltungen am 1. Mai, da von mehreren Rednern ein Vorschlag gebracht wurde. Schließlich gelangte ein Antrag zur Annahme, wonach wie alljährlich vormittags eine Versammlung stattfinden soll und abends sich die Mitglieder an den politischen Feiern zu beteiligen haben.

Der Verband der Bäcker hielt am 24. d. Mis., im Alten Schützenpark eine Versammlung ab, in der Bäcker Rahl aus Leipzig referierte. In der Diskussion rügten Derschold, Höpner und Rißke namentlich die schlechte Durchführung des Maximal-Arbeits-tags, sowie hauptsächlich die ungenügende Revision seitens der Polizei. Im weiteren Verlauf der Diskussion machte der Vorsitzende auf die Raiffeiser aufmerksam. Er hob hervor, daß es in der Bäckerei zwar nicht möglich sei, durch vollständige Arbeitsruhe zu feiern, aber es sei Pflicht der Kollegen, soviel als ihnen die freie Zeit gestattet, an der Raiffeiser teilzunehmen.

Eine Versammlung der Schlächtergesellen tagte am Sonntag in Gohns Festsälen. Zum ersten Punkt der Tagesordnung, der Ausban unter Gewerkschaftsorganisation, wurde ein beifällig aufgenommenen Vortrag gehalten, dem eine lebhaft Diskussion folgte. Das Ergebnis desselben war die Annahme einer Resolution, in der gesagt wird, daß in Anbetracht der mäßigen Lage der Fleischer-gesellen und in Folge der ablehnenden Haltung der Meister den berechtigten Wünschen der Gesellen gegenüber eine Stärkung des Verbands der Schlächtergesellen unerlässlich sei. Deshalb soll in abernächster Zeit eine regere Agitation entfaltet und der Verband über ganz Deutschland verbreitet, also ein Centralverein gegründet werden. Im weiteren wurde noch über die Stellung der Berliner Fleischergesellen zur Einführung des zwölfstündigen Arbeitstags verhandelt. Auch die anwesenden Vertreter des christlichen Gewerksvereins hielten eine Verbesserung der Verhältnisse nach dieser Richtung hin für erforderlich. Von einer Beschlußfassung wurde jedoch Abstand genommen; es wurde aber eine Kommission gewählt, die vorbereitend und aufklärend wirken in dieser Sache eine Aussprache der sämtlichen am Ort bestehenden Korporationen der Gesellen herbeiführen und demnächst eine öffentliche Versammlung einberufen soll. Hierzu wurden Berger, Fritsch, Reslins, Kretschmar und Siedert gewählt. Ferner wurde noch über die Lohnbewegung der Schlächtergesellen in Wilhelmshaven berichtet und hierbei betont, daß dort die Kollegen schon weiter vorwärts geschritten seien als in der Großstadt Berlin. Zum Schluß wurde bekannt gegeben, daß ein Fleischermeister 2 in der Kannenstraße seine beiden Gesellen kurzer Hand entlassen hat, da sie am Vorabend vor Ostem nicht pünktlich um 10 Uhr abends zu Hause waren.

Die Van-Hülfsarbeiter, die zur Hilfeleistung bei den Bugen beschäftigt sind, hielten am 23. April eine Versammlung ab, in welcher das Lohnkommissionsmitglied Delschläger über die mit den Bugen gemeinsam ausgeführte Kontrollen berichtete. Diese hat folgendes ergeben: Auf 103 Bauten waren 322 Kollegen beschäftigt, von diesen waren 253 organisiert. Ihren Lohn von den Bugen erhielten 57 Kollegen, 265 wurden von den Unternehmern entlohnt. Eignes Gerät hatten 154 Kollegen; hiervon waren 106 organisiert. Die Arbeitszeit wurde von 80 Kollegen auf 19 Bauten überschritten. Unter dem tarifmäßigen Lohn arbeiteten 19 Kollegen auf 5 Bauten. Nachdem einige Redner in der Diskussion auf den Wert der Kontrolle hingewiesen hatten, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Kollegen Delschläger einverstanden und verspricht, mit allem Nachdruck dahin zu wirken, daß die am 11. September vorigen Jahres gefassten Beschlüsse hochzuhalten und durchzuführen sind. Sodann beschloß man, den 1. Mai durch allgemeine Arbeitsruhe zu feiern.

Die Radfahrer beschlossen in ihrer Versammlung am 22. April den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern.

Der Verband der Möbelpolierer tagte am 23. April. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrten die Anwesenden das Andenken des verstorbenen Mitgliedes Theodor Körner durch Erheben von den Plätzen. Der Vorsitzende gab in seinem Bericht eine Uebersicht der eingegangenen Kontrollkarten. Im ganzen waren nur 458 Karten abgegeben, davon waren 10 nicht ausgefüllt, bei 98 fehlt die Angabe des Jahresverdiensts. Diese Zahlen beweisen, daß ein großer Teil der Kollegen den Wert einer Statistik nicht begriffen haben. Der Arbeitsnachweis ist im verflohenen Vierteljahr auch von seiten der Arbeitgeber sehr reger in Anspruch genommen worden.

Es waren 598 Adressen abgegeben. Arbeitslose waren 705 eingeschrieben, beschäftigt konnten 481 werden. 6 Kollegen waren nicht organisiert und 2 gehörten dem Holzarbeiter-Verband an. Dem Kassenbericht zufolge betrug die Einnahme vom 1. Januar bis 31. März 4583,01 M., der Bestand vom vorigen Quartal war 9222,08 M., die Ausgabe 13 163,29 M. Zur Aufnahme in den Verband hatten sich 171 Kollegen gemeldet. Die Ueberwachung von Massenabst ergab einen Ueberschuß von 100,45 M. Zum Schluß ermahnte der Vorsitzende die Kollegen, am 1. Mai zur Versammlung ihre Mitgliedsbücher mitzubringen, da zur Kontrolle die Bücher mit einem besonderen Stempel versehen werden.

Gleichfalls wurde beschlossen, daß so lange die Extrastener erhoben wird, die Zahlstellen-Kassierer an jedem Sonnabend Beiträge in Empfang nehmen.



Die den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**

Sonnabend, den 28. April  
**Opernhaus.** Der Prophet. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Schaubühnhaus.** Jugend von heute. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Neues Opern-Theater (Kroll).** Höhenfluten zur See. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Deutsches.** John Gabriel Borkman. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Leitung.** Gioconda. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Berliner.** Ueber unsre Kraft. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Neues.** Minna von Barnhelm. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Melodram.** Die Dame von Maxim. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Welfen.** Die lustigen Weiber von Windsor. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Schiller.** Rabe. Hierauf: Der Diener zweier Herren. Anfang 8 Uhr.  
**Thalia.** Im Himmelhof. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Luisen.** Ethische Arbeit. Anfang 8 Uhr.  
**Central.** Berlin nach Elf. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Belle-Alliance.** § 184. Anfang 8 Uhr.  
**Carl Weis.** Der Rintfleisch von Transvaal. Anfang 8 Uhr.  
**Victoria.** Die Circus-Fee. Anfang 8 Uhr.  
**Friedrich-Wilhelmsdramatisches.** Meyer auf der Pariser Welt-Ausstellung. Anfang 8 Uhr.  
**Metropol.** Spezialitäten-Vorstellung. Die verheiratete Welt. Anfang 8 Uhr.  
**Apollo.** Spezialitäten: Vorstellung. Im Reiche des Indra. Anfang 8 Uhr.  
**Palast.** Spezialitäten: Vorstellung. Eine alte Geschichte. Anfang 8 Uhr.  
**Reichshallen.** Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.  
**Passage-Panopticum.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Urania.** Jubiläumssitz. 57/62. Täglich abends von 8-10 Uhr: Sternwarte.  
**Taubenstrasse 48/49.** Abends 8 Uhr (im Theateraal): „Von den Alpen zum Vesuv“  
**Rachin.** 5 Uhr: Dasselbe. (Ermässigte Preise.)

**Schiller-Theater**  
(Wagner-Theater).

Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Niobe.**  
 Schwan in 3 Akten nach Hartz und C. u. Paulsen von Hof. Blumenthal. Hierauf:  
**Der Diener zweier Herren.**  
 Lustspiel in 2 Akten v. Carlo Goldoni.  
 Sonntag, nachmittags 3 Uhr:  
**Des Meeres und der Liebe Wellen.**  
 Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Die Ehre.**  
 Montag, abends 8 Uhr:  
**Niobe.**  
 Hierauf:  
**Der Diener zweier Herren.**

**Carl Weiss-Theater**  
Gr. Frankfurterstrasse 132.

Täglich:  
**Mineralkönig von Transvaal.**  
 Anfang 8 Uhr.  
 Voraussichtlich haben Gültigkeit:  
 Ohm Krüger: Direktor Carl Weiss.  
 Im Tunnel von 7 Uhr an Frei-Konzert.  
 Sonntagnachm. 3 Uhr zu halb. Preisen:  
**Preciosa.**

**Metropol-Theater.**

Behrenstr. 55/57. Direktion R. Schuly.  
**Nur noch bis 30. April**  
**Verkehrte Welt!**  
 und das große  
**April-Specialität.-Programm.**  
 Dienstag, den 1. Mai 1900:  
 Zum erstenmale:  
**Der Zauberer am Nil.**  
 Große Ausstattung-Operette.  
 Vorher:  
**Das vollständig neue brillante**  
**Mai-Specialitäten-Programm**  
 Anfang 8 Uhr.  
 Neuden überall gefeiert.

**Palast-Theater**

früher Feen-Palast, Burgstr. 22.  
 Abendlich lebender Betrieb  
 den wichtigsten und besten  
**Kunst-Specialitäten.**  
 Neues Nischen-Programm.  
 Berlin amüsiert sich.  
**Fritzi Desirée,**  
 Gammeln und Phantasie-Tänzerin.  
 Die modernen Simons.  
**Die myheridien Elefanten.**  
 Um 8 1/2 Uhr:  
 Direktor Winkler in dem aktuellen  
 Charakterbild  
**Eine alle Geschichte.**  
 Anfang 8 Uhr. Kassenöffnung 7 Uhr.  
 Entree 50 Pf.  
 Silet-Vorverkauf von 11-1 Uhr.  
 Sonnabends nach der Vorstellung:  
**Familien-Frei-Tanz.**

**Urania**

Taubenstrasse 48/49.  
 Im Theater abends 8 Uhr:  
 „Von den Alpen zum Vesuv“  
 Nachmittags 5 Uhr: Dasselbe Vor-  
 stellung. (Ermässigte Preise.)  
**Invalidenstr. 57/62:**  
**Tägl. Sternwarte.**  
 Nachmittags 8-10 Uhr.

**Passage-Panopticum.**

9 Uhr früh bis 10 Uhr abends.  
 Nur noch kurze Zeit:  
**35**  
**Togo-Neger**  
 Vorstellungen stündlich.  
**Passage-Theater:**  
 Vorstellung von 7-10 1/2 Uhr.

**CASTANS**  
**PANOPTICUM**

Original-italienische  
 Sänger- u. Konzert-  
 Gesellschaft  
**„Colombo“.**  
 Die neuen sensationellen  
 lebenden Photographien.  
 Stiergefecht. — Mann über  
 Bord. — Stapellauf eines  
 modernen Schlachtschiffs.  
 — Baby-Wäsche u. v. a. m.  
 Joubert ? — Krüger. — Cronje.

**Central-Theater**

Direktion: José Forenzy.  
 Durchschlagender  
**Sacherfolg**  
**Berlin nach Elf.**  
 Große Ausstattungsposte.  
 Miranda, Fel. Anna Müller a. D.  
 Die sensationellen Schloger:  
**Aufzug der Parfums.**  
**Eisenbahn-Quartett! O Cordula!**  
 Morgen u. folgende Tage: Berlin  
 nach Elf.  
 Sonntag, den 29. April: Letzte  
 Nachmittags-Vorstellung der Saison.  
 Zu halb. Preisen. Die Niedermaus.

**Thalia-Theater.**

Tel. Amt IV 6440. Dresdenstr. 72/73.  
 Dritteilige Aufführung  
 vor der Abreise nach Hamburg.  
**Im Himmelhof.**  
 Thomas, Thielcher, Heimerding,  
 Junfermann, Paulmüller.  
 Anfang 7 1/2 Uhr.  
 Morgen: Dasselbe Vorstellung.  
 Montag, den 30. April: Letzte  
 Himmelhof-Aufführung in dieser  
 Saison. Benefiz für Guido Thielcher.  
 Im Himmelhof.  
 Gottl. Schwäbmer . . . G. Thielcher.

**W. Noacks Theater,**

Strunnenstrasse 16.  
 Heute, Sonnabend, den 28. April:  
**Extra-Theatervorstellung:**  
**Lorbeerbaum u. Bettelstab**  
 Schauspiel in 3 Akten von Goldt.  
 Nach der Vorstellung:  
**Tanzkränzchen.**

**Apollo-Theater.**

Im Reiche  
 des Indra  
**Consuela Tortajada**  
 Gretchen Rentter  
 sowie das  
**vorzügl. April-Programm.**  
 Kassenöffnung 7 Uhr.  
 Anfang 8 Uhr.  
 Vorverkauf täglich von 10-2 Uhr  
 sowie beim Invalidendank und  
 Künstlerdank.

**Victoria-Theater.**

Alexandersplatz.  
 Abends 8 Uhr:  
**Die Circus-Fee.**  
 Große Operette.  
**Belle-Alliance-Theater.**  
 § 184.  
 Schwan in 3 Akten v. Ralph Gobbins.  
 Anfang 8 Uhr.  
 Morgen u. folgende Tage: § 184.

**Sanssouci**

Kottbuserstr. 4a.  
 Heute Sonnabend:  
 Keine Vorstellung.  
 Sonntag, den 29. April:  
 Letzte Vorstellung der  
 Winter-Saison.  
 Hoffmanns  
**Norddeutsche Sänger**  
 Gewähltes Programm.  
 Nach der Entree  
**Tanzkränzchen.**

**Reichshallen.**  
 Täglich: Stettiner Sänger  
 Anfang:  
 Hochentags 8 Uhr.  
 Sonntags 7 Uhr.  
 Entree 50 Pfennig.  
 Vorverkauf 40 Pf.



**Deutsche Konzert-Hallen**

Stadtbahnhof Börse.  
 Täglich:  
**Grosse Theater- und Variété-  
 Vorstellung.**  
 Die humoristischen Bildsch. Groß.  
 Zimmermann, Gursch, Benari.  
 „Die Lucia von Rindorf“  
 sowie  
**Sergeant Schneidig und  
 militärische Eindrücke.**  
 Beginn der ausländischen Orchester  
 Wochen. 6 Uhr, der Theaterabst. 8 Uhr.

**Etablissement „Südost“**

Waldemarstr. 75.  
 Mehrere Sonnabende im April und  
 Mai noch zu vergeben. 4479L\*

**Restaurant Rautordia-Garten**

zu den Wasserwerken.  
 Landsberger Chaussee 1.  
 Wälder u. schöner Saal u. Garten  
 der Umgebung Berlins (Nordost).  
 Umfasst 1500 Personen und steht dem  
 geehrten Publikum sowie Vereinen  
 zur gefälligen Verfügung.  
 3 verb. Kegelbahnen, Kaffeeische.  
 Volksbelustigungen jeder Art.  
 4098L\* **Karl Piepenhagen.**

**Strand-Restaurant am Müggelsee**

ausw. Müggelsee u. Ausflugsort.  
 Empfehle Fischen, Vereinen und  
 Korporationen für Sommervergnügen  
 u. Ausflüge mein großartig gelegenes  
 Lokal. Saal für ca. 3000 Personen,  
 Hallen, genügende Nebenräume.  
 Belustigungen aller Art. Constante  
 Preise. **W. Degebrodt.**  
 38762L\* „Strandklub“, Rappin.

**Offend-Oberjöhneweide.**

**Restaurant Sportschau.**  
 Empf. Vereinen, Gesellschaften u. Saal.  
 Garten, Kegel u. Kaffee. Dobslaw.

**Schweizer Garten**

Am Königsthor. — Gaststätte der Ringbahn. — Am Friedrichshain.  
**Jeden Sonntag: Grosses Garten-Konzert**  
 von der Hauskapelle und [44612\*]  
**Specialitäten-Vorstellung.**  
**Volksbelustigungen** | Im großen Saal  
**Ball.**  
 aller Art.  
**Anfang 4 Uhr.** | Von Pfingsten ab täglich:  
**Entree 30 Pf.** | **Konzert und Vorstellung.**

**Schönstes Etablissement. \* Nieder-Schönhausen.**

43. Lindenstrasse 43.  
 Jeden Sonn- und Feiertag: **Grosses Doppel-Konzert** bei  
 freiem Entree (Verkaufsmittler). — Empfehle großen Garten, prachtvollen  
 Saal zu Bällen, Versammlungen und Festschichten jeder Art. — Die Kaffee-  
 Küche ist den ganzen Tag geöffnet. — Jahrgesellschaft von und nach jeder  
 Richtung Berlins. [4452\*] **Th. Grätzmacher.**

**Otto Wetzels & Co.**

Mechanische Schuhfabrik mit Dampftrieb.

Wir  
 übernehmen  
 bei unserm  
 Fabrikat die  
 weitgehendste  
 Garantie.



**Vorzügliche  
 Passform.**

**Unsre Verkaufsstellen in Berlin**  
 befinden sich:  
**32. Landsberger-Strasse 32.**  
**6. Dresdener-Strasse 6.**  
**52. Wilsnacker-Strasse 52.**  
 Unsere Preise sind deutlich auf der Sohle ausgestempelt.  
 — Direkter Verkauf ohne jeden Zwischenhandel. —  
**Zähne 2 M.**  
 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahn-  
 ziehen 1 M. Plomben 1.50 M. Teils. wöchentl. 1 M.  
**Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 130. Sprochst. 9-7.**

Begründung des Geschäfts 1878.  
**M. Schulmeister**  
 en gros Schneidermeister en detail [45389]  
**Dresdenerstrasse 4, am Rottbuser Thor.**  
 Frühjahrs- und Sommer-Paletots . . . von 13,50 M. an  
 Jackett-Anzüge . . . . . von 15,— M. an  
 Rock-Anzüge . . . . . von 23,— M. an  
 Radfahrer-Anzüge . . . . . von 11,— M. an  
 Jünglings-Anzüge . . . . . von 12,— M. an  
 Knaben-Anzüge zu außergewöhnlich billigen Preisen.  
 Bestellungen nach Maß von englischen, französischen und deutschen Stoffen  
 werden in eigener Werkstatt unter meiner persönlichen Leitung gut u. billig ausgeführt.  
**Streng feste Preise.**  
 Telefon Amt IV 447.

**Attest:**  
 Herrn  
**Apotheker A. Wurm!**



Die glückliche Zusammenstellung des „Magendoktor“ und seine vorzügliche Wirkung  
 auf die Magenfunktion scheinen darin zu gipfen, daß er bei großen Extraktgehalt (6,54) nur  
 30,5 Proz. Alkohol enthält. Er wirkt daher roboricierend und anregend (erwärmend), ohne wegen  
 des relativ kleinen Alkoholgehalts zu schaden. Ich kann demnach den „Magendoktor“ überall  
 dort empfehlen, wo eine anregende Mischung für den Magen angezeigt ist, wo Erweichung oder an  
 Alkohol möglichst vermieden werden soll.  
 T. . . . ., 22. Februar 1900. Dr. med. E. . . . ., Gerichtsarzt.

Gratisproben werden, so lange der Vorrat reicht, in Delikatesswaren- und  
 Droguenhandlungen abgegeben.  
**Anschauung in den Restaurationen.**

**Milch**  
 in plombierten Flaschen, frei Haus 1 Liter 20 Pf.  
**Kindermilch, 1 Liter 35 und 50 Pf.**  
**Schweizer-Hof,**  
 Joh. August Zeitner,  
 Meierei- und Milch- u. Kuhstall (38912\*)  
 Berlin, Emdenerstrasse Nr. 40/41. Tel. Amt II 2517.

**Hüte**  
 trotz der kolossalen Steigerung in  
 der Ausfabrikation verkaufe noch  
 zu den alten Preisen. [41022\*]  
**Otto Gerholdt,**  
 Dresdenerstrasse No. 2,  
 Gde. Eulgerstrasse.  
 Großes Lager in Schweden, Röhren, Krabben.



**J. Brünn**  
 (Bahnhof Börse) Hackescher Markt 4  
 Wegen Umbau meiner Geschäftsräume gelangen große Lager-  
 bestände meiner 40722\*  
**Teppiche! Gardinen!**  
**Steppdecken! Portieren!**  
**Tischzeug! Handtücher!**  
**Fertige Wäsche!**  
 zu sehr billigen Preisen zum  
**Ausverkauf!!**

**Herren-Filzhüte**  
 1,50, 2,—, 2,50 M., ff. 3,—, 4,50 M.  
 Seldenhüte . . . . . von 4 M. an  
 Chapeaux claque . . . . . 8 „ „  
 Knabenhüte . . . . . 1 „ „  
 Illerbilligste Bezugsquelle. [44252\*]  
**Alfred Krug, Ausfabrik,**  
 54 Brunnen-Strasse 54.  
 Neu! [38742\*] Neu!  
 In dem **Möbel- und Polsterwaren-Magazin**  
 von  
**Wilhelm Müller, Gerichtstraße Nr. 10, am Hochplatz**  
 taufen Sie  
**komplette bürgerliche Wohnungsseinrichtungen,**  
 (sowie einzelne Möbel, Polsterwaren und Teppiche zu nicht  
 erhöhten Preisen auch auf Teilzahlung.)





Segler-Schloss, Hauke's Ablage.

Schloss W. Heinrich, Segler-Schloss, Hauke's Ablage, empfiehlt den geehrten Vereinen, Gesellschaften und Schulen...

Buchhandlung „Vorwärts“.

Zu Vereins-Dampferpartien. empfiehlt den geehrten Vereinen, Gesellschaften, Schulen...

Wo? in der schönen Aufenthalt für Ausflüge und Sandpartien? Auf der Insel Nischelwerder beim alten Freund.

4. Ziehung d. 4. Klasse 202. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung am 27. April 1900, vormittags. Die bei dieser Ziehung gezogenen Nummern in Viereckeln beigefügt.

Table of lottery numbers for the 4th class, 202nd drawing, Prussian Lottery. Includes columns for numbers and their corresponding prizes.

4. Ziehung d. 4. Klasse 202. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung am 27. April 1900, nachmittags. Die bei dieser Ziehung gezogenen Nummern in Viereckeln beigefügt.

Table of lottery numbers for the 4th class, 202nd drawing, Prussian Lottery. Includes columns for numbers and their corresponding prizes.

4. Ziehung d. 4. Klasse 202. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung am 27. April 1900, nachmittags. Die bei dieser Ziehung gezogenen Nummern in Viereckeln beigefügt.

Table of lottery numbers for the 4th class, 202nd drawing, Prussian Lottery. Includes columns for numbers and their corresponding prizes.

4. Ziehung d. 4. Klasse 202. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung am 27. April 1900, nachmittags. Die bei dieser Ziehung gezogenen Nummern in Viereckeln beigefügt.

Table of lottery numbers for the 4th class, 202nd drawing, Prussian Lottery. Includes columns for numbers and their corresponding prizes.

Kleine Anzeigen.

Verkäufe. Elegante vorjährige Herrschaften... Kleiderwagen... Kinderwagen... etc.

Vermischte Anzeigen. Holzkammer... Elektrische... Zahn... etc.

Vermietungen. Schlafstellen. Arbeitsmarkt. Stellenangebote. etc.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Provinz bis 1 Uhr, in der Haupt-Expedition...



Partei-Nachrichten.

Ein „namhafter Socialdemokrat“ wurde in der „Frankfurter Zeitung“ der Schriftsteller A. B. in Nürnberg genannt, weil er in diesem Blatt seine Schmerzen über den Fall Hertel ausdru...

„Für mich ist der höchste Ehrentitel „ein Mensch“ zu sein, deshalb bitte ich, in Zukunft, lediglich „Herrn A. B.“ an mich zu adressieren...

Dieser inneren Ueberzeugung gemäß, so bemerkt dazu unser Nürnberger Parteiblatt, hat wohl H. J. Herr Schriftsteller A. B. auch den berühmten „Prinzeß Chimah-A. Lub“ gegründet...

Ein charakteristisches Zeichen. Von der authentischen Darstellung der Vorgänge, die sich um die Uebernahme der „Frankfurter Tagespost“ in Parteiverlag gruppieren, hat bis heute nur die „Deutsche Tageszeitung“ Notiz genommen...

„Frankfurter Zeitung“ und „Königliche Volkszeitung“ besonders haben diese Verpflichtung noch nicht erfüllt, obwohl unsere Darstellung schon am Donnerstag früh erschien.

Partei-Presse. Die Maiest-Nummer des „Volksblatts für Anhalt“ wird als Agitations-Nummer in einer Auflage von 20 000 hergestellt und in ganzen Herzogtum verbreitet werden.

Totenliste der Partei. In Hanau starb der Parteigenosse Gustav, ein alter treuer Anhänger der Partei. Er war seiner Zeit Kassierer der Hanauer Mitgliedschaft des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins.

Ueber den ungarischen Feldarbeiter-Kongress, der noch Ofteru in Budapest tagte, entnehmen wir dem dortigen Parteiblatt, daß der Kongress von 46 Delegierten (unter ihnen eine Frau) aus 84 Orten besetzt war.

1. aus allen Kräften an dem Kampf um die Erreichung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts teilnimmt.

2. Bei jeder Wahl, sei es zum Reichstag, zum Komitat oder zur Gemeinde, sind die wahlberechtigten Kleinlandwirte verpflichtet, für sozialdemokratische Kandidaten zu stimmen...

3. Die Kleinlandwirte und Feldarbeiter erhoffen, nach reiflicher Erwägung der bisherigen Erfahrungen, von keiner bürgerlichen Partei die Vertretung ihrer Interessen; sie haben zu den bürgerlichen Parteien jedes Vertrauen verloren...

Polkzeiliches, Gerichtliches usw.

Vom Polkzeikampf gegen die Arbeiterbewegung. Schonfperre, Versammlungsverbote sind im Ruhrrevier an der Tagesordnung. Aber auch Strafmandate bewirken, daß Wirte zu Arbeiter-

Die Vergabe der Lokale für obige Zwecke verboten! Vier Strafmandate, die dem Wirt dann in den nächsten Tagen nach ins Haus geschickt kamen, gaben dem Verbot den nötigen Nachdruck.

Durch einen Artikel: Polkzeiliche Don Juan-Streiche sollen die Genossen Lebins und Düwvill von der Rhein-Weiß-Arbeiter-Zeitung und vom „Wesruf“ die Dortmunder Polkzeiverwaltung und zwei Polkzeibeamte hebelnd haben.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Gewerkschaftskommission wird ihre Angelegenheiten über die in diesem Jahre einberufenen Gewerkschafts-Versammlungen zur Passfeier in der Sonntagnummer des „Vorwärts“ bekanntgeben.

Der Verband der Baugeschäfte von Berlin und den Vororten versendet an seine Mitglieder ein Circular, in dem nochmals auf die Streiklausel hingewiesen wird, die bei allen Verträgen geltend gemacht werden soll.

In einem Begleitschreiben heißt es dann: Gehehrter Herr Kollege! 1. Da der § 14 der Satzungen vielfach zu irrthümlicher Auf-

2. Da vom 1. Oktober ab eine Lohnerhöhung auf 65 Pf. eintritt, sehen wir uns veranlaßt, die anzusetzenden Tageslöhne wie folgt zu erhöhen.

3. Zwecks Erlangung statistischen Materials über die Reiseleiter bitten wir um freundliche Ausfüllung sämtlicher Rubriken des beiliegenden Formulars und Rückgabe des letzteren an die Herren Bezirksvorsitzenden oder an das Geschäftsamt.

Die Lohnbewegung der Bau- und Arbeiterkutscher in Rigodorf ist nach vielem Sträuben der Unternehmer mit einem Erfolg für die Arbeiter beendet.

In der Färberei von Leopold Heymann in G. r. l. i. g. sind Differenzen ausgebrochen. Die Arbeiter forderten eine Erhöhung ihres Lohnes von 1 M. pro Woche und Bezahlung der auf einen Wochentag fallenden Feiertage.

Der Austritt aus der Organisation verlangen die Steinmetzmeister Arefelds von ihren Gehilfen, alsdann wollen sie die Forderungen ihrer Gehilfen bewilligen.

Der schweizerische Gewerkschaftsbund zählte nach seinem für die beiden Jahre 1898/99 fürzlich erschienenen Geschäftsbericht 987 Sektionen.

Aus Amsterdam meldet der Telegraph vom 27. April: Heute sind die Schriftsetzer einiger Buchdruckereien in den Niederlanden getreten, weil die Prinzipale sich weigerten, die in dem Reglement vom verflorenen Dezember festgesetzte Lohnerhöhung zu bewilligen.

Sociales.

Mannheimer Dienstbotenverhältnisse werden in einer kleinen statistischen Studie über den Dienstbotenwechsel in der Stadt Mannheim, von Dr. E. Schott, dem Leiter des Städtischen Statistischen Bureaus dieser Stadt in Comrad's Jahrbüchern dargestellt.

Art ist nötig, um Rückschlüsse von der Dienstbotenhaltung auf die Lebenshaltung der besitzenden Klassen und auf die Stellung der Dienstboten im Haushalte zu machen.

Nach Schott kamen 1899 auf 6960 Dienstboten 9000 Stellenwechsel, somit auf zwei Stellen drei Inhaberinnen.

Fast genau die Hälfte (49,7 Proz.) kam von auswärtig, während die aus Mannheimer Familien in ein häusliches Dienstverhältnis eintretenden Mädchen dieser Verhältniszahl gegenüber gar nicht mehr ins Gewicht fallen (0,8 Proz.).

Ueber die Löhne der schon früher im Dienstverhältnis gestandenen Dienstboten finden sich in der Studie des Dr. Schott interessante Angaben, denen wir das folgende entnehmen: Bei den Dienst-

Der Leiter des Mannheimer Statistischen Bureaus konstatiert eine steigende Tendenz der Dienstbotenlöhne, doch ist diese Steigerung der Löhne zurückgeblieben hinter der allgemeinen Einkommensteigerung.

Die Erhebungen Dr. Schotts sollten die andern statistischen Amtsstellen zu ähnlichen Erhebungen veranlassen. Nach unserer Kenntnis der Dienstbotenlöhne in deutschen Städten scheint Mannheim relativ günstige Verhältnisse zu haben.

Ostthüringens. Auf dem Gute Porzendorf bei Jena rüden die dort beschäftigten polnischen Arbeiter und Arbeiterinnen nächstherweil heimlich aus.

Ausdehnung des schweizerischen Fabrikgesetzes. Aus Anlaß eines Streiks in den großen Steinbrüchen des Kantons Tessin, der gegen eine unverschämte Arbeitsordnung gerichtet war, hat die Regierung dieses Kantons den Entwurf eines Gesetzes zur Regelung der Arbeitsverhältnisse in diesem und ähnlichen Betrieben ausgearbeitet.

Der Entwurf normiert die tägliche achtstündige Arbeitszeit, mindestens einstündige Mittagspause, die Sonntagsruhe, Lohnzahlung von 25 Proz. für Ueberzeitarbeit, amtliche Revision der von den Unternehmern den Arbeitern zur Verfügung gestellten Wohnungen.

Mitarbeit der Frauen in der Waisenfürsorge. Die zu Anfang vorigen Jahres von der städtischen Waisenerwaltung an die Gemeinde-Waisenträte gerichtete Aufforderung, mehr als bisher die Frauen zur Mitarbeit heranzuziehen, ist nicht ohne Erfolg geblieben.

Berliner Partei-Angelegenheiten. In Friedrichshagen findet am Dienstag, den 1. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Saale von Max Lerche, Kundheil, eine Volksversammlung statt.

Johannisthal-Nieder-Schöneweide. Die Parteigenossen, welche den 1. Mai durch Arbeitende feiern, wollen sich früh 8 Uhr bei Senfleben in Johannisthal treffen.

Johannisthal. Das Parke erstarrt an der Witwe Rau zu Johannisthal steht der Arbeiterschaft nicht mehr zur Verfügung. Es sind frei nur die Lokale von Senfleben und Mertins.



**Brit.** Den Parteigenossen zur Nachricht, daß am Sonntag früh 7 Uhr eine Handzettel-Verteilung stattfindet. Treffpunkt bei Dorn. Hohe Beteiligung erwirrt.

Der Vertrauensmann.

**Weihenau.** Sonnabendabend 8 Uhr findet im „Albrechts-Hof“ eine öffentliche Wollversammlung statt, die sich um die geheimen Sitzung der bürgerlichen Gemeindevertreter betreffend die Kirchenbaufrage beschäftigt wird.

### Communales.

**Mit dem Bau zur Errichtung einer städtischen Maschinenfabrik**, dessen Inhalt wir vor Kurzem bereits mitgeteilt haben, beschäftigt sich das Magistratskollegium. Die Grundzüge des Plans wurden mit dem Vorbehalt einiger Abänderungen vom Kollegium genehmigt. Inzwischen sollen vor endgültiger Beschließung über diesen Gegenstand Ermittlungen angestellt werden, welche Beiträge zur Errichtung und Unterhaltung der Fabrik von den Interessenten zu erwarten sind. Es sollen demzufolge Anfragen an die Besitzer von Maschinenbau-Anstalten, Fabriken, Betriebe gerichtet werden, inwiefern dieselben geneigt seien, einen Beitrag, bestehend in einer einmaligen Zahlung einer Summe zur Anlage und wie hoch dieselben ihre jährlichen Beiträge zur Unterhaltung dieser Anstalt zu bewilligen gedenken.

**Der Magistrat beschäftigte** sich gestern mit einem Antrag der Strafreinigungs-Deputation, wonach einem seiner Zeit angedrohten Strafreinigungs-Verordnungen gemäß verschiedene Veränderungen im Betriebe der Strafreinigungs-Verwaltung vorgenommen werden sollen. Die Strafreinigungs-Verwaltung beabsichtigt mit einem größeren Vertriebe nach dieser Richtung hin vorzugehen (Wäsche des Asphaltpflasters, unter Wegfall der Tageswäsche nur bei Nacht etc.) und verlangt eine erhebliche Vermehrung des Arbeitspersonals, insbesondere der Asphaltwäscher, damit die Straßen besser als wie bisher von dem ständigen Verfall sofort befreit und damit die Möglichkeit der Strafreinigungs-Verwaltung insofern des Fortschritts des Straßenthums vermehrt werde. Das Magistratskollegium hat die Sache an die Strafreinigungs-Deputation zurückzuweisen, um Vorschläge zu einem Vertriebe in geringererem Umfange als bisher beabsichtigt ist, zu machen.

### Tokales.

**Ausnahmsweise findet heute zwischen 1/5 und 1/7 Uhr die juristische Sprechstunde statt, weil die Sprechstunden am Montag, den 30. April, und Dienstag, den 1. Mai, ausfallen müssen.**

#### Wenn das Kind des Armen krank wird,

dann kümmert sich manchmal kein Mensch so recht um das bedauernswerte Geschöpf. Seine liebende Mutter better es wenig und warm und hält langen Wache an seinem Lager. Sein besorgter Vater geht und holt ärztliche Hilfe herbei, um den kleinen Patienten recht bald wieder gesund zu bekommen. Es kümmert sich keiner so recht um das erkrankte Kind, weil sich eben leichter so recht darum kümmern kann. Mühen bei der ärmeren Bevölkerung zahlreiche Eltern ihre Kinder in gefunden Tagen für selber überlassen, so können sie sie oft auch in den Tagen der Krankheit nicht viel anders behandeln. Der Wohlhabende hat es leicht, sich darüber zu kümmern. Aber wo nicht bloß der Vater, sondern auch die Mutter von früh bis spät außerhalb des Hauses dem Krankenwaid nachzugehen gezwungen ist, da soll einer versuchen, es besser zu machen! Es geht dann eben mit dem erkrankten Kinde so lange, wie es geht, und wenn es schließlich nicht mehr geht, dann wird das Kind ins Krankenhaus gebracht, oft zu spät, um es noch retten zu können, und gerade noch zu rechter Zeit, um es dort sterben zu lassen.

Das sieht aus wie schlimme Ueberscheidung, aber es ist leider schreckliche Wahrheit. Man braucht solches Leid weder in der eignen Familie erfahren, noch bei minder bemittelten Nachbarn beobachtet zu haben, um zu wissen, daß es in Berlin gar nicht so selten ist. Die Ärzte, die in den ärmeren Stadtteilen Berlin ihre Praxis ausüben, wissen davon zu erzählen, und die Krankenhausverwaltungen bekräftigen es in ihren Berichten.

Vor uns liegt der neueste Jahresbericht des Kaiser und Kaiserin Friedrichs Kinderkrankenhauses. Er liefert eine traurige Illustration zu dem, was wir oben über das hilflose Elend kranker Proletarierkinder gesagt haben. Die Zahl der von dem Krankenhaus aufgenommenen und verpflegten Kinder war 1899 etwas geringer als 1898, aber die Verpflegung wuchs im Durchschnitt länger angedeutet werden und die Sterblichkeit war größer. 1899 wurden 2627 neu aufgenommen und 118 aus dem Vorjahr übernommen, zusammen 2745 Kinder (im Vorjahr zusammen 2633 Kinder) verpflegt — insgesamt 6763 (im Vorjahr 9981) nur in der Volkshaus behandelt — und 56.824 Verpflegungstage (im Vorjahr 54.970 Verpflegungstage) waren dazu erforderlich. Die Zunahme der Zahl der Verpflegungstage trotz Abnahme der Zahl der Verpflegten ergibt der Bericht aus der größeren Schwere der Erkrankungen. Diese kommt aus in einer Zunahme der Sterblichkeit zum Ausdruck. 1899 starben von den verpflegten Kindern 26,0 Proz. (im Vorjahr 20,7 Proz.), speziell von den Säuglingen 50,6 Proz. (im Vorjahr 41,7 Proz.), von den über 1 Jahr alten Kindern 17,7 Proz. (im Vorjahr 9,1 Proz.). Die Zunahme besonders der Säuglingssterblichkeit führt der Bericht zum Teil auf diejenigen Säuglinge zurück, die „in dem Zustand tiefsten Elends in das Krankenhaus gebracht“ und der Anzahl „eigentlich nur zum Sterben zugeführt“ wurden.

Es sind Kinder des Proletariats, die uns der Bericht in diesen Worten schildert. Nur verständnisvollig selten befaßt sich unter den Pfleglingen des Kinderkrankenhauses ein Kind besser stimmter Eltern; das ist bekannt, und es geht auch schon aus dem Umstand hervor, daß von den 35.091 M. Verpflegungskosten, die 1899 eingingen, allein 69.805 M. von der Armenverwaltung bezahlt wurden. Daß die Hilfe, die den erkrankten Kindern der Armen durch die öffentliche Armenpflege und durch die private Wohlthätigkeit geleistet wird, zu gering ist und vielfach auch noch zu spät kommt, das haben wir oft genug herborgehoben.

Wenn das Kind des Armen krank wird, wenn es elend dahinstirbt, dann zeigt sich die Ungerechtigkeit mürrer Herrigen, „von Gott gewollter“ Gesellschaftsordnung in besonders hohem Maße. Wie man dem Proletarier, dem so lange das Verständnis für seine kläglich Lage gefehlt, der das eigene Elend so lange geduldi ertragen, so lange dem Ringen seiner Klagengehenden gleichgültig zugehört hatte, hat der Bericht erst da gepakt, als er sein Kind leiden sah und nicht helfen konnte!

**Zum Fall Reichmann.** Der nach Ansicht vieler unerschuldig im Justizhause zu Sonnenburg sitzende Mechaniker Paul Reichmann macht — ähnlich wie Frethen — immer neue Versuche, seine Freiheit wieder zu erlangen. Ein im Dezember v. J. gestellter Antrag auf Wiedererlangung des Verlassens ist im Januar d. J. von der hiesigen ersten Strafkammer abgelehnt worden. Der hiesige hat sodann abermals ein längeres Schreiben aus dem Justizhause an seine Verteidiger Rechtsanwalt Dr. S. H. P. und Dr. Vertbaiger gerichtet, worin er sie beschwört, alles daran zu setzen, damit seine Freiheit an den Tag komme und er der Freiheit wiedergegeben werde. Er demüthigt sich in dem Schreiben nochmals nachzuweisen, daß die Sendung der Spruchliste an den Polizei-Oberst Argane unmöglich eine vollständige That sein könne, und möge eine Materialienangemessenstellung und einige nach seiner Meinung neue Thatfachen hinzu, die gerichtet seien, den Verdacht der Thaterschaft auf eine andre Person zu lenken. Er erklärt auch, nicht zuzukommen, als bis er alle Beweise in Händen habe, um den gegen ihn aufgetretenen Hauptbelastungsgenossen wegen Mordmords belangen zu können.

Auf Grund der neuen Thatfachen werden die Verteidiger demnach abermals einen Wiedererlangungs-Antrag einreichen. Reichmann ist im April 1897 vom Schoungericht zu zehn Jahren einen Monat Justizhause verurteilt worden. Nach der Strafverurteilung hat er im Dezember d. J. drei Jahre seiner Strafe verbüßt. Er wird im Justizhause streng isoliert gehalten und als Willkürherrscher beschäftigt.

**Was der Coakverkauf den Gasanstalten einbringt.** Die wiederholte Erhöhung der Coakpreise, die im Laufe des letzten Winters und dieses Frühjahrs erfolgt ist, legt die Frage nahe, wie hoch sich die gesamte Einnahme der Gasanstalten aus dem Verkauf von Coak beläuft. Die städtischen Gaswerke nahmen im Rechnungsjahr 1898/99 für verkauften Coak (einschließl. Breeze und Asche) 4.410.218,52 M. ein, das sind 34,42 M. auf je 1000 Kubikmeter der erzeugten Gasmenge. Dabei waren die Coakpreise 1898/99 verhältnismäßig niedrig. In den Vorjahren, wo sie höher standen, betrug der Verkauf von Coak nur den Anfall des bedeutendsten Einnahmen: 1897/98 4.750.174,21 M., d. h. 39,02 M. auf 1000 Kubikmeter Gas; 1896/97 4.882.563,60 M., d. h. 40,90 M. auf 1000 Kubikmeter Gas. Die Preisrückgänge der letzten Monate dürften den Ertrag des Coakverkaufs im Rechnungsjahr 1899/1900 mindestens wieder auf die frühere Höhe gebracht haben. Für das finanzielle Ergebnis des Gasanstaltsbetriebs ist der aus dem Coakverkauf erzielte Gewinn von großer Bedeutung. 1898/99 bildeten die ziemlich 4 1/2 Millionen Mark für Coak nur nahezu den fünften Teil der gesamten, sich auf rund 21 1/2 Millionen Mark belaufenden Einnahmen der städtischen Gaswerke. Der Haupt-Ausgabenposten, die Ausgaben für Kohlen zur Gasbereitung und für Feuerung, die sich auf 9.933.711,29 M., d. h. auf 73,30 M. für je 1000 Kubikmeter Gas belaufen, würde durch die Einnahmen für Coak ziemlich zur Hälfte (47 Proz.) bedekt.

**Die Volkszählungs-Kommission,** welche aus Anlaß der am 1. Dezember bevorstehenden Volkszählung eingesetzt ist und aus Vertretern der Stadt, des königlichen Polizeipräsidenten und des statistischen Amtes besteht, hat bereits eine Sitzung abgehalten, welche der Frage der Organisation der Zählung galt. Es wurde beschloffen, dem Magistrat vorzuschlagen, nicht mehr, wie das früher gebräuchlich, die Polizeireviere, sondern die Stadtbezirke als Grundlage der Organisation zu wählen. Damit treten an Stelle von 102 Hauptbezirken deren 300. Von der Ernennung besonderer Deputierten für die Bezirke, wie dies früher für die Polizeireviere gebräuchlich, soll abgesehen werden und dem Bezirksvorsteher die Leitung der Zählung im Bezirk übertragen werden. Der Bezirksvorsteher seinerseits muß sich dabei in Verbindung mit dem Polizeirevier-Vorständen halten, welche für seinen Bezirk in Frage kommen und wie früher die Zählung durchführen helfen. Zur Hilfestellung soll jedem Bezirksvorsteher ein Beamter gewährt werden. Diese Beamten sollen je nach der Größe des Stadtbezirks eine Remuneration erhalten. Man hofft, durch diese Organisation nicht um die Zahl der bei der Nachprüfung durch das statistische Amt sich ergebenden Lücken, welche bei den letzten Zählungen übermäßig angewachsen waren, zu verringern, sondern auch an Erhebungs- und Nachprüfungs-Kosten zu sparen.

**Zum Vorstehenden der Betriebs-Artenkassette der Stadtgemeinde Berlin** hat das Magistratskollegium den Gewerkegerichts-Vorsteher des Assessor v. Schulz, zum ersten Stellvertreter desselben den Direktor der städtischen Wasserwerke Beer und zum zweiten Stellvertreter den Direktor der städtischen Gaswerke Schürmann gewählt.

**Das gehetzte Edelwild** befindet sich wieder auf dem Weg nach Europa. Aus New York meldet man dem „Berl. Tzbl.“: „Der ehemalige Berliner Rechtsanwalt Fritz Friedmann hat von Amerika „französischen Aukbid“ genommen und sich nach Bordeaux eingeschifft.“

**Die beiden früheren Direktoren der Wohlfahrts-Einrichtung für Invaliden und Veteranen Fischer und Böllmer** haben darauf verzichtet, gegen das sie verurteilende Erkenntnis der ersten Strafkammer ein Rechtsmittel einzulegen und sind gestern zur Abtuhung ihrer Strafe nach Plogensee gebracht worden.

**Der Nachtbetrieb bei den Telephon-Vermittelungsanstalten** wird in nächster Zeit eine weitere zweifelhafte Erweiterung erfahren. Nach einer von der Reichs-Telegraphenverwaltung getroffenen Anordnung können, wie bereits berichtet, seit einigen Wochen auch während der Nachtzeit unter den gleichen Bedingungen wie am Tage Telegramme durch Fernsprecher angeliefert werden. Die Telephon-Anstalten haben sich zu diesem Zweck von der Fernsprecher-Vermittelungsanstalt, an die sie angeschlossen sind, mit dem kaiserlichen Haupt-Telegraphenamte in der Oberwallstraße verbinden zu lassen und den Beamten dieses Amtes, die Adresse, den Inhalt und die Unterschrift des abzusendenden Telegramms deutlich zu diktieren. Die Gebühren für das Juhreiben betragen neben den gewöhnlichen Telegrammgebühren 1 Pfennig für jedes Tagewort des Telegramms, mindestens jedoch 20 Pfennig, außerdem werden besonders 20 Pfennig für die Herstellung der telephonischen Nachrichtenverbindung mit dem Haupt-Telegraphenamte erhoben. Ebenso können nach den neu erlassenen Bestimmungen der Telephon-Anstalten an besonderen Anträgen und unter den bisherigen für den Tagedienst geltenden Vorschriften durch Fernsprecher auch Telegramme nach ihrer Wohnung zugesprochen werden.

**Eine dunkle Affaire.** Am 8. März 1898 ist der Schneidermeister Diemele von der zweiten Strafkammer des Landgerichts I. Berlin wegen wissentlich falscher Anschuldigung zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden. Auf diese schwere Strafe wurde erkannt, weil Diemele den bekannten Florer Witte, und dessen Ehefrau des Betrugs bezichtigt und behauptet hatte, daß der Florer Gelder, die für ihn, Diemele, gesammelt worden seien, unterschlagen hatte. Schon von Gefängnis Plogensee aus hatte Diemele vielfach die Wiedererlangung des Verfahrens angestrebt und gegen die Witte'schen Eheleute die schwere Beschuldigung des Meineids erhoben. Nachdem Diemele seit einigen Wochen aus dem Gefängnis entlassen ist, bemüht er sich von neuem, die zur Wiedererlangung des Verfahrens erforderlichen Beweismittel herbeizubringen; von der Staatsanwaltschaft hat er kürzlich die Willkür erhalten, daß in seiner Angelegenheit das Verfahren gegen das Ehepaar Witte noch nicht abgeschlossen sei.

**Die Luftkasselle an der Gasse der Großen Frankfurter- und Androssstraße** ist gestern auf behörliche Veranlassung von einer Kommission von Sachverständigen befragt worden. Es hat sich dabei ergeben, daß ein Einsetzen eines Gasfesslers oder andern Manerwerks mit einem Drahtseil mit dem Unfall nicht zu thun hat. Eine Jahressperrung der Arbeiter kann man kaum annehmen, es sei denn, sie läge darin, daß sie den Fahboden der Zimmerdecke bereits abrisen, bevor das Manerwerk bis auf die Decke herab abgetragen war, ohne daß sie die Tragfähigkeit des Beschleissens prüften. Daß das unterlassen wurde, mag allerdings mit der Hast zusammenhängen, mit der bei dem Abbruch gearbeitet wird. Diese Hast ist wohl darauf zurückzuführen, daß Jandoss u. Co. sich für die nicht rechtzeitige Fertigstellung des Neubaus eine hohe Konventionalstrafe haben zu zahlen lassen. Der Beschleissler sah aber äußerlich ganz gesund aus und erst bei genauerer Prüfung nach seinem Tode erkannte man, daß das Holz „tot“ war. Der Beschleissler trug nun an der Seite der Androssstraße fünf schwere Querbalken, die 5 Meter lang sind und 30 Centimeter in das Manerwerk eingelassen waren. Lösung der Querbalken mittern, war die Last, die durch die Arbeiter vernichtet wurde, nicht so schwer. Als aber der Fahboden abgerissen war, konnte der Balken allein die Last nicht mehr tragen. Das Gewicht der nun herabfallenden Querbalken war bei der heftigsten Wirkung — 30 Centimeter innerhalb und 4,70 Meter außerhalb der Mauer — so schwer, daß es das Manerwerk lösete und umwarf.

**Einen Antrag auf Abänderung der Polizeiverordnung über die Müllabfuhr,** die erst unter dem 15. Februar d. J. vom Regierungspräsidenten neu erlassen ist, hat der Vorstand v. Stuben-

rauch gestellt. Es handelt sich um den neu geschaffenen § 8 Absatz 2, wonach Jauche u. dergl. nur nachts, d. h. von 10 bis 6 Uhr, zur Dünung von Ackerland, sowie zur Verwendung in Gartenerdebetrieben abgefahren werden darf, wenn das Unterflügen oder Untergraben binnen 24 Stunden erfolgt. Diese Bestimmung hat sich als unzureichend erwiesen.

**Ein Kiesfriedhof.** Die Errichtung eines Grundstücks zur Errichtung eines Central-Südwest-Friedhofs der Berliner Stadtynode wird die am 1. n. 2. Mai folgende Stadtynode beschäftigen. Es soll zur Friedhofsanlage von der Terrainsellschaft Stohndorf ein 1633 Morgen und 72 Quadratruten großes Terrain, welches in der Gemarkung Stahndorf zwischen der alten Potsdamer-Telldorfer Landstraße und der Hiltberg'schen Gemarkungsgrenze gelegen ist und im Westen an die königl. Forst- und Jagdbehörde grenzt, zum Preise von 1.570.250 M. angekauft werden. Es ist dies der erste Schritt zur praktischen Ausführung eines früheren Beschlusses, wonach in den verschiedenen Himmelsrichtungen Central-Friedhöfe für mehrere Gemeinden hergerichtet werden sollen. Der Central-Südwest-Friedhof bei Stahndorf wird vornehmlich einer künftigen Zukunft zu dienen haben und im wesentlichen vor 1905 nicht in Benutzung genommen werden. Das Gelände liegt zur Zeit nicht unmittelbar an einer Bahnlinie, es führen aber von verschiedenen Stellen Verbindungs-Linien nach der Richtung des Central-Südwest-Friedhofs, die bis zu der Zeit, wo der Friedhof bebaut wird, ausgehauert und vorrätig sind.

**Der im Circus Thumann zu Lütich verunglückte Stadtmeister Paul Otto** ist inzwischen seinen schweren Verletzungen erlegen.

**In der Medienwaldischen Mordsache** sind durch die bisherigen Untersuchungen die gegen Willy Gluth vorliegenden Verdachtsmomente noch keineswegs beseitigt, wenngleich es den Behörden trotz eifrigster Nachforschungen bisher nicht gelungen ist, weiteres Belastungsmaterial gegen den Verdächtigten und dessen Bruder Georg ausfindig zu machen. Die Hauptbelastungsmomente, der in der Wohnung der Medienwaldt vorgefundene Korridorsteffel, sowie die Blutspuren in der Gluth'schen Wohnung, wie vor allen Dingen aber die Blutspuren, die Willy Gluth's Stiefel tragen, haben keine genügenden Aufklärungen gefunden. — Die viel erörterte Frage, ob die Medienwaldt eine Affäre mieter gehabt hat, ist entschieden zu verneinen. Weder ein Kferrichter noch ein Friseur und Friseurmeister ist, wie die aufs sorgfältigste durchgeführten Nachforschungen mit Sicherheit ergeben haben, in der Mord'schen Wohnung gewesen. Die Heine Böhm, welche die Behandlung ausgeübt hatte, daß sie Detektivarbeiten in der Wohnung der Ermordeten geleistet hat, nachdem verschiedene Verträge mit ihr geschlossen worden, zugeben müssen, daß die von ihr bemerzten Kleidungsstücke der M. gehört haben.

**Die „Nichte“.** Der Bahnhofsaffäre Dins und der Schillerstraße 7 hat eine Nichte, die bei einem Banneister in Alt-Landsberg in Stellung ist. Seit acht Jahren hatten Dins und Frau ihre Verwandte nicht mehr gesehen. Da kam am Samstag voriger Woche ganz unerwartet ein junges Mädchen zu Besuch, das sich als die Nichte aus Alt-Landsberg vorstellte und herzlich willkommen geheißen wurde. Osel und Tante freuten sich ungemein über den Besuch und konnten sich nicht genug wundern, wie sehr sich die liebe Nichte in den acht Jahren zu ihrem Vorteil verändert habe. Das Mädchen erzählte, daß es ihm in Alt-Landsberg sehr gut gehe. Die Herrschaft sei auf einen Tag nach Berlin gekommen und da sei sie mitgefahren, um ihre Verwandten nach so langer Zeit einmal wiederzusehen. Dins fiel im Lauf des Tags ein, daß die Nichte bei ihrer Konfirmation von ihm kein Geschenk erhalten habe. Da er jetzt gerade sein letztes Vierteljahrsgeld noch ziemlich unangebrochen daliegen hatte, so kam er mit seiner Frau überein, das Verläumde nachzuholen und dem Mädchen, ummal es so nett und anständig war, einen Halter zu schenken. Dins öffnete die Schublade, in der das Geld lag, und entnahm ihr einen Halter, den die Nichte mit vielen Dank empfing. Herr Dins ging dann in den Dienst und bald darauf mußte auch Frau Dins die Wohnung auf kurze Zeit verlassen. Als sie wiederkam, fand die Nichte reisefertig vor ihr und verabschiedete sich unter einigen ganz gläubigen klingenden Worten. Als aber vorgefunden D. die Schublade öffnete, entboste er zu seinem Schrecken, daß sein Gehalt verschwunden war. Sofort reiste er nach Alt-Landsberg und fand die zu spät aufgetauchte Verurteilung, daß eine falsche Nichte ihn betrogen habe, bestätigt. Die abgefahrene Schwindlerin, die die wirkliche Nichte kennen muß, wurde von der Kriminalpolizei noch nicht ermittelt.

**Einen blutigen Zusammenstoß** gab es gestern Abend zwischen einem Anführer und mehreren Schülern. Als in der Pappelallee die Person des Anführers Josef Bodjaski festgenommen werden sollte, weil er übermäßig schnell gefahren war, schlug Bodjaski, ein sehr kräftiger Mensch, auf den Schümann und zwei zu seiner Unterstützung herbeigeeilte Beamten ein, warf zwei von ihnen zu Boden und riß den dritten Schümann dem Tübel aus der Scheide. Dieser entwand ihm die Waffe sofort wieder und verlegte seinem Gegner einen Hieb über den Kopf, so daß er eine bedeutende Verletzung davontrug. Nach Auflegung eines Verbandes wurde Bodjaski in ein Krankenhaus gebracht.

**Zugleich mit den Berliner Falschmünzern,** deren Festnahme wir meldeten, sind in der Provinz einige Mitglieder der Bande verhaftet worden und zwar die Gebrüder Schumann, der Kaiserstraße und der Kellner Jonas. Diese stammen hiesig aus Protoschin. Auf ihre Spur wurde die Behörde dadurch gebracht, daß ein Schalter des Postamts in Protoschin seit längerer Zeit mehrfach falsche Talara- und Markstücke angehalten worden waren. Durch die umfangreichen Nachforschungen der Gendarmerie gelang es endlich, die vier Verbrecher in Grögerau bei Protoschin dingelt zu machen. In ihrem Besitz wurde eine größere Menge von Falschmünzen gefunden.

**Tragödie einer proletarischen Mutter.** Der Polizeibericht meldet: Heute früh wurde die im Hause Mlophodstr. 61 im Dienst befindliche unverheiratete Pauline Sch. auf dem Abort mit einem ungeborenen Kind tot aufgefunden. Das Mädchen ist anscheinend bei der Geburt an einer Verblutung gestorben und das Kind erstickt.

**Von seinem eignen Wagen überfahren** und schwer verletzt wurde gestern Freitag, mittags der 33 Jahre alte russische Arbeiter aus der Glabeststraße 11, der bei dem Altenfabrikanten Kau in der Brandenburgstraße 33 33 beschäftigt ist. Rohr wollte mit einem hochbeladenen Wagen auf das Bahnhofsgrundstück durch den Thobweg einfahren. Beim Umdringen sprang er vom Wagen, um das Pferd anzufassen. Dabei fiel er hin, wurde überfahren und in die Luft und auf den Rücken so schwer verletzt, daß ein Schümann ihn mit einer Trostke nach dem Krankenhaus am Friedrichshain bringen mußte.

**Mißglückter Fluchtversuch.** Aus dem Untersuchungsgefängnis zu Moabit verfuhrte am Dienstagabend der 14 Jahre alte Zehnwische Otto andzubreden. Otto zwangte sich abends nach dem Entschlaf durch die Treppen seines hochgelegenen Zimmers, und sprang in den Hof hinauf, wo er bestimmungslos liegen blieb. Der Wärtersposten auf dem Hof alarmierte sofort die Nachwächter, die dann die Ueberführung des verunglückten Anstaltlichen in das Lazarett bewirkten. Hier stellte der herbeigeeilte Arzt einen Bruch des linken Beins fest.

**Durch einen Schuß in den Unterleib** verfuhrte sich gestern Freitag, der 19 Jahre alte Schlosser Paul Bräuner im Gefängnis in der Neuen Schöndorferstr. 13 zu legen. Der junge Mann, der aus der Radbarschaft von Halle a. S. kommt, kam im Dezember v. J. nach Berlin. Er hat zur Arbeit wenig Lust und beschäftigte sich in seinem Beruf nur drei Wochen lang. Seine Mutter sendte ihm im Laufe der Zeit über 100 M. Unterzahlung und bat ihn wiederholt, wieder nach Hause zu kommen. Das wollte er nicht, lieber giß er zum Revolver. Gestern vormittag hörte der Hauswarter Paul im Gefängnis, in dem Bräuner wohnte, einen Schuß fallen, und fand den jungen Mann, der sich eine Angel in den Unterleib gesteckt hatte, schwer verletzt daliegen. Ein Koffischer Rettungswagen brachte den Verwundeten nach der Charité.







**Deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft**  
(Verwaltungsstelle Berlin).  
**Todes-Anzeige.**  
Hierdurch allen Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser Kollege, der Schlosser  
**Franz Reimann**  
nach kurzem Krankenlager am 25. d. M. verstorben ist.  
Die Beerdigung findet Sonntag, nachmittags 4 Uhr von der Halle des Partholomäus-Kirchhofs (Weihensee), Gassenberger Chaussee, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Die Ortsverwaltung.

**Verband aller im Handels- u. Transport-Gewerbe besch. Hilfsarbeiter Berlins und Umgegend.**  
Bureau Kommandantenstr. 25, I.  
Unsere Mitglieder zur Nachricht, daß am 25. April, morgens 7 1/2 Uhr, der Kollege  
**Wilhelm Ragotzki**  
nach langem und schweren Leiden an der Prostatitis verstorben ist.  
Seine Beerdigung findet Sonntag, den 29. April, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Krankenhauses am Urban aus, nach dem Friedhof der Freiheitstr. 100, statt.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler u. (G. d. R. Nr. 3 Hamburg.)**  
Oertliche Verwaltung Berlin F.  
**Montag, den 30. April cr.,**  
abends 8 1/2 Uhr,  
bei Hm. Neumann, Brunnenstr. 150,  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Abrechnung vom 1. Quartal 1900.  
2. Verschiedene Kassen-Angelegenheiten.  
Mitgliedsbuch legitimiert.  
183/2 Die Ortsverwaltung.

**Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler u. (G. d. R. Nr. 3 Hamburg.)**  
Oertliche Verwaltung Berlin F.  
**Montag, den 30. April 1900,**  
abends 8 Uhr,  
im Lokal des Herr Volkendorf,  
Schillerstr. 55:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Abrechnung vom 1. Quartal 1900.  
2. Verschiedene Kassen-Angelegenheiten.  
Mitgliedsbuch legitimiert.  
Besonders werden die Mitglieder auf § 11 Abs. 2 des neuen Statuts aufmerksam gemacht.  
Um zahlreiche und pünktliche Erscheinung ersucht  
184/8 Die Ortsverwaltung.

**Orts-Krankenkasse des Töpfer-Gewerbes zu Berlin.**  
Sonntag, den 29. April 1900, vormittags 10 Uhr:  
**Ordentliche General-Versammlung der Mitglieder (Arbeitgeber, Arbeitnehmer)**  
bei Herrn Lange, Dragonerstr. 15.  
Tages-Ordnung:  
1. Ergänzung des Vorstandes zur General-Versammlung (8 Arbeitnehmer). 271/11  
2. Ergänzung des Vorstandes (Arbeitnehmer).  
3. Anträge zur General-Versammlung.  
4. Verschiedene Kassenangelegenheiten.

**General-Versammlung der Delegierten (Arbeitgeber, Arbeitnehmer)**  
bei Herrn Lange, Dragonerstr. 15.  
Tages-Ordnung:  
1. Jahresbericht und Bericht des Prüfungsausschusses pro 1899.  
2. Anträge auf Abänderung des Statuts §§ 36 und 47.  
3. Verschiedenes.

**Arbeiter-Kadefahrer-Berein „Berlin“.** 11/13  
Morgen 9 Uhr nach  
**Schönerlinde**  
zur  
**Schüheljagd.**  
Nachmittags 1 Uhr: Bernau.  
Start für beide Touren Prenzlauser Thor.

**Schultze,**  
Wasserthorstr. 1/2, I.  
Behandlung aller Haut-, Horn- und Blasenleiden ohne jegliche Benützung. 3078L\*  
Sprechstunden 9-2 u. 5-9.  
Donnerstagsvormittag keine Sprechstunde.  
Bei Vorlegung der Verbandskarte 10 Proz.

**Arbeiter-Kadefahrer-Berein „Berlin“.** 11/13  
Morgen 9 Uhr nach  
**Schönerlinde**  
zur  
**Schüheljagd.**  
Nachmittags 1 Uhr: Bernau.  
Start für beide Touren Prenzlauser Thor.

**Schultze,**  
Wasserthorstr. 1/2, I.  
Behandlung aller Haut-, Horn- und Blasenleiden ohne jegliche Benützung. 3078L\*  
Sprechstunden 9-2 u. 5-9.  
Donnerstagsvormittag keine Sprechstunde.  
Bei Vorlegung der Verbandskarte 10 Proz.

**Schultze,**  
Wasserthorstr. 1/2, I.  
Behandlung aller Haut-, Horn- und Blasenleiden ohne jegliche Benützung. 3078L\*  
Sprechstunden 9-2 u. 5-9.  
Donnerstagsvormittag keine Sprechstunde.  
Bei Vorlegung der Verbandskarte 10 Proz.

**Schultze,**  
Wasserthorstr. 1/2, I.  
Behandlung aller Haut-, Horn- und Blasenleiden ohne jegliche Benützung. 3078L\*  
Sprechstunden 9-2 u. 5-9.  
Donnerstagsvormittag keine Sprechstunde.  
Bei Vorlegung der Verbandskarte 10 Proz.

**Schultze,**  
Wasserthorstr. 1/2, I.  
Behandlung aller Haut-, Horn- und Blasenleiden ohne jegliche Benützung. 3078L\*  
Sprechstunden 9-2 u. 5-9.  
Donnerstagsvormittag keine Sprechstunde.  
Bei Vorlegung der Verbandskarte 10 Proz.

**Schultze,**  
Wasserthorstr. 1/2, I.  
Behandlung aller Haut-, Horn- und Blasenleiden ohne jegliche Benützung. 3078L\*  
Sprechstunden 9-2 u. 5-9.  
Donnerstagsvormittag keine Sprechstunde.  
Bei Vorlegung der Verbandskarte 10 Proz.

**Schultze,**  
Wasserthorstr. 1/2, I.  
Behandlung aller Haut-, Horn- und Blasenleiden ohne jegliche Benützung. 3078L\*  
Sprechstunden 9-2 u. 5-9.  
Donnerstagsvormittag keine Sprechstunde.  
Bei Vorlegung der Verbandskarte 10 Proz.

**Schultze,**  
Wasserthorstr. 1/2, I.  
Behandlung aller Haut-, Horn- und Blasenleiden ohne jegliche Benützung. 3078L\*  
Sprechstunden 9-2 u. 5-9.  
Donnerstagsvormittag keine Sprechstunde.  
Bei Vorlegung der Verbandskarte 10 Proz.

**Schultze,**  
Wasserthorstr. 1/2, I.  
Behandlung aller Haut-, Horn- und Blasenleiden ohne jegliche Benützung. 3078L\*  
Sprechstunden 9-2 u. 5-9.  
Donnerstagsvormittag keine Sprechstunde.  
Bei Vorlegung der Verbandskarte 10 Proz.

**Schultze,**  
Wasserthorstr. 1/2, I.  
Behandlung aller Haut-, Horn- und Blasenleiden ohne jegliche Benützung. 3078L\*  
Sprechstunden 9-2 u. 5-9.  
Donnerstagsvormittag keine Sprechstunde.  
Bei Vorlegung der Verbandskarte 10 Proz.

**Schultze,**  
Wasserthorstr. 1/2, I.  
Behandlung aller Haut-, Horn- und Blasenleiden ohne jegliche Benützung. 3078L\*  
Sprechstunden 9-2 u. 5-9.  
Donnerstagsvormittag keine Sprechstunde.  
Bei Vorlegung der Verbandskarte 10 Proz.

**Schultze,**  
Wasserthorstr. 1/2, I.  
Behandlung aller Haut-, Horn- und Blasenleiden ohne jegliche Benützung. 3078L\*  
Sprechstunden 9-2 u. 5-9.  
Donnerstagsvormittag keine Sprechstunde.  
Bei Vorlegung der Verbandskarte 10 Proz.

**Schultze,**  
Wasserthorstr. 1/2, I.  
Behandlung aller Haut-, Horn- und Blasenleiden ohne jegliche Benützung. 3078L\*  
Sprechstunden 9-2 u. 5-9.  
Donnerstagsvormittag keine Sprechstunde.  
Bei Vorlegung der Verbandskarte 10 Proz.

**Schultze,**  
Wasserthorstr. 1/2, I.  
Behandlung aller Haut-, Horn- und Blasenleiden ohne jegliche Benützung. 3078L\*  
Sprechstunden 9-2 u. 5-9.  
Donnerstagsvormittag keine Sprechstunde.  
Bei Vorlegung der Verbandskarte 10 Proz.

**Schultze,**  
Wasserthorstr. 1/2, I.  
Behandlung aller Haut-, Horn- und Blasenleiden ohne jegliche Benützung. 3078L\*  
Sprechstunden 9-2 u. 5-9.  
Donnerstagsvormittag keine Sprechstunde.  
Bei Vorlegung der Verbandskarte 10 Proz.

**Achtung! Elektromonteur. Achtung!**  
Sonabend, 28. April, abends 8 Uhr, in Feuerheins oberem Saal, Alte Jakobstr. 75  
**Oeffentliche Versammlung.**

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Herrn Dr. Biskan, Direktor der Biskanschen Lehranstalt für Elektrotechnik, Kommunal-anstalt Tschily, über: „Bergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Elektrotechnik“. 2. Diskussion.  
Bei der hohen Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht aller Kollegen, vollständig und pünktlich zu erscheinen.  
Z. A.: Franz Abraham, Wilmannsstraße 1. 267/3

**Verein Berliner Buchdruckmaschinenmeister.**

**Drucksachen-Ausstellung**  
am Sonntag, den 29. ds. Mts.  
**in Cohns Festsälen, Beuthstr. 20.**  
Zur Ausstellung gelangen  
\* hervorragende Druckerzeugnisse aller Nationen. \*  
Special-Sammlung alter Drucke des Privat-Museums „Berolina“ S. 26.  
Eröffnung vormittags 9 Uhr.  
Eintritt frei!  
Zahlreichen Besuch erbittet  
Das Komitee.

**Arbeiter Berlins!**

Von den Hünnerwälder Cigarrenfabrikanten haben die nachfolgenden die Lohnforderungen der Arbeiter be-willigt: H. Sporn, Dietrich (Hansisch Nachf.), K. Weigel, R. Köhler, W. Enigk, O. Wessly, R. Reinke, C. Franz, F. König, H. Müller, A. Kurras.  
Die Kommission der Berliner Tabakarbeiter.

**Arbeiter und Arbeiterinnen!**

Sonntag, den 29. April, mittags 12 Uhr,  
bei Fischer, Dönhofstr. 9:  
**Große öffentliche Versammlung**  
Tages-Ordnung:  
1. Für die gewerkschaftliche Organisation im Lande, Nützliche in den Fabriken zu besichtigen? Ref.: Max Kiesel. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
Um zahlreiches Erscheinen der Arbeiter u. Arbeiterinnen ersucht  
Der Vorstand: W. Funt. 782b

**Verband der Möbelpolierer.**

Sonabend, den 28. April, abends 8 1/2 Uhr,  
in Weissensee bei Kühne, Köhlkestr. No. 20:  
**Versammlung.**  
Tages-Ordnung: 1. Bericht des Delegierten vom Gewerkschafts-fortell. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

**Oeffentliche Versammlung**

Dienstag, den 1. Mai, vormittags 10 Uhr, bei Brenner,  
Gr. Frankfurterstr. 117.  
Tages-Ordnung: 1. Festsche des Kollegen Reuter. 2. Aus-gabe der Streikabrechnung. 3. Verschiedenes.  
Die Mitglieder haben ihre Blätter mitzubringen, um diese abheimpeln zu lassen. Nachmittags: Ausflug nach Friedrichsgraben hinter Köpenick.  
Mittwoch, den 2. Mai, abends 8 1/2 Uhr, bei Brenner,  
Gr. Frankfurterstr. 117:  
**Oeffentl. Versammlung.**  
des Gewerkschaftsfortells. 2. Wahl eines Delegierten. 3. Verschiedenes.  
Folgende Kollegen haben ihre Streiklisten noch nicht abgerechnet:  
Tages-Ordnung: 1. Stellungnahme zur Beschickung des Kongresses Kockowstr. Dandestr. 3; Kleinhold Recept, Wallstr. 40; Paul Krüger, Brodtauerstr. 35; Hugo Bielle, Rixdorf, Thomastr. 8.  
Der Vorstand. 146/13

**Steinarbeiter.**

Am Sonntag, den 29. April, vormittags 10 Uhr, im Lokal  
„Englischer Garten“, Alexanderstr. 27c:  
**Innungs-Gesellen-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vorlegung und Beratung der vereinbarten Skizzen. 2. Wahl eines Ergänzungsausschusses zum Gesellen-Ausschuss.  
Um pünktliches Erscheinen ersucht  
Der Altgeselle. 172/14

**Verband der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten.**

Mittwoch, den 2. Mai, abends 8 Uhr, bei Buske,  
Grenadierstr. 33:  
**Versammlung**  
sämtlicher Berliner Füllalen.  
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Stadtvorordneten Dr. Froudonborg. 2. Wahl der Mitglieder des Verbands-Vorstands, die nach § 7 des Statuts Berlin zu wählen hat. 3. Wahl des Verbands-Ausschusses. 4. Verschiedenes.  
Der Verbands-Vorstand. Z. A.: Sr. Voersch, Winterfeldstr. 25. 267b

**Cylinder-Hüte**

kauf man am billigsten direkt in der Fabrik.  
**Chapeaux clagues,**  
weiche und feste Hüte zu billigsten Preisen bei  
**Max Radtke, Krautstrasse 50,**  
an der Markthalle (kein Laden). 4482L\*

**Kufeke's**

Von AUTORITÄTEN empfohlen  
BESTES im GEBRAUCH billigstes  
**Kindermehl**  
Herren- u. Konfirmantenhüte, alle Farben, 1 Mark.  
nur neue moderne Sachen. (41000\*)  
prima Qualität 1.50 und 2.-  
immer noch 1 Mk.  
Die beliebtesten Arbeitshüte  
früher Pariserstr. 4 u. 5.  
Jetzt Kaiserstrasse 25 A.

**Achtung! Sattler! Achtung!**

Dienstag, den 1. Mai, nachmittags,  
findet in den **Arminhallen**, Kommandantenstr. 20, eine  
**Maifeier**  
statt, verbunden mit **Konzert und Tanz**, Festeide gehalten von  
Rechtsanwalt V. Fränkl.  
Bei eintrietender Dunkelheit **Kinder-Packelpolnais**.  
Anfang des Konzerts 4 Uhr. Die Kaffeefische ist von 3 Uhr ab geöffnet.  
Eintritt 20 Pf. Herren, welche am Tanz teilnehmen, zahlen 30 Pf. nach.  
„Mat-Zeitung“ gratis an der Kasse. 157/7  
Zahlreichen Besuch erwartet  
Das Komitee.

**Köpenick. Köpenick. Maifeier.**

Dienstag, den 1. Mai cr., in Scheers Wilhelmsgarten.  
**Vokal- und Instrumental-Konzert nebst Tanz.**  
Anfang 8 Uhr. [202/20] Eintritt 20 Pf.  
Herren, welche am Tanz teilnehmen, zahlen 30 Pf. nach.  
Um recht zahlreichen Besuch bittet  
Das Komitee.

**Konsum-Verein Berlin-Rixdorf**

E. G. m. b. H.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Verkaufsstelle  
**I. Rixdorf, Gleichenstr. 31.**  
**II. Berlin, Bäckerstr. 38.**  
**III. Rixdorf, Sobersdörferstr. 82,**  
am Dienstag, den 1. Mai, geschlossen bleiben. Den in der Nähe des  
Schlesischen Thors wohnenden Mitgliedern zur Nachricht, daß Ende Mai  
unre IV. Verkaufsstelle eröffnet wird und zwar  
**Falkensteinstr. No. 6.**  
In sämtlichen Verkaufsstellen werden neue Mitglieder aufgenommen.  
267/5 Der Vorstand.

**Wald-Restaurant Kiekema!**  
15 Min. Ischöber  
Waldweg  
von Station  
„Friedrichsgraben“  
(aufsteigend der  
Bahn).  
30 Minuten von  
„Pferdebucht“  
entfernt.  
Inhaber:  
W. Magdeburg,  
2. Auguststr.,  
Kaltwasser,  
Friedrichsgraben,  
Schillerstr.,  
Gr. Spandauer u.  
Gute Spandauer u.  
solchen Preisen.  
(45170\*)

**„Nord-West“, Köpenick.**

Empfehle Vereinen und Gesellschaften mein **Kaustdorfer-Strasse 3**  
gelegenes **Restaurant**, 5 Min. vom Bahnhof. Gute Speisen u. Getränke,  
Kaffeehaus, Garten, Regelpark und kleiner Tanzsaal. **Gust. Lüddecke.**  
**Restaurant „Pferdebucht“ bei Köpenick.**  
Schönstes, in waldreicher Gegend gelegenes Lokal für Naturfreunde,  
per Bahn vom Alexanderplatz für 20 Pf. bis Köpenick, von da durch  
30 Minuten langen Waldweg zu erreichen.  
**Grosser Tanzsaal und zwei Hallen für 1000 Personen.**  
Der Garten, welcher 5000 Stühle enthält, wird von prächtigen vier-  
hundertjährigen Eichen beschattet; 100 Morgen Wiese, Wald und Seen  
bieten dem verehrten Publikum die beste Erholung.  
NB. Auf meine neuerbauten Stallungen für ca. 50 Pferde erlaube ich  
mir höflich die geehrten Vereine, Gesellschaften und Fuhrwerksbesitzer bei  
Ausflügen besonders aufmerksam zu machen.  
achtungsvoll! **Wilh. Bräsewitz, Besitzer der Pferdebucht.**

**Gluten-Kakao**

**Gemüse- und Kraftsuppen**  
**Bouillon-Kapseln**  
**Suppen-Würze**  
stets vorrätig bei  
**M. Hollmack, NW, Birkenstrasse 50, Ecke Stromstr. 34.**

**Seiden-Hut-Fabrik**

von **Carl Renz,**  
**3 Oranien-Strasse 3.**  
Schirm- und Mützen-Lager. Reelle Bedienung.

**Möbel** auf Teilzahl. Oranienstr. 181.

Coulant H. & M. Lewent. Geamten  
Zahl. Ved. H. & M. Lewent. ohne Anzahl.

**Apollinaris**

NATÜRLICH KOHLENSAURES MINERALWASSER.  
Versandt im Jahre 1888 ... 12,720,000 Gefässe  
" " 1899 ... 25,720,000 "

**Künstliche Zähne!**

Vollständig schmerzlos plombieren u. Zahn-  
reihen. Geamene Teilzahlungen. Zahn-  
reinigung, überraschender Erfolg. 44410\*  
**Georg Jacoby, Kommandantenstr. 61, I. Sprechst. v. 8-9 Uhr, a. Sonnt.**

**Möbel** und Polsterwaren. Reelle Arbeit.

Ganze Einrichtungen zu billigen Preisen. (40910\*)  
**Franz Tutzauer, Brunnenstrasse 152.**

**Mai-Abzeichen!**

für Wiederverkäufer  
u. I. Verdienst  
(Verkaufspreis 10 Pf.)  
**H. Guttman,**  
Berlin N.,  
Brunnenstr. Nr. 9.  
Jernstr. Hut III 6442.  
Bestand  
nach anherstelt sofort.

**ZAHNSCHMERZ** hohler  
Zähne  
beseitigt sofort  
**KROPP'S**  
Zahnwolle  
(20%  
Carvacrolwolle)  
in plomb. Flasche  
4 503. zu haben  
in allen Drogerien.  
Nimm keine  
Nachahmungen!

**Laabs**

**Elsasserstr. 30.**  
Behandl. aller Haut-, Horn-  
und Blasenleiden  
ohne schädliche Mittel u. Gifte.  
Sprechst. 9-2. 6-9.  
Freitag und Sonntag nur 9-2.  
Verbandskarte n. Ermäßigung.  
39200\*